



Stadtratssitzung

Donnerstag, 15. September 2011, 13.30, 17.00 und 20.30 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Kleine Anfrage Aline Trede (GB), Lea Bill (JA!): Schluss mit der Schikanierung politischer Aktivistinnen und Aktivisten! (SUE: Nause)	11.000234
2. Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Hat der Stadtpräsident seine Pflichten erfüllt? (PRD: Tschäppät)	11.000232
3. Kleine Anfrage Jimmy Hofer (parteilos): BDP – Gekaufter 1. August-Auftritt in Bern? (GuB: Tschäppät)	11.000233
4. Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Umgang mit Finanzinspektor wirft Fragen auf (GuB: Tschäppät)	11.000231
5. Dringliche Motion Fraktion GLP (Michael Köpfli/Peter Ammann, GLP): Den Willen des Stadtrats umsetzen: Erhöhung der Lohnobergrenze für Spezialisten und Kader, nicht aber für den Gemeinderat! (FPI: Hayoz) verschoben vom 1. September 2011	11.000195
6. Motion Fraktion BDP/CVP (Claudia Meier/Vinzenz Bartlome, BDP / Henri-Charles Beuchat, CVP) vom 17. September 2009: Für eine konstruktive Finanzpolitik: frühzeitige Steuerungsmassnahmen (FSU: Friedli / FPI: Hayoz) Abschreibung Punkt 1	09.000339
7. Produktegruppen-Budget 2012 (Abstimmungsbotschaft) (vgl. Ablaufplan auf der Rückseite) (FD: Bertschy / FPI: Hayoz)	11.000206
8. Motion Fraktion BDP/CVP (Martin Mäder, BDP): Uhren für den neuen Bahnhofplatz zur besseren Orientierung der öV-Fahrgäste im Tram- und Busbahnhof unter dem Baldachin (FPI: Hayoz) Ablehnung verschoben vom 1. September 2011	11.000036
9. Interpellation Fraktion FDP (Dana Dolores, FDP): Dach decken als Service public? (SUE: Nause) verschoben vom 1. September 2011	11.000136
10. Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Corinne Mathieu, SP): Schulsozialarbeit entlastet alle! (BSS: Olibet) Annahme (Punkt 1) / Annahme als Richtlinie (Punkt 2) verschoben vom 1. September 2011	11.000038
11. Motion Reto Nause (CVP)/Susanne Elsener (GFL) vom 14. August 2008: Aufwertung des Vorplatzes der Reitschule durch einen Skatepark: Planungskredit bzw. Baugenehmigung durch die Stadt; Begründungsbericht (BSS: Olibet) verschoben vom 1. September 2011	08.000264
12. Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Sozialhilfe – Unterstützung für ältere Menschen (BSS: Olibet) Annahme verschoben vom 1. September 2011	11.000108

13. Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Sozialhilfe – Prävention und Ausbildung für Jugendliche (BSS: Olibet) Annahme
verschoben vom 1. September 2011

11.000109

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 16	825
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr	827
Mitteilungen der Präsidentin	828
1 Kleine Anfrage Aline Trede (GB), Lea Bill (JA!): Schluss mit der Schikanierung politischer Aktivistinnen und Aktivisten!	828
2 Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Hat der Stadtpräsident seine Pflichten erfüllt?	828
3 Kleine Anfrage Jimmy Hofer (parteilos): BDP – Gekaufter 1. August-Auftritt in Bern?	829
4 Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Umgang mit Finanzinspektor wirft Fragen auf	830
5 Dringliche Motion Fraktion GLP (Michael Köpfli/Peter Ammann, GLP): Den Willen des Stadtrats umsetzen: Erhöhung der Lohnobergrenze für Spezialisten und Kader, nicht aber für den Gemeinderat!	834
6 Motion Fraktion BDP/CVP (Claudia Meier/Vinzenz Bartlome, BDP / Henri-Charles Beuchat, CVP) vom 17. September 2009: Für eine konstruktive Finanzpolitik: frühzeitige Steuerungsmassnahmen Abschreibung Punkt 1	846
7 Produktgruppen-Budget 2012 (Abstimmungsbotschaft)	848
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	863
7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft)	864
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr	896
7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2012 (Abstimmungsbotschaft)	897
8 Motion Fraktion BDP/CVP (Martin Mäder, BDP): Uhren für den neuen Bahnhofplatz zur besseren Orientierung der öV-Fahrgäste im Tram- und Busbahnhof unter dem Baldachin	920
9 Interpellation Fraktion FDP (Dana Dolores, FDP): Dach decken als Service public?	922
10 Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Corinne Mathieu, SP): Schulsozialarbeit entlastet alle!	923
Eingänge	926

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.30 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Vania Kohli

Anwesend

Peter Ammann
Cristina Anliker-Mansour
Vinzenn Bartlome
Giovanna Battagliero
Kathrin Bertschy
Henri-Charles Beuchat
Sonja Bietenhard
Lea Bill
Manfred Blaser
Rithy Chheng
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Alexander Feuz
Regula Fischer
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Judith Gasser
Simon Glauser
Thomas Götting
Claude Grosjean
Guglielmo Grossi
Beat Gubser

Leyla Gül
Monika Hächler
Kurt Hirsbrunner
Jimmy Hofer
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Stefan Jordi
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Michael Köppli
Peter Künzler
Lea Kusano
Prisca Lanfranchi
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Robert Meyer
Christine Michel
Patrizia Mordini

Eveline Neeracher
Halua Pinto de Magalhães
Judith Renner-Bach
Pascal Rub
Rahel Ruch
Kurt Rüeggsegger
Hasim Sancar
Alexandre Schmidt
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
Barbara Streit-Stettler
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Tanja Walliser
Béatrice Wertli
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Rania Bahnan Buechi
Tania Espinoza
Lukas Gutzwiller

Martin Mäder
Stéphanie Penher

Yves Seydoux
Peter Wasserfallen

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Annemarie Masswadeh, Protokoll

Nik Schnyder, Ratsweibel
Christine Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

Mitteilungen der Präsidentin

Die Vorsitzende: Stand heute: 18 traktandierungsbereite Vorstösse.

1 Kleine Anfrage Aline Trede (GB), Lea Bill (JA!): Schluss mit der Schikanierung politischer Aktivistinnen und Aktivisten!

Geschäftsnummer 11.000234 / 11/229

Der Direktor SUE *Reto Nause* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Einsatz vom 12. August 2011 liegt in der operativen sowie gerichtspolizeilichen Zuständigkeit und Verantwortung der Kantonspolizei. Der Gemeinderat hat einen Bericht der Kantonspolizei verlangt, der Rechenschaft über den Einsatz abgibt. *Zu Frage 1:* Die polizeiinternen Abklärungen haben ergeben, dass bei der Festnahme vom 12. August 2011 die eine Person wegen Verdachts auf Besitz von Betäubungsmitteln kontrolliert wurde. Die zweite Person begab sich gemäss Angaben der Polizei freiwillig in die Kontrolle, um ihren Kollegen zu begleiten, worauf diese der gleichen Kontrolle unterzogen wurde. Die Kantonspolizei hält in ihrem Bericht fest, dass bei der zweiten Person auf eine Entkleidung hätte verzichtet werden sollen, weil bei ihr der Verdacht auf Besitz von Betäubungsmitteln fehlte. *Zu Frage 2:* Der Gemeinderat verlangt vom Kommando der Kantonspolizei, die Regelung und Praxis betreffend die Entkleidung zu überprüfen und diese nur soweit unbedingt notwendig anzuwenden.

Zu Frage 3: Ja. Die Empfehlungen der Aufsichtskommission haben für den Gemeinderat nach wie vor einen hohen Stellenwert. Die zuständige Direktion führt am 19. September 2011 ein weiteres Gespräch mit der Aufsichtskommission. *Zu Frage 4:* Wie erwähnt ist der Gemeinderat im ständigen Dialog mit der Aufsichtskommission. Der Gemeinderat hat sich in der Vergangenheit wiederholt für die korrekte Behandlung von festgenommenen Personen ausgesprochen.

Eine Ergänzung: Vergangenen Samstag war die ehemalige Regierungsstatthalterin Regula Mader im Festnahme- und Warteraum (FWR) im Neufeld. Sie hat in einer ersten Reaktion gesagt, die Empfehlungen seien umgesetzt worden, die Arbeit in diesem FWR seien ruhig, professionell etc. verlaufen. Ihren Schlussbericht erwarten wir in rund einem Monat.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

2 Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Roland Jakob, SVP): Hat der Stadtpräsident seine Pflichten erfüllt?

Geschäftsnummer 11.000232 / 11/227

Der Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: *Zu Frage 1:* In den Jahren 2005, 2006 und 2008 sind regelmässig Personalbeurteilungen durchgeführt worden. Der Zweijahresrhythmus wurde gewählt, weil teilweise längerfristig angelegte Zielsetzungen vereinbart worden sind. Im 2010 wurde eine Disziplinaruntersuchung durchgeführt, daher wurde mit der damals fälligen Personalbeurteilung nach Rücksprache mit dem Finanzinspektor bis zum Vorliegen des Schlussberichts zugewartet. Im Nachgang zum Schlussbericht hat der Gemeinderat mit dem Finanzinspektor Organi-

sations- und Verhaltensziele vereinbart, die in regelmässigen Abständen mittels eines systematisierten Controllings evaluiert werden. Eine externe Person begleitet diesen Prozess mit Teamentwicklungsmassnahmen und einem Führungsscoaching. Ziel ist die Normalisierung des Arbeitsklimas und die Behebung der organisatorischen Mängel im Finanzinspektorat. *Zu Frage 2:* Im Rahmen des in der Stadt üblichen Personalbeurteilungsverfahrens wurden Leistungen und Verhalten beurteilt und neue Zielsetzungen vereinbart, dies geschieht in gewohnt professioneller Art. Das Verhältnis zwischen dem Stadtpräsidenten und dem Finanzinspektor war nicht gespannt. Im Gegenteil: Auf Antrag des Stadtpräsidenten hat der Gemeinderat Beat Büschi per 1.1.2009 befördert. *Zu Frage 3:* Das Verhalten des Finanzinspektors im Zusammenhang mit den Sozialhilfedossiers hat keine Auswirkungen auf die darauf folgende Personalbeurteilung gehabt, da diese wegen der Disziplinaruntersuchung verschoben worden ist. *Zu Frage 4:* Mit der Neuunterstellung des Finanzinspektorats per 1. September 2011 fällt die Zuständigkeit der Durchführung der nächsten Personalbeurteilung in die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik.

Roland Jakob (SVP): 2010 war Beat Büschi noch vollumfänglich bei Ihnen, Herr Tschäppät. Werden Sie beim Personalgespräch 2011 anwesend sein, um Ihren Teil bzw. die Zeit 2010/2011 abzudecken?

Alexander Tschäppät: Die neue Personalbeurteilung wird die Finanzdirektorin durchführen. So weit nötig, werden wir Informationen austauschen und das Gespräch vorgängig führen. Aber es kann nicht sein, dass zwei Gemeinderäte zusammen eine Personalbeurteilung machen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

3 Kleine Anfrage Jimmy Hofer (parteilos): BDP – Gekaufter 1. August-Auftritt in Bern?

Geschäftsnummer 11.000233 / 11/228

Der Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: *Zu Frage 1:* Nein, in der Zukunft so wenig wie in der Vergangenheit. Der Nationalfeiertag verdient eine würdige Feier, die von der jeweiligen Stadtratspräsidentin bzw. vom jeweiligen Stadtratspräsidenten treuhänderisch für die gesamte Bevölkerung zu gestalten ist. In der Tat ist es so, dass in Bern traditionellerweise in der Regel das amtierende Stadtratspräsidium die offizielle 1.-August-Rede hält. Dass die Ansprache in diesem Jahr von einer Bundesrätin gehalten würde, war von der diesen Programmpunkt organisierenden Stadtratspräsidentin bis kurz vor dem Anlass geheim gehalten worden. Insofern konnte also mit diesem Auftritt jedenfalls im Vorfeld keine Propaganda betrieben werden. Im Übrigen ist es üblich, dass sämtliche Mitglieder des Bundesrats am 1. August im ganzen Land und meist mehrfach auftreten und sich im Rahmen von Bundesfeiern an die Bevölkerung richten. *Zu Frage 2:* Die Bundesfeier hat die Stadt Bern knapp 10 000 Franken gekostet. Den diesen Betrag übersteigenden Aufwand hat die Stadtratspräsidentin bzw. haben von ihr organisierte Sponsorinnen und Sponsoren getragen. In den Gesprächen zwischen der Stadtratspräsidentin und der organisierenden Stadtkanzlei war nie die Rede davon, dass die BDP den Anlass sponsern würde. *Zu Frage 3:* Zwischen der Stadt und der BDP haben keine Gespräche betreffend die Bundesfeier stattgefunden. *Zu Frage 4:* Niemand. Die BDP hat nie einen wie auch immer gearteten „Zuschlag“ betreffend die Bundesfeier erhalten. *Zu Frage 5:* Nein.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

4 Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Umgang mit Finanzinspektor wirft Fragen auf

Geschäftsnummer 11.000231 / 11/226

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht. -

Interpellant *Bernhard Eicher* (JF): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Ich stelle für die Fraktion FDP klar: Es ist wichtig, dass Vorwürfe, die gegen den Gemeinderat und insbesondere auch gegen den Stadtpräsidenten im Raum stehen, geklärt werden. Und wenn ich „geklärt“ sage, so meine ich auch geklärt. Es gibt beide Möglichkeiten – man stellt fest, dass die Vorwürfe zutreffen oder eben nicht. Vor allem zwei Fragen sind für uns von Interesse. Erstens der zeitliche Verlauf der ganzen Geschichte, in der unserer Ansicht nach einige fragwürdige Entscheide des Gemeinderats gefällt wurden, und zweitens, ob der Finanzinspektor durch diese Untersuchung unter Druck gesetzt wurde. Vor diesem Hintergrund ist für uns die recht heftige Reaktion des Gemeinderats in seiner Antwort unverständlich. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse und auch einen Anspruch, dass man herausfindet, was genau gelaufen ist und es liegt auch im Interesse des Gemeinderats und des Stadtpräsidenten, dass die Vorwürfe untersucht werden.

Wie wir in der Antwort lesen konnten, sind der Gemeinderat und der Stadtpräsident davon überzeugt, dass die Vorwürfe völlig haltlos sind. In diesem Fall müssten sie ein Interesse daran haben, dass dies festgestellt wird. Darum finden wir eine rasche Klärung wichtig und wir haben an die AK die Erwartung, dass diese Klärung rasch erfolgt, noch vor den Wahlen. Wir sehen keinen Grund, warum eine Untersuchung Monate in Anspruch nehmen soll. Eine Klärung der Fragen noch vor den Wahlen ist im Interesse der Öffentlichkeit. Die Leute sollen wissen, was Sache ist, wenn sie den Wahlzettel ausfüllen. Und auch der Stadtpräsident, der ja für den Nationalrat kandidiert, dürfte ein Interesse daran haben, ebenso der Gesamt-Gemeinderat, von dem ebenfalls einige Mitglieder ein Interesse an einem Nationalratsmandat haben. Darum meine Frage an den Präsidenten der AK: Wann können wir mit dem Bericht rechnen? Und sollte dies erst nach den Wahlen der Fall sein, was ist der Grund dafür?

Wir haben unter Punkt 1 die Frage nach dem rechtlichen Hindernis gestellt, sie wurde nicht beantwortet. Gehe ich richtig in der Annahme, dass es kein rechtliches Hindernis gab und dass es möglich gewesen wäre, den Finanzinspektor schon vorgängig über den provisorischen Bericht zu informieren? Der Gemeinderat hat sich dagegen entschieden, er führt das auch aus. Aber unserer Meinung nach ist dies zumindest hinsichtlich Personalpolitik fragwürdig, und es ist auch menschlich fragwürdig, das hat die Erkrankung des Finanzinspektors gezeigt.

Bei Frage 2 ist für uns die Beantwortung in Ordnung. Bei Punkt 3 fragt sich, warum der Gemeinderat so heftig reagiert und sagt, er verwahre sich gegen die Vorwürfe und sogar von Ehrverletzung schreibt. Denn schliesslich stehen diese Vorwürfe im Raum und es ist richtig zu fragen, ob sie stimmen oder nicht. Ziel der Frage ist es, und das geht auch die AK an, den Wahrheitsgehalt der Behauptungen herauszufinden. Dazu eine Anmerkung: Der Gemeinderat führt aus, wie das schriftliche Verfahren gewesen sei, wie sich der Finanzinspektor schriftlich geäußert habe. Wer schon einmal mit so etwas konfrontiert wurde weiss, dass die Zwischentöne entscheidend sind. Es geht nicht darum, was schriftlich hin und her ging, sondern es

geht darum, was mündlich ablief, was für Zwischentöne es gab, ob man den Finanzinspektor so unter Druck gesetzt hat. Das ist von Interesse bei dieser Frage. Ich gehe nicht davon aus, dass der Gemeinderat auf schriftlichem Weg Drohungen ausgesprochen hat. Auch dazu eine Nachfrage: Kann der Gemeinderat garantieren, dass keine Drohungen und kein Druck ausgeübt wurden? Die Fragen 4 und 5 sind für mich korrekt beantwortet.

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA: Als AK-Präsident nehme ich nicht direkt Stellung zur Interpellation, deren Inhalt und den Antworten des Gemeinderats, sondern möchte mich kurz zum Fall generell äussern. Nach dem wir via Medienmitteilung des Gemeinderats erfahren hatten, dass dieser den Disziplinaruntersuchungsbericht mit dem Finanzinspektorat besprochen hatte und die Medien diesbezüglich einige Fragen aufgeworfen hatten, beschloss die AK in einer ausserordentlichen Sitzung, in diesem Zusammenhang eine Untersuchung durchzuführen. Wir mussten mit Ärger und Enttäuschung zur Kenntnis nehmen, dass das AK-Protokoll zum Gespräch mit dem Stadtpräsidenten Tschäppät über den Stand des Berichtes einem Journalisten der Zeitung „der Bund“ zugespielt worden war. Kommissionsprotokolle sind vertraulich, die Protokolle der AK sind sogar geheim. Ich bin seit 2005 im Stadtrat und in der AK. In dieser Zeit wurden zwei Protokolle aus zwei verschiedenen Kommissionen an Journalisten weitergegeben. Es sieht so aus, dass diese Protokolle jeweils aus spezifischen politischen Interessen gewissen Journalisten zugespielt werden. Wer dies tut, ist am falschen Platz in einer Kommission, wo neben politischen Auseinandersetzungen auch Vertrauen gefragt ist. Wer dies tut, hat offenbar keine Moral. Ich will kein Moralist sein, in einem solchen Fall wäre aber ein bisschen mehr Moral nötig. Derjenigen Person, die das Papier den Medien zugespielt hat, fehlt es offensichtlich an Respekt vor seinen Gegnern und es fehlt der Respekt für die Arbeit der Kommission, in der diese Person selber ja auch tätig ist. Nicht einmal Respekt vor der eigenen Arbeit ist geblieben. Auch die Parteien sind in der Pflicht, solche Leute nicht in die Kommissionen zu schicken und ihnen die Bedeutung des Vertrauens und Schweigens in einer Kommission beizubringen. Der Schaden einer solchen Indiskretion ist für die Politik und die Kommissionsarbeit enorm. Und der Schaden wird auch gross sein für diese Person und deren Partei, wenn herausgefunden wird, wer es war.

Aufgrund dieser Indiskretion und um den Bedenken von Finanzinspektor Büschi Rechnung zu tragen, hat die AK in dieser Sache einige Massnahmen ergriffen. Der Bericht ist in einem Exemplar, zusammen mit allen Unterlagen – auch den relevanten AK-Protokollen – beim Ratssekretariat zur Einsicht aufgelegt. Die Sichtung darf nur in Anwesenheit des Ratssekretariats erfolgen. Es wird eine Liste geführt um festzuhalten, wer die Unterlagen wann eingesehen hat. Alle Notizen, die dabei gemacht werden, müssen abgegeben werden und können erst in der AK-Sitzung für die Gespräche gebraucht werden. Sie müssen zudem jeweils nach der Sitzung wieder abgegeben werden. Dies erschwert natürlich die Untersuchung, ist aber nötig. Nun hat Beat Büschi auf eine Beschwerde gegen die Weitergabe des Berichtes verzichtet und der Gemeinderat hat uns den Bericht und die Unterlagen zur Verfügung gestellt. Ich bin froh, dass wir eine Lösung gefunden haben. Somit werden die sistierten Gespräche mit den Herren Büschi und Tschäppät wieder aufgenommen. Sobald die Untersuchung abgeschlossen ist, kann auch die Öffentlichkeit über die AK-Ergebnisse informiert werden. Wie lange dies dauern wird, kann ich nicht sagen. Wir kennen einerseits den Bericht noch nicht und auf der anderen Seite dürfen wir nicht vergessen, dass wir ein Milizparlament sind. Alle arbeiten auch noch und zudem fangen kommende Woche die Ferien an etc. Das sind keine Ausreden, aber wir haben auch einen Monat verloren, weil wir nicht wussten, ob wir den Bericht erhalten oder nicht. Seit gestern wissen wir, dass wir den Bericht einsehen können.

Fraktionserklärungen

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Unsere Fraktion dankt der Fraktion FDP, dass sie hier vorstellig wurde. Wir haben etwas Mühe mit der Antwort des Gemeinderats, wir sehen es gleich wie die FDP, nämlich dass etwas viele Emotionen in die Antwort gelegt worden sind und weniger zur Sache geschrieben wurde. Ich möchte meinem Vorredner einige Fragen stellen. Die Fraktion SVPplus hat der AK bereits im Vorfeld Antrag auf Untersuchung gestellt. Ich als Mitunterzeichner habe bis heute von der AK keine Antwort erhalten, wie sie hier weiterfahren will. Aber der AK-Präsident müsste mir doch offiziell mitteilen, was mit diesen Anträgen passiert oder passiert ist, damit wir wissen, wo wir stehen. Das Geschäftsreglement sagt klar, jeder Stadtrat und jede Stadträtin habe das Recht, Anträge an die AK zu stellen. Bis heute gibt es also hier ein Versäumnis des AK-Präsidenten. Wenn wir schon von Vertrauen reden, so erwarte ich auch, dass mir der AK-Präsident mitteilt, was gelaufen ist oder nicht.

Zu den einzelnen Fragen. Wir haben mit Befremden zur Kenntnis genommen, wie sich der Gemeinderat im Fall Büschi herauszuwinden versucht. Wir stellen fest, dass der Zwischenbericht dem Finanzinspektor viel zu spät zur Kenntnis gebracht wurde. Wir stellen fest, dass das Wort „Mobbing“ im Raum steht. Ich möchte von Alexander Tschäppät wissen, ob das mit guter Führung von Mitarbeitern vereinbar ist, wenn man etwas zurückhält, obwohl es die Gegenpartei eigentlich auch wissen sollte. Es wird weiter festgehalten, das Finanzinspektor habe wunderbar weiter funktioniert. Dazu möchte ich vom Gemeinderat gern wissen, ob es richtig ist, dass man dem Finanzinspektor Unterlagen in die Klinik bringen musste, damit er sie unterschreibt, weil niemand sonst die Befugnis dazu hatte. Wenn dies so wäre, wäre die Beantwortung der Frage 5 bestimmt nicht korrekt.

Die Geschichte um den Finanzinspektor ist verworren und ich bitte die AK nicht nur zu schauen, dass sie jetzt angeblich brav sein und keine Unterlagen mehr herausgeben werde, sondern möglichst viel Kraft dafür einzusetzen, dass sie die Untersuchung möglichst rasch durchführt. Dies entlastet nicht nur den Gemeinderat, dies entlastet auch einen Mitarbeiter der Verwaltung, von dem ich persönlich glaube, dass er seine Arbeit immer gut und sauber gemacht hat, und diesbezüglich gilt ja immer noch das Unschuldsprinzip. Geben wir der AK nicht zu viel Zeit, verlangen wir, dass sie rasch handelt und aufzeigt, wo die Umstände verbessert werden müssen.

Thomas Göttin (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich weiss nicht, wem diese Diskussion etwas bringen soll. Ich bedaure auch diesen Versuch einer Eskalation: Es werden Fragen an den Gemeinderat gestellt und er soll garantieren, dass alles klar war; es werden Fragen an die AK und deren Präsidenten gestellt. Das erscheint mir vom Verfahren her eigentlich unmöglich und ich möchte mich deshalb auf drei Bemerkungen beschränken. Es geht hier erstens nicht um Sozialhilfe-Fragen, das wurde in der Debatte denn auch nicht mehr erwähnt, sondern es geht um die Frage der fachlichen Arbeit und der Personalführung auch von Beat Büschi, es geht um das Vertrauensverhältnis innerhalb des Finanzinspektorats. Es besteht offenbar Handlungsbedarf zur Verbesserung von Organisation und Führung und es ist auch bezeichnend, dass Beat Büschi bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz mit Teamentwicklung und Führungcoaching begleitet wird. So viel zum Inhalt.

Zu den Fristen und zum Zwischenbericht bringt die Antwort des Gemeinderates alle wünschbare Klarheit. Von einem Zwischenbericht kann man bei einer halben Seite eigentlich nicht sprechen, das ist wohl eher ein kurzer Hinweis zum Verfahrensstand. Und dass es länger dauert, kann man dem Gemeinderat auch nicht anlasten. Erst recht liegt es nicht am Gemeinderat, sondern daran, dass die Stellungnahme von Beat Büschi während längerer Zeit nicht gekommen ist, dass nicht über den Abschluss des Verfahrens informiert werden konnte. Und ganz quer in der Landschaft steht der implizite Vorwurf an den Gemeinderat, er habe den

Bericht zu spät oder überhaupt nicht einer Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Gerade das Gegenteil trifft zu. Der Gemeinderat musste bekanntlich eine Verfügung zur Freigabe erlassen, damit Beat Büschi bereit war, der Aufsichtskommission wenigstens einen sehr eingeschränkten Zugang zu ermöglichen, was auch wieder Fragen aufwirft.

Der Gemeinderat hat, dies zum Schluss, intelligent gehandelt, als er die administrative Unterstellung auf den 1. September von der Präsidial- und Finanzdirektion geändert hat. Bei dieser Art von Geschichten ist es irgendwann besser, wenn zumindest eine Seite von zahlreichen Beteiligten – dazu gehören Gemeinderat, Angestellte des Finanzinspektorats, Medien, Politik und natürlich Beat Büschi selbst, einen Schritt macht und die Situation entlastet. Ich hoffe, dies hilft, denn eine Diskussion über Beat Büschis Verständnis von Personalführung und fachlichen Aufgaben – in seiner Berufslaufbahn an verschiedenen Orten – möchte ich weder hier und weder jetzt noch in Zukunft führen.

Einzelvoten

Henri-Charles Beuchat (CVP) Wir haben hier eine sehr interessante Interpellation vor uns. Ich möchte vor allem zu Frage 5 Stellung nehmen. Im Gegensatz zu Bernhard Eicher bin ich nicht der Meinung, sie sei korrekt beantwortet. Der Gemeinderat sagt, das Finanzinspektorat habe seinen Verpflichtungen auch während des Disziplinarverfahrens gegen den Finanzinspektor jederzeit nachkommen können. Aber in der Zeitung konnte man lesen, dass externe Aufträge nicht ausgeführt werden konnten. Ist also das Finanzinspektorat jederzeit seinen Verpflichtungen nachgekommen oder nicht? Daraus ergibt sich für mich eine weitere Dimension in dieser Angelegenheit und eine weitere berechtigte Frage, nämlich die, ob die Stadt Bern zu jeder Zeit über ein voll funktionsfähiges Finanzinspektorat verfügte. Diese Frage ist genau so wichtig wie die zu den Mobbingvorwürfen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Der Gemeinderat und ich haben schon sehr früh klar gemacht, dass wir alles Interesse an dieser Untersuchung haben. Wir haben der AK bereits im Sommer mitgeteilt, dass wir für eine lückenlose Untersuchung sind. Wir haben nichts zu verstecken. Und wenn wir schon von Unschuldsvermutung reden, möchte ich doch sagen: Die Unschuldsvermutung gilt für alle, auch für den Gemeinderat und für den Stadtpräsidenten, nicht nur für den Finanzinspektor. Wenn man den Eindruck hat, der Ton unserer Antwort sei etwas dezidiert, so muss ich sagen: Die Fragen waren es auch und in dem Fall dürfen wir uns wohl das Recht herausnehmen, die Antworten klar zu formulieren.

Zu den inhaltlichen Fragen gebe ich keine Antworten, das ist völlig klar. Die AK hat gesagt, sie untersuche, jetzt soll sie untersuchen, ich stehe ihr Red und Antwort zu allen Fragen. Der Gemeinderat hat die Unterlagen vollumfänglich aushändigen wollen, jetzt kann man sie, glaube ich, auch mehr oder weniger vollumfänglich aushändigen. Ich habe alles Vertrauen in dieses Parlament, dass es in der AK seriös untersucht und die gestellten Fragen seriös aufarbeitet. Und dann werden wir über das Ergebnis diskutieren können.

Hasim Sancar (GB): Es wurde vorhin eine Frage an die AK gestellt. Wir führen in der AK keine Korrespondenz mit den Fraktionen, weil jede Fraktion eine Vertretung hat in der AK. Ich habe bis jetzt auch noch nie eine Antwort auf die Anträge der GB/JA!-Fraktion erhalten. Das ist die Grundhaltung. Aber wenn man damit nicht einverstanden ist, hätte man uns auch signalisieren können, dass man gern eine Antwort hätte.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion FDP ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

5 Dringliche Motion Fraktion GLP (Michael Köpfli/Peter Ammann, GLP): Den Willen des Stadtrats umsetzen: Erhöhung der Lohnobergrenze für Spezialisten und Kader, nicht aber für den Gemeinderat!

Geschäftsnummer 11.000195 / 11/201

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen.

Bern, 17. August 2011

Motionär *Michael Köpfli* (GLP): Bevor ich zum Inhalt der Motion und zur Antwort des Gemeinderats komme, möchte ich noch einmal die Vorgeschichte der Motion aufzeigen, weil sie für die nachherige Behandlung entscheidend ist. Wir hatten vor einigen Jahren eine Volksinitiative, massgeblich von Thomas Fuchs, die in der Stadt Bern einen Lohndeckel von 200'000 Franken verlangte. Diese Initiative wurde vom Volk recht deutlich angenommen. Ich möchte dazu auch sagen, dass ich diese Initiative falsch fand und immer noch finde und dass in meiner Fraktion einstimmig die gleiche Meinung herrscht. Aber die Mehrheit hat so entschieden und die Initiative ist umgesetzt worden. In der Folge hat sich aber gezeigt, dass man beim städtischen Personal für einige ausgewählte Stellen für Fachkräfte zunehmend Rekrutierungsschwierigkeiten hat. Die AK hat sich intensiv mit dieser Frage beschäftigt, sie hat mit der Verwaltung Rücksprache genommen und darauf eine AK-Motion eingereicht, um diesen Lohndeckel zu erhöhen. Der Vorstoss war breit abgestützt, bei fast allen Parteien. Es gab eine intensive Stadtrats-Debatte, teilweise kam grosse Opposition auf, vor allem von den Kreisen, die dazumal die Initiative von Thomas Fuchs unterstützt hatten, aber am Schluss gab es trotzdem eine Mehrheit im Stadtrat, inklusive unsere Fraktion, die der Meinung ist, die Problematik bestehe und man müsse eine Lösung suchen. Schon in dieser Debatte war eine knappe Mehrheit dafür, zudem war schon damals grosse Skepsis vorhanden, ob es nicht am Schluss vor allem darum gehe, die Löhne der Gemeinderäte zu erhöhen. Ich habe diese Skepsis dazumal überhaupt nicht verstanden, weil ich diese Motion nie so aufgefasst hatte. Sowohl in der Ausführung der Motion wie auch im Stadtrat war immer nur von Spezialisten und von Kaderstellen die Rede. Hans Peter Aeberhard, der damalige AK-Präsident, hat in seinem Votum klar bekräftigt, es gehe nicht darum, den Lohndeckel für den Gemeinderat zu erhöhen, sondern der Vorstoss betreffe ausgewählte Stellen, für die man Rekrutierungsschwierigkeiten habe, und es gehe auch nicht darum, die Initiative als Ganzes auszuhebeln. Wir wussten ja schon damals, dass es nicht nur im Stadtrat, sondern auch vor dem Volk keine Extremforderung geben darf, wenn wir mehrheitsfähig sein wollen, eben weil eine angenommene Volksinitiative vorliegt.

Der Gemeinderat wurde durch unsere Motion beauftragt, verschiedene Modelle vorzubereiten. Und was dabei herausgekommen ist, ist doch sehr erstaunlich. Er hat zwar verschiedene Modelle vorgelegt für eine moderate Erhöhung des Lohndeckels bei den städtischen Angestellten, und zumindest mit einem der Modelle können wir gut leben. Dass er aber gleichzeitig beim Gemeinderat eine massive Lohnerhöhung vorsieht, ist für uns unverständlich. Die Gemeinderäte verdienen heute rund 225'000 Franken pro Jahr, wegen der Teuerung, und das ist auch korrekt. Jetzt soll dieser Lohn auf einen Schlag auf 255'000 Franken erhöht werden, für den Stadtpräsidenten sogar auf 270'000 Franken. Das ist eine Erhöhung um 20%. Ich blende noch einmal zurück: Unser Problem ist die überwiesene Volksinitiative „200'000 Franken sind genug“. Wie kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass das Volk nur wenige Jahre nach Annahme dieser Volksinitiative derartigen Lohnerhöhungen zustimmen soll? Es ist einfach nicht

absehbar, wie das funktionieren soll. Ich finde es sehr problematisch, dass der Gemeinderat diese Lohnerhöhung, die man diskutieren könnte, mit der überwiesenen AK-Motion vermischt, bei der es um die Lösung eines ganz anderen Problems ging. Das ist denn auch der Grund, warum ich mit meiner Fraktion zusammen diese dringliche Motion eingereicht habe. Ich finde es auch nicht richtig, dass man bei allen betroffenen Kreisen und vor allem auch bei allen Parteien, die die Motion überwiesen haben, eine Vernehmlassung durchführt zu etwas, was wir so nicht verlangt haben. Darum erwarten wir eine neue Vernehmlassung, zu den tatsächlich Inhalten unserer Motion und nicht primär zu einer massiven Lohnerhöhung für den Gemeinderat.

Es geht uns nicht um Neid und es geht uns auch nicht um Populismus. Meinetwegen könnte man durchaus über eine moderate Lohnerhöhung für den Gemeinderat diskutieren, etwa im gleichen Ausmass wie beim städtischen Kader. Aber eine Lohnerhöhung von 20% auf einen Schlag finde ich weder inhaltlich gerechtfertigt noch ist sie annähernd mehrheitsfähig. Das ist realitätsfremd.

Die GLP will primär das tatsächliche Problem beheben. Und dieses Problem haben wir nicht bei der Rekrutierung von Gemeinderats-Mitgliedern, sondern das haben wir bei ausgewählten Stellen. Das steht für uns im Zentrum und wir möchten eine Lösung dafür nicht gefährden, weil man, und das wird so sein, im Abstimmungskampf nur über die Löhne des Gemeinderats diskutiert. Es ist nun einmal so, dass z.B. ein Ingenieur oder Finanzaufseher eine ziemlich identische Stelle in einer anderen Stadt, beim Kanton, beim Bund oder auch in der Privatwirtschaft findet. Für den Gemeinderat dagegen gibt es keinen Arbeitsmarkt, der vor allem über den Lohn läuft. Selbstverständlich können auch Gemeinderäte in der Privatwirtschaft eine deutlich besser bezahlte Stelle finden. Aber das ist ein anderes Betätigungsfeld und zudem ist es nicht so, dass es bei 225'000 Franken Probleme gäbe, bei 255'000 respektive 270'000 Franken hingegen nicht mehr. Bundesrat Schneider-Ammann verdient heute einen Bruchteil dessen, was er früher verdient hat. Trotzdem hat er das Amt angenommen und niemand käme auf die Idee zu fordern, ein Unternehmer, der in den Bundesrat wechselt, müsse gleich viel verdienen wie vorher als Unternehmer. In der Schweiz ist es so, dass die vom Volk gewählten Politiker in einer Regierung einen vorher festgelegten Lohn erhalten. Sie wissen das, wenn sie sich um dieses Amt bewerben.

Zu den Argumenten des Gemeinderats gegen unsere Motion. Er sagt, es wäre schwierig, nur für einzelne Spezialisten und Kaderstellen eine Lohnerhöhung durchzuführen, weil dies der geltenden Verfassung und den Gesetzen widerspreche. Ich bin überzeugt, dass man eine Lösung finden kann, die den Gesetzen und der Verfassung entspricht. Es gibt z.B. die Möglichkeit von Arbeitsmarktzulagen. Auf Bundesebene funktioniert das und ich weiss nicht, warum das nicht auch in der Stadt Bern möglich sein sollte. Weiter sagt der Gemeinderat zu Recht, er habe eine Führungsfunktion, eine schwierige Aufgabe, und er stehe viel in der Öffentlichkeit. Dafür sollte er entsprechend entlohnt werden und er sollte mehr verdienen als seine Angestellten. Darüber kann man diskutieren. Selbstverständlich ist es unüblich, dass ein Spezialist in der Verwaltung mehr verdient als der oberste Chef. Aber es geht auch um ein Abwägen, was einem wichtiger ist. Und uns ist es wichtiger, die Probleme in der Rekrutierung von Personal zu beheben und dafür in Kauf zu nehmen, dass wir eine etwas unübliche Lösung haben, als Prinzipienreiterei zu betreiben und darauf zu beharren, dass der Stadtpräsident mehr als der Gemeinderat und der Gemeinderat mehr als jeder Angestellte verdienen solle. Der Gemeinderat macht im weiteren einen Quervergleich mit anderen Exekutivfunktionen. Es stimmt, dass in anderen Städten die Löhne höher sind, aber längst nicht in allen. Und gewisse Vergleiche stimmen so nicht. Man kann das Stadtpräsidium der Stadt Bern nicht mit dem Stadtpräsidium von Basel vergleichen. Der Stadtpräsident von Basel ist gleichzeitig noch die höchste Person im Kanton und hat damit doch eine deutlich grössere Verantwortung.

Positiv nehmen wir zur Kenntnis, dass der Gemeinderat bereit ist, über seine Lohnerhöhung zu diskutieren. Wir sind auch durchaus bereit, Hand zu bieten für eine pragmatische Lösung. Aber sie muss mehrheitsfähig sein, im Stadtrat und dann vor allem auch vor dem Volk. Und schon im Stadtrat – das haben wir schon in den Reaktionen in den Medien gesehen – wird es extrem schwierig sein, mehrheitsfähig zu werden. Es ist sogar absehbar, dass eine Lohnerhöhung für den Gemeinderat nicht mehrheitsfähig ist. Darum bitten wir den Gemeinderat, auf seine Forderungen zu verzichten, auch wenn man nicht völlig verneinen kann, dass sie gerechtfertigt sind. Aber er soll aus pragmatischen Gründen verzichten und Hand bieten für eine mehrheitsfähige Lösung, so dass wir keine Rekrutierungsschwierigkeiten mehr haben in der Stadtverwaltung, vor allem nicht vor dem Hintergrund, dass wir nächstens die StaBe in die Stadt zurückführen. Gerade dort gibt es verschiedene Stellen, für die es wichtig ist, dass die Stadt konkurrenzfähig bleibt.

Fraktionserklärungen

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Unsere Fraktion und wahrscheinlich auch der Stadtrat haben ein fundamentales Interesse an guten und motivierten Mitarbeitenden. Dazu gehören unter anderem gute Arbeitsbedingungen und selbstverständlich auch marktfähige Löhne, und zwar für alle Stufen, nicht nur für den Gemeinderat und für die Kaderstufe. Wir als Parlament sind letztlich dafür verantwortlich, dass die 3'600 Mitarbeitenden der Stadt gute Arbeitsbedingungen und marktfähige Löhne haben und dass sie gern in der Stadt Bern und für die Stadt Bern arbeiten. Wir stehen aber auch in der Verantwortung gegenüber den Steuer Zahlenden. Auch sie haben ein Interesse an guten und motivierten Mitarbeitenden. Den Unterschied zwischen guten und schlechten Strassenwischern bekommen die Steuer Zahlenden sehr rasch mit. Oder stellen Sie sich den Unterschied vor zwischen guten und schlechten Spezialisten. Ein Finanzverwalter, der das Liquiditätsmanagement im Griff hat, der auch entsprechend harte Verhandlungen mit Banken führen kann, hilft Millionen von Steuerfranken einsparen. Aus dieser Überzeugung heraus möchten wir hier nicht eine populistische Debatte führen, sondern wir denken, es braucht eine seriöse Unterhaltung über das Entlohnungssystem der Stadt Bern. Es wurde letzte Woche klar, dass die Vorlage, die der Gemeinderat uns unterbreitet, sehr umstritten ist.

Wenn wir unsere Verantwortung wahrnehmen wollen, dürfen wir heute nicht einfach Wahlkampf betreiben, sondern wir müssen uns seriös mit der Vorlage auseinandersetzen. Ziel sollte sein, die verschiedenen Überzeugungen, die es im Parlament gibt, auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen, so dass wir eine marktfähige Entlohnung unserer Mitarbeitenden durchsetzen können. Darum schlagen wir einen Runden Tisch vor. Wir haben das schon abgeklärt, es sind Vertreterinnen und Vertreter aus allen Fraktionen dabei und ich möchte ihnen ganz herzlich dafür danken, dass wir uns in der Stadtrats-Pause vom 22.9. zusammensetzen und in einem kleineren Kreis versuchen, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Insofern steht die Motion der Fraktion GLP jetzt etwas schief in der Landschaft. – Natürlich, es ist Wahlkampf, natürlich, es ist toll, etwas populistisch zu diskutieren. Aber es fragt sich doch, ob jetzt der richtige Zeitpunkt für eine so wichtige Vorlage ist.

Das Verfahren, das die GLP gewählt hat, ist unüblich. Wir haben ja eine Vorlage, es gab ein Vernehmlassungsverfahren dazu, man konnte sich äussern und das haben meines Wissens die meisten Parteien auch gemacht. Und wir werden logischerweise in der Stadtrats-Debatte, in der die Vorlage diskutiert wird, Gelegenheit haben uns zu positionieren und der Bevölkerung mitzuteilen, welche Haltung wir einnehmen. Darum schlägt unsere Fraktion vor, erst einmal diesen Runden Tisch abzuwarten, statt die Vorlage heute ein erstes und in ein paar Monaten ein zweites Mal zu verhandeln. Wenn wir jetzt eine längere Diskussion führen, haben sich alle Fraktionen schon positioniert und sie haben damit auch ihren Handlungsspiel-

raum bereits aufgegeben. Das wäre ungeschickt, denn so werden wir uns bestimmt nicht einig. Ich äussere mich deshalb für meine Fraktion erst einmal nicht inhaltlich. Sollte es jetzt aber doch zu einer Diskussion kommen, werde ich mich für ein zweites Votum melden und unsere Position darlegen. Ich bitte also, die inhaltliche Diskussion knapp zu halten. Wir werden die ganze Diskussion am 22. September führen und noch einmal, wenn wir die konkrete Vorlage besprechen. Idealerweise würde die Fraktion GLP den Vorstoss zurückziehen. So könnten wir uns, im Sinn der Ratseffizienz, auf das Budget konzentrieren.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Auch unsere Fraktion ist der Meinung, dass 200'000 Franken ein Lohn sind, von dem man sehr gut leben kann. Meines Wissens verdient niemand von uns 200'000 Franken. Aber bei dieser Motion geht es nicht darum, ob 200'000 Franken ein zu hoher Lohn ist für einen Gemeinderat oder nicht, sondern es geht darum ausdiskutieren, ob ein Gemeinderat, eine Gemeinderätin wirklich mehr verdienen soll als das oberste Kader der Verwaltung. Dass wir den Kaderangestellten mehr Lohn geben müssen, ist wahrscheinlich unbestritten. Es ist eine Tatsache, dass wir mit dem Bund und dem Kanton konkurrenzieren müssen und es hat sich ja gezeigt, das wurde bereits erwähnt, dass es in gewissen Bereichen schwierig ist, Spezialisten zu finden.

Wir haben die Frage, ob die Gemeinderäte mehr verdienen sollen als die obersten Chefs der Verwaltung, in der Fraktion GFL/EVP sehr gründlich und auch kontrovers diskutiert und sind grossmehrheitlich zum Schluss gekommen: Ja, Gemeinderäte und Gemeinderätinnen sollen mehr verdienen als das oberste Kader, und zwar aus folgenden Gründen: Die Gemeinderäte der Stadt Bern sind nicht einfach Politiker wie wir im Stadtrat oder wie Gemeinderäte auf dem Land, sondern sie sind gleichzeitig die Chefs je eines Teils der Verwaltung. Sie tragen, wie Manager in einer Firma, Verantwortung. Sie sind zum Beispiel auch verantwortlich dafür, wenn ein Abteilungsleiter, also jemand aus dem obersten Kader, „Chabis macht“. Es ist weltfremd, wenn man den obersten Chefs weniger Lohn zahlt als den zweitobersten, nur weil sie ein politisches Amt haben und nicht angestellt sind. Die Gemeinderäte sitzen bekanntlich auf einem Schleudersitz, sie können abgewählt werden. Auch dies spricht dafür, dass sie recht verdienen.

In der Stadtverwaltung gibt es klare hierarchische Strukturen und wir von der Fraktion GFL/EVP respektieren diese Strukturen und erachten sie als nützlich. Auch darum macht es Sinn, dass die Gemeinderat am meisten verdienen. Dass die Gemeinderäte zum Teil weniger qualifiziert sind als ihre Chefangestellten, tut wenig zur Sache. Die Stellung in der Hierarchie spielt in diesen Fragen eine mindestens so grosse Rolle. Es ist wichtig, dass der Berner Gemeinderat einen angemessenen Lohn hat, aber relativ tiefe Spesen. Das ist transparenter. Und bekanntlich bezahlt man ja für Spesen keine Steuern, für Löhne hingegen schon. Wir werden also die Motion der Fraktion GLP grossmehrheitlich ablehnen, weil wir der Meinung sind, der Gemeinderat solle mehr verdienen, als das oberste Kader der Verwaltung.

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! wird die Motion ablehnen, wenn auch aus anderen Gründen als den jetzt gehörten. Zuerst einige Bemerkungen zum Vorgehen der Fraktion GLP: Die Motion wirkt aus unserer Sicht wie eine Selbstbeschäftigung dieser Fraktion. Zuerst unterstützt die GLP den AK-Vorstoss, den ich übrigens auch in der AK nicht unterstützte. Nachdem der Gemeinderat eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt hat, kommt sie mit einer dringlichen Motion und verlangt, dass er diese Vorlage annulliert und eine neue Vorlage erarbeitet, weil sie gegen die Erhöhung der Gemeinderats-Löhne ist. Dieses Vorgehen ist nicht richtig und zeigt, dass die Kenntnisse der GLP über Vernehmlassungsprozesse ziemlich dürftig sind. Den Inhalt dieser Motion hätte die GLP als eine Stellungnahme liefern können und dann, wenn sie mit der definitiven Vorlage des Gemeinderats nicht einverstanden gewesen wäre, im Stadtrat Anträge stellen können. Jetzt werden wir zwei

Mal darüber diskutieren. – Ausser Spesen nichts gewesen, höchstens noch ein bisschen Werbung in den Medien für die GLP.

Zum Inhalt. Erstens: Die AK-Motion verlangte eine Aufhebung des Lohndeckels auch für den Gemeinderat. Im Vordergrund stand wohl als Vergleich das Einkommen der oberen Kader. Wahrscheinlich haben all diejenigen, die die AK-Motion unterstützt haben, nicht mit einer so massiven Hebung der Gemeinderats-Löhne gerechnet, wie der Gemeinderat sie vorschlägt. Das kapitalistische Wirtschaftssystem funktioniert eben so: wenn man die Hand gibt, verliert man den Arm. Ein weiterer Grund, warum wir die Motion ablehnen, ist die Erhöhung der Kaderlöhne. Die Fraktion GB/JA! kann dies nicht nachvollziehen, noch akzeptieren wir, dass die unteren Löhne entgegen unserem Vorstoss auf gleichem Niveau, unter 4'000 Franken, bleiben sollen. So produziert ein Gemeinwesen Working Poor. Bei mittleren Lohnklassen werden die Anfangslöhne gar leicht gesenkt. Die Fraktion GB/JA! setzt sich für einen guten und starken Service public in der Stadt Bern ein und hat sich verschiedentlich für die Verbesserung bzw. die Beibehaltung attraktiver Anstellungsbedingungen wie 40-Stundenwoche, Vaterschaftsurlaub, Frühpensionierung, Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs, Lohngleichheit etc. stark gemacht. Drittens: Mit der Revision verschlechtert sich das Verhältnis zwischen den untersten und obersten Löhnen: Die Lohnschere in der Stadtverwaltung würde sich stärker öffnen. Dies ist sozial- und beschäftigungspolitisch nicht akzeptabel. Wir wehren uns gegen diese einseitige Revision zu Gunsten der hohen Löhne. Was es braucht, ist eine Erhöhung der heutigen Tiefstlöhne von 3'572 Franken. Der Minimallohn in der Berner Stadtverwaltung soll mindestens 4'000 Franken im Monat betragen, 13 Mal pro Jahr. Viertens glauben wir nicht, dass mit einer Erhöhung der oberen Gehaltsgrenze mehr spezialisierte Kader gefunden werden können. Es braucht Initiativen, die Ausbildung und Beruf attraktiver gestalten, es braucht Investitionen in Berufsausbildung und Anreize, damit die Zahl der Studierenden zunimmt. Fünftens: Die Behauptung, die Stadt Bern sei gegenüber dem Kanton nicht konkurrenzfähig, stimmt so nicht. Ein Vergleich mit der kantonalen Gehaltsklassentabelle zeigt, dass die Stadt nicht meilenweit vom Kanton entfernt ist. Im Kanton erreicht ein Generalsekretär oder eine Generalsekretärin (Gehaltsklasse 30, Stufe 80) einen Maximallohn von 236'000 Franken. Eine Gehaltsklasse weiter unten beträgt der Maximallohn Fr. 224'000 Franken, was im Bereich der obersten städtischen Lohnklasse liegt. Es wäre auch verfehlt, die Löhne aus Konkurrenzgründen nach oben anzupassen. Denn dann könnten wiederum die Kantone und der Bund eine Erhöhung veranlassen. Wir müssen verhindern, dass sich die Spirale weiter nach oben dreht. Profitieren würden ohnehin diejenigen, die schon jetzt zu den gut Verdienenden gehören. Den gleichen Denkfehler gibt es auch bei der Forderung nach einer Steuerreduktion für die Reichen. Wir müssen irgendeinmal eine Grenze setzen und die Umverteilung des Reichtums anders und nachhaltig für soziale Gerechtigkeit organisieren, auf jeden Fall nicht von unten nach oben. Kurz: Was die Fraktion GB/JA! will, ist eine Anpassung des Einkommens bei den unteren Lohnklassen nach oben. Deshalb lehnt sie die AK-Motion ab. Wir behalten uns während der Behandlung der Vorlage im Stadtrat einen Antrag auf Nichteintreten vor, wenn der Gemeinderat keine Verbesserung für die unteren Lohnniveaus machen will.

Giovanna Battagliero (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Auch unsere Fraktion lehnt diese Motion ab. Warum? Was die Umsetzung der Forderung der AK-Motion betrifft, hat mein Vorredner bereits ausgeführt, dass die Vorlage des Gemeinderats im Rahmen dieser Motionsforderung liegt. Es ging darum, die Initiative „200'000 Franken sind genug“ rückgängig zu machen. Das betrifft das gesamte Lohngefüge und damit auch die Gemeinderats-Löhne. Die Motion der GLP will das ganze Lohngefüge der Stadt Bern auf den Kopf stellen. Sie will Ungleichbehandlungen unter den städtischen Angestellten, indem nur ausgewählte Kaderstellen höher eingereiht werden sollen. Dem widersprechen wir ganz klar. Einer Verletzung des Rechtgleichheitsgebots können wir nicht zustimmen. Wir sehen die Notwendigkeit einer Erhöhung dieser

Kaderlöhne, wie es der Gemeinderat in seiner Vorlage vorschlägt, wir haben ihr in der Vernehmlassung auch zugestimmt. Die Motion will die Initiative „200'000 Franken sind genug“ rückgängig machen, aber nicht für alle Kaderlöhne und auch nicht für die Mitglieder des Gemeinderats. Wir können nicht zustimmen, dass man die Löhne der Gemeinderäte aus dem Lohngefüge herausnimmt und damit das Amt unserer Regierungsmitglieder abwertet. Diese Diskussion stimmt uns etwas nachdenklich. Es kann doch nicht sein, dass die Vorgesetzten weniger verdienen als ihre höchsten Angestellten. Es kann ebenso wenig sein, dass die Hauptstadt der Schweiz als einziges Gemeinwesen seine Regierungsmitglieder weniger entlohnt als die leitenden Angestellten. Vielleicht können wir nicht mit Basel vergleichen, aber den Vergleich mit Köniz und Biel können wir durchaus machen, und dort verdient das Stadtpräsidium mehr. Es kann nicht sein, dass wir die Arbeit unserer Gemeinderäte abwerten, obwohl die Anforderungen ständig steigen.

Für uns ist zwar klar, dass die Löhne der Gemeinderats-Mitglieder grundsätzlich höher einzu-reihen sind als die der höchsten städtischen Angestellten, aber selbstverständlich ist die SP/JUSO bereit, über die Höhe dieser Löhne zu diskutieren. In der Vernehmlassung haben wir uns dahin gehend geäußert, dass für uns die Vorschläge des Gemeinderats verhandelbar sind, weil uns die vorgeschlagenen Beträge etwas zufällig festgesetzt erscheinen.

Wir anerkennen, dass die FDP diese Motion nicht unterstützt, weil man an diesem Runden Tisch eine allfällige mehrheitsfähige Lösung suchen will. Aber wahrscheinlich ist auch bei der FDP ein wenig Wahlkampf ausgebrochen und man schmückt sich jetzt etwas mit fremden, roten Federn. Der Runde Tisch war nämlich nicht eine Idee der FDP, sondern er war die Idee der SP, konkret ging Thomas Göttin dafür auf Bernhard Eicher zu. Aber eben, wir sind im Wahlkampf.

Das Verfahren, das die Motionärin gewählt hat, ist der zweite Grund, warum wir diese Motion ablehnen. So geht es nicht. Der Gemeinderat hat eine Vorlage ausgearbeitet, sie ist in die Vernehmlassung gegangen, wir konnten uns als Parteien und als Interessierte äussern und dann geht sie ins normale Verfahren: Wir werden in den vorberatenden Kommissionen Gelegenheit zur Stellungnahme haben und wir werden im Stadtrat die Möglichkeit dazu haben, so dass am Schluss eine Vorlage auf dem Tisch ist, wie sie die Mehrheit dem Volk vorlegen will. Es braucht keine dringlichen Motionen, immer wenn man nicht einverstanden ist mit dem, was der Gemeinderat uns vorlegt. Sonst können wir uns die Vernehmlassung ersparen. Wir bitten die GLP, ihre Motion zurückzuziehen. Wenn sie dies nicht macht, werden wir sie wie gesagt ablehnen.

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Es stehen hier zwei Fragen im Raum, nämlich erstens die Löhne der obersten Kader der Stadt und zweitens die Löhne des Gemeinderats. Das Ganze ist politisch recht heikel, vor dem Hintergrund der Abstimmung aus dem Jahr 2004, insbesondere der Gemeinderats-Löhne wegen. Die Motion macht etwas politisch Geschicktes und auch inhaltlich Richtiges, indem sie die beiden Fragen trennt. Es ist auch für allfällige zukünftige Volksabstimmungen wichtig, dass man die beiden Fragen dem Volk im Sinne der Einheit der Materie separat vorlegt, weil es zwei verschiedene Fragen sind. Warum ist das so? Im Bereich der Kader befinden wir uns auf einem Markt, da müssen wir auf jeden Fall einen konkurrenzfähigen Lohn zahlen. Wie hoch der ist, darüber kann man diskutieren. Der Lohn des Gemeinderats ist ein anderes Thema. Die Entschädigung von Politikern ist Ermessenssache. Ich bin der Meinung, dass die Gemeinderäte einen guten Lohn haben müssen, ich bin aber auch der Meinung, dass sie ihn heute mit diesen 200'000 Franken plus Teuerung bereits haben. Die Leute in der Regierung werden ja auch nicht nach Kriterien gewählt wie irgendein Super-Manager, sondern nach politischen Kriterien. Und die politische Führung ist nach wie vor ein Posten, bei dem das Geld nicht im Vordergrund stehen sollte. Wer Gemeinderat oder Stadtpräsident werden möchte, macht das, weil er oder sie politisch etwas

bewegen möchte, man hat damit auch ein ziemliches Ansehen und ein Prestige. Wer viel Geld verdienen will, soll nicht Politiker werden, sondern Banker. Unsere Fraktion ist auch der Meinung, dass der Stadtpräsident in der Stadt Bern nicht der Chef der anderen Gemeinderäte ist, sondern ein Primus inter pares. Damit besteht nicht unbedingt die Notwendigkeit, dass er viel mehr verdienen muss als die anderen Gemeinderäte. Zu erwähnen wäre noch, dass man beim Stadtpräsidenten von Bern immer ein wenig heraushört, er sei der wichtigste Stadtpräsident der Schweiz. Er begründet es meistens damit, dass wir die Hauptstadt seien. Ich sehe allerdings nicht, welche Zusatzaufgaben und welche Zusatzbedeutung dadurch entstehen. Nebst der reinen Entschädigung haben die Gemeinderäte zudem noch andere Vergünstigungen. Ich möchte hier keine Neiddebatte führen, ich gönne den Gemeinderäten einen guten Lohn, aber meiner Meinung nach haben sie den schon heute und darum unterstützen wir die Motion.

Einzelvoten

Rolf Zbinden (PdA): Als der Gemeinderat im vergangenen Mai mit seiner nicht gerade bescheidenen Forderungen auf Lohnerhöhung an die Öffentlichkeit trat, war zu erwarten und auch zu hoffen, dass dieser kecke Vorstoss eine deutliche Antwort finden würde. Gerade der happige Zustupf an das Salär des Stadtpräsidenten hat das Fass mehr als gefüllt. Die vorliegende Motion präsentiert jetzt die Rechnung, und die Schadenfreudigen haben die Motionäre jetzt eh auf ihrer Seite. Ich gestehe, dieses Manöver amüsiert mich. Nur geht leider die Rechnung für uns überhaupt nicht auf. Die PdA Bern hat mit derartigen individualisierenden Strafaktionen, wie sie in der vorliegenden Motion angeboten werden, nichts am Hut. Unsere Haltung ist nicht geprägt von Ressentiments gegenüber einzelnen Exponenten des Gemeinderats, die ihr Selbstbewusstsein nicht immer ganz reibungslos mit der Stimmung hier im Saal abzugleichen vermögen.

Die Position der PdA Bern richtet sich in dieser Frage an zwei allgemeinen Prinzipien aus: am Respekt vor Volksentscheiden und am Ziel, die Lohnschere bei den Angestellten der Stadt Bern so stark wie immer möglich zu verringern. Unsere Motion zu einer grösseren Lohngerechtigkeit – Lohnschere 1:3 – hat in diesem Rat im Frühling 2010 keine Mehrheit gefunden. Schön, wenn sich jetzt offenbar einige Einzelsprecher hier im Saal für das Problem sensibilisieren lassen. Leider kommt diese Sensibilisierung über ein Jahr zu spät. Sehr wahrscheinlich kam der Vorstoss dazumal aus der falschen politischen Ecke. Und unserer Motion „Keine Vergrösserung der Lohndifferenz bei den Angestellten der Stadt Bern“ wurde am 9. Juni dieses Jahres die Dringlichkeit abgesprochen, ganz im Gegensatz zur vorliegenden und gleichzeitig eingereichten Motion der GLP, was sogar die GLP selber befremdet hat. Was auf den ersten Blick als Schildbürgerstreich des Stadtratsbüros in Sachen Ratseffizienz angesehen werden könnte, erweist sich bei näherer Betrachtung als gezielter und breit abgestützter Verhinderungsversuch. Ich sage das hier nicht, weil es mir ums Jammern zu Mute wäre. Was ich hier darlege, zeigt aber klar auf, wie die per Volksentscheid etablierte Lohnobergrenze mit allen Mitteln eingerissen werden soll. Und wie auch mit allen Mitteln die Stimmen zurückgedrängt werden sollen, die nicht in populistischer Weise den Profis der Classe politique etwas nehmen wollen, um es den so genannt echten Kadern und Spezialisten zuzuschancen. Da die Revision des Volksentscheides von 2004 voll im Gang ist, und das fraktionsübergreifend, wird wohl eine nächste oder übernächste Runde über den Rat hinausgehen müssen. – Eine Lohnschereninitiative 1:3 z.B. würde bestimmt für Klarheit sorgen.

Der vorliegenden Motion können wir aus den angeführten Gründen bestimmt nicht zustimmen. All denen aber, die sich für eine Lohnobergrenze ausschliesslich für den Gemeinderat stark machen, sei schon jetzt gesagt, dass ihre ach so hehren Anliegen sehr schnell vergessen sein werden – nämlich sobald der Deckel einmal generell weg ist. Sie werden das jetzt

bestreiten, sie werden dies auch laut bejammern, und sie werden es schlucken; sie werden es schlucken müssen, weil sie nämlich in dieser Frage keine politische Haltung werden einnehmen können, die über den Futterneid hinausreicht. Damit finden sie natürlich ihr Publikum, mit politischer Glaubwürdigkeit hat dies aber nicht mehr viel zu tun. Die PdA Bern lehnt die Motion GLP ab. Wir lehnen jeden Versuch zur Vergrösserung der Lohnschere ab. Unser Ziel ist klar, transparent, übersichtlich: Hin zu einer Lohnschere von höchstens 1:3, hin zu mehr Lohngerechtigkeit bei den Angestellten der Stadt Bern.

Luzius Theiler (GBP-DA): Das Gejammer über die geringen Löhne unserer Spitzenleute rührt mich, geht mir aber auch auf die Nerven. Ich kenne viele Leute mit höchsten Qualifikationen, die in ihrem ganzen Leben nicht mehr als ein paar tausend Franken pro Monat verdient und trotzdem sehr wichtige Arbeit geleistet haben. Es kommt eben auf unser Berufsbild an: Was für Leute wollen wir bei den Stellenausschreibungen ansprechen? Was für Leute sehen wir in den Kaderpositionen? – Und übrigens in allen Positionen unserer Stadtverwaltung. So lange man den absurden Lohnwettlauf in der Wirtschaft mitmacht, so lange man einfach sagt, der Markt regle das und der verlange so hohe Löhne, so lange sprechen wir hauptsächlich Leute an, die geldorientiert sind, für die der Lohn das wichtigste ist. Und das sind oft nicht die besten Angestellten der Stadt, sondern das sind die berüchtigten Minimalisten, die immer auf die Uhr schielen, wann endlich Schluss ist und sie nach Hause gehen können, die Ferientechniker, die Leute, die nur das Minimum dessen machen, was sie machen müssten und die sich ärgern, wenn man sie für eine Auskunft anruft, weil das zusätzliche Arbeit beschert. Aber heute gibt es viele Leute, die anders denken und die bereit sind, sich mit Freude und Engagement für das Gemeinwohl einzusetzen. Ich habe in letzter Zeit zufällig einige Stellenausschreibungen von NGOs oder sonstigen gemeinnützigen Organisationen angeschaut. Es waren Stellen, die auch Managementfunktionen verlangen – was immer das auch heisst, denn letztlich sind ja alle, die ihren Tag ein wenig organisieren, Manager. Jedenfalls geht es ebenfalls um Leute mit Qualifikationen und meistens um Leute, die ihre Arbeit mit bedeutend weniger Ressourcen leisten müssen, als die Stadt bieten kann, und die auf viel weniger oder gar keine Spezialisten zurückgreifen können, die ihnen bei irgend einer Frage helfen. Ein Freund von mir hat eben beim Hausverein als Sekretär eine Stellvertreterin gesucht und sitzt jetzt seufzend hinter 150 Bewerbungen und überlegt sich, wen er auswählen soll. Für die Stelle des Generalsekretärs oder der Generalsekretärin der Schweizerischen Grünen haben sich vor einiger Zeit 50 Leute beworben, obwohl diese Managementfunktion nur etwa halb so hoch bezahlt ist wie ein Chefposten der Stadt Bern. Es kommt also darauf an, was für Leute man anspricht: Leute, die die Arbeit aus Freude am Dienst an der Allgemeinheit machen oder Leute, denen es nur ums Geld geht. Aber es ist ja ein Privileg, wenn man nicht für eine rein profitorientierte Bude malochen muss, sondern für das Gemeinwohl arbeiten kann. Und das wird in Zukunft noch viel mehr so sein, dann nämlich, wenn Leute wegen der Wirtschaftskrise Knall auf Fall entlassen werden oder wenn sie Sachen machen müssen, die sie mit ihrem Gewissen eigentlich gar nicht vereinbaren können. Diese Art von Leuten müssen wir ansprechen. Und wir müssen auch für Kaderpositionen mehr Teilzeitstellen ausschreiben, denn gerade dort hat es viele Leute, die so etwas suchen.

Daniela Lutz-Beck (GFL): Ich bin hier als Einzelsprecherin, weil ich der Meinung meiner Fraktion nicht ganz folgen kann. Ich schliesse mich weitgehend den Argumenten von Michael Köpfli an und unterstütze daher diese Motion. Zum Thema Verantwortung möchte ich sagen, dass jeder Mensch in seinem Leben Verantwortung für sich und sein Handeln trägt. Es gibt viele Berufe, die deutlich weniger Verdienst generieren, obwohl sie mit ebenso viel Verantwortung verbunden sind wie ein Gemeinderatsamt oder ein Kaderposten einer Direktion. Gemeinderäte unterstehen nicht derselben Konkurrenz wie Kaderleute, deren Lohn, wie wir be-

reits mehrfach gehört haben, vom Marktwert bestimmt wird. Dies ist ja auch der Grund, warum die Löhne in vielen Frauenberufen niedriger sind als in den klassischen Männerberufen. Das hat etwas mit Macht und mit Markt zu tun. Ich halte die Lohnstruktur, wie sie die Motion der GLP vorstellt, für einen gangbaren Weg. Es geht hier nicht um ein Vorenthalten eines höheren Verdienstes für die Gemeinderäte, aber wir wissen alle, dass der Lohn nicht das entscheidende Berufswahlkriterium ist oder sein sollte. Und ob Gemeinderat konservativ betrachtet ein Beruf ist, sei dahingestellt. Wohl eher eine Berufung oder, wenn das Amt besonders gut ausgeführt ist, sogar eine Kunst. Und was Künstler im Allgemeinen verdienen, weiss ja Alexander Tschäppät wohl am besten.

Bernhard Eicher (JF): Ich hatte mein zweites Votum für den Fall einer längeren Diskussion bereist angekündigt. Zum Runden Tisch meine ich: Es ist vor allem wichtig, dass er stattfindet. Wer die Idee dazu für sich beansprucht, ist mir egal. Vielleicht können wir diesen Disput beigelegen, indem wir sagen, beide haben Telefongespräche geführt. Es wäre schade, sich schon mit einer Differenz an diesen Runden Tisch setzen zu müssen.

Ich bedaure, dass der Diskussion jetzt doch vorgegriffen wurde. Wir werden diese genau gleiche Diskussion in ein paar Wochen noch einmal führen, so viel zur Ratseffizienz. Diese Art von Vorstössen kann sich die GLP künftig sparen. Aber ich lege jetzt hier trotzdem auch die Haltung der FDP dar. Die FDP hat die Initiative „200'000 Franken sind genug“ nicht unterstützt. Wir waren der Meinung es brauche keine Deckelung des Lohns, und an dieser Haltung hat sich nichts geändert. Allerdings sind wir der Auffassung, 200'000 Franken seien ein hoher und ein guter Lohn, ein Lohn, der für einen Grossteil der Bevölkerung nie erreichbar sein wird. Womit es für einen Grossteil der Bevölkerung unverständlich ist, dass sich überhaupt jemand beklagen kann, dieser Lohn sei zu tief. Das Parlament muss sich schon sehr gute Begründungen einfallen lassen, wenn es diesen Lohn von 200'000 Franken erhöhen will. Unserer Ansicht gibt es bei Fachkräften gute Argumente, nämlich wenn man niemanden findet, der oder die eine Tätigkeit für diesen Lohn ausführen würde. Plausibel zu begründen, warum die Mitglieder des Gemeinderats massiv mehr als 200'000 Franken verdienen sollen, ist wesentlich schwieriger.

Zurück zum Runden Tisch. Es gibt zwei Haltungen dazu. Die eine sagt, es gelte das Primat der Politik. Ein Politiker ist letztlich der Vorgesetzte der Stadtverwaltung, logischerweise muss er auch am meisten verdienen. Und dann gibt es die andere Haltung, die mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt argumentiert und sagt, man müsse vor allem die Löhne für einzelne Fachfunktionen erhöhen, weil die Stadt zu den Löhnen, die sie bieten kann, Mühe hat, Leute zu finden. Beim Gemeinderat war dies bis jetzt nicht der Fall und es gibt auch keine Anzeichen, dass dies in Zukunft der Fall sein wird. Ich traue allen Parteien zu, dass sie qualifizierte Personen finden. Unser Ansatz, den wir dem Parlament beliebt machen möchten, wäre eine so genannte Arbeitsmarktzulage. Das heisst, dass man – wahrscheinlich der Gemeinderat als Gesamtgremium – in ausgewählten Fällen und für ausgewählte Personen eine Zulage sprechen könnte. Das hätte folgende Vorteile: Erstens könnte man das bestehende Lohngefüge und auch das Primat der Politik beibehalten. Zweitens würde es die nötige Flexibilität bieten, um auf den Arbeitsmarkt zu reagieren. Unter welchen Umständen eine Arbeitsmarktzulage zulässig wäre, müsste man in der Detailberatung festlegen. Und drittens: Eine Arbeitsmarktzulage brächte den Vorteil mit sich dass man nicht nur über Kaderlöhne spricht, sondern über alle Löhne. Es kann ja auch sein, dass man für Posten im mittleren oder unteren Lohnsegment niemanden findet. So wäre gewährleistet, dass man dort zusätzliches Geld spricht, wo es nötig und sinnvoll ist und dass man weiterhin marktgerechte Löhne bieten kann. Damit wären auch die Steuer Zahlenden einverstanden, denn wie ich bereits gesagt habe: Wir haben alle ein Interesse an guten und motivierten Mitarbeitenden. Wir werden die Motion GLP unterstüt-

zen, als Schritt in die richtige Richtung, auch wenn es für uns noch nicht die Top-Variante ist. Und wir hoffen nach wie vor, dass wir uns am Runden Tisch einigen können.

Michael Köpfli (GLP): Ein Replik auf einiges, was gesagt wurde. Eine Kritik war, wir hätten ja jetzt einen Runden Tisch, folglich brauche es keine Motion. Erstens wurde dieser Runde Tisch lange nach Einreichen der Motion festgelegt und zweitens machen wir Politik immer noch im Stadtrat und nicht an Runden Tischen. Es ist sehr eigenartig, wenn man einem Stadtrats-Vorstoss mit diesem Argument die Rechtfertigung absprechen will. Wir nehmen gern an diesem Runden Tisch teil, aber grundsätzlich wird im Stadtrat entschieden, dafür sind wir gewählt. Eine weitere Kritik war, wir hätten die Vernehmlassung missachtet. Ich sage es noch einmal: Wir sind der Meinung, der Gemeinderat habe den Auftrag der Vernehmlassung nicht erfüllt. Und wir sind nicht bereit, bei einem Vernehmlassungsprozess mitzumachen, der überhaupt nicht mit dem zusammenhängt, was überwiesen ist. Die AK-Motion schliesst zwar grundsätzlich eine Anpassung bei den Gemeinderats-Löhnen nicht aus, aber in der Begründung und auch in der Stadtrats-Debatte war nicht die Rede davon, dass etwas in dieser Richtung passieren solle.

Ich zitiere die ersten beiden Sätze aus der Antwort des Gemeinderats: „Der Gemeinderat beurteilt die Lohnsituation und die damit verbundenen Probleme gleich wie die Aufsichtskommission. Die Erfahrungen seit der Einführung der Initiative „200'000 Franken sind genug“ haben immer wieder gezeigt, dass sich bei der Rekrutierung der Kader- und Spezialistenfunktionen oft gute Bewerber wegen des zu tiefen Lohnangebots zurückziehen.“ Und was kommt jetzt? Jetzt kommt eine Vorlage, die primär die Löhne des Gemeinderats massiv erhöhen will. Man hat in der Medienberichterstattung, in den Leserbriefen, auch in verschiedenen Vorstössen wie in unserem gesehen, dass dies im Zentrum steht, aber das war nicht der Auftrag der AK-Motion. Hätte der Gemeinderat eine sehr moderate Anpassung der Gemeinderats-Löhne gefordert, beispielsweise im gleichen Rahmen wie für die Kader, hätte ich die vorliegende Motion bestimmt nicht eingereicht. Aber so, wie es jetzt ist, wird das Geschäft nicht mehrheitsfähig sein. Ich halte an der Motion fest, weil es der einzige mehrheitsfähige Weg ist. Wir haben es eben wieder gehört: Es gibt eine relativ knappe Mehrheit, die bei den Kadern etwas machen möchte, aber es gibt keine Mehrheit für eine derart massive Anpassung bei den Gemeinderats-Löhnen. Vielleicht schliesst eine Mehrheit dort eine Anpassung sogar kategorisch aus. Wir nicht, wir wären sogar für einen pragmatischen Weg zu gewinnen. Das hier ist die mehrheitsfähige Option, und selbst wenn die Motion jetzt abgelehnt würde: Ich wäre nicht überrascht, wenn wir am Schluss auf diesen Weg zurückkämen.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Den Willen des Stadtrats umsetzen – das verlangt diese Motion. Und damit stellt sich die Frage: Was war denn der Wille des Stadtrats, als er die AK-Motion überwiesen hat? Sie gehen bestimmt mit mir einig, dass bei parlamentarischen Vorstössen der Vorstosstext massgebend ist. Und all denen, die in der Debatte behauptet haben, was der Gemeinderat als stadträtlichen Auftrag betrachtet und umgesetzt habe, entspreche nicht dem Willen des Stadtrats, muss ich den Motionstext der AK entgegenhalten. Die entscheidende Textpassage im Vorstoss lautet: „Die Initiative (200'000 Franken sind genug) wurde im Personalreglement und im Reglement über den Lohn, die Nebenbeschäftigungen und die Parlamentstätigkeit der Mitglieder des Gemeinderats (Entschädigungsreglement) umgesetzt. Die Deckelung könnte mittels Revision dieser Reglemente modifiziert werden. Dabei sind vorgängig neue Modelle zu erarbeiten (neue Deckelung, mehrere unterschiedliche Deckelungen, Prozentvarianten, Scherenmodell und ähnliches). Schliesslich ist auch die Rückabwicklung bzw. das Rückgängigmachen der Initiative zu prüfen. Der Gemeinderat wird beauftragt, gestützt auf die vorstehenden Ausführungen, dem Stadtrat mehrere mögliche Lohnmodelle einschliesslich deren Realisierungswege zur Prüfung vorzulegen.“ Sorry – aber der

Gemeinderat hat nichts anderes gemacht, als diesen Auftrag umzusetzen. Wenn Ihnen das jetzt nicht passt und Sie uns das zum Vorwurf machen, so bin ich darüber einigermaßen perplex und gebe gleichzeitig den Ball zurück an die Absender: Wer dem Gemeinderat mit parlamentarischen Vorstössen Aufträge erteilt, die anders lauten, als er sie eigentlich meint, muss sich nicht wundern, wenn der Gemeinderat sie nicht so ausführt, wie es sich diese einzelne Mitglieder vorstellen.

Dass der Gemeinderat die Löhne der leitenden Angestellten und seine eigenen Löhne nicht isoliert, sondern als Ganzes betrachtet, macht auch vom Inhalt her Sinn. Es entspricht nicht nur meinem Empfinden, sondern ist ein anerkannter Grundsatz, dass die Lohnhöhe dem Aufgaben- und Verantwortungsgebiet entsprechen sollte. Je anspruchsvoller dieses ist, desto höher sollte der Lohn sein. Gemäss GO ist der Gemeinderat das oberste leitende, planende und vollziehende Organ der Stadt Bern, nachzulesen in Art. 86. Er ist verantwortlich für ein Jahresbudget von über 1 Mia. Franken – dazu kommen wir gleich –, leitet eine öffentliche Verwaltung von rund 3'600 Mitarbeitenden und steht in der Öffentlichkeit. Wenn die Mitglieder des Gemeinderats weniger verdienen als ihre direkt unterstellten Mitarbeitenden, so wird die Lohnhierarchie auf den Kopf gestellt. Zudem, und das finde ich nicht weniger problematisch: Wenn der Lohn des Gemeinderats nicht mehr den Marktforderungen entspricht, droht der Stadt ein Qualitätsverlust, weil sich führungserfahrene, ausgewiesene Kandidatinnen und Kandidaten für eine Gemeinderats-Amt wahrscheinlich nicht mehr in dieser Qualität – und nicht Quantität! – zur Verfügung stellen werden. Diese Entwicklung ist im Moment vielleicht noch nicht spektakulär, aber auf lange Sicht, und wir machen hier ja Reglemente, die eine gewisse Zeit ihre Gültigkeit haben sollen, spart die Stadt am falschen Ort. Darum bitte ich schon nur im Interesse der Stadt, die Motion abzulehnen.

Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen, und ich möchte an dieser Stelle kurz etwas zum Ergebnis sagen. Sämtliche Personalverbände haben sich positiv geäussert. Die meisten Parteien haben Stellung genommen; von einzelnen wurde in den Raum gestellt, ob es nicht ein wenig übertrieben sei beim Stadtpräsidenten und bei den Gemeinderäten. Aber deshalb gleich die ganze Revision bachab zu schicken, finde ich nicht ein weitsichtiges Politisieren. Der Handlungsbedarf bei den Kaderlöhnen wird insbesondere von den Personalverbänden anerkannt. Ich bitte Sie, lassen Sie den Gemeinderat die ihm per Motion übertragene Aufgabe zu Ende führen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auf Grund der Vernehmlassungsergebnisse gegebenenfalls noch Anpassungen an der Vorlage vornehmen werden. Sollte sich der Stadtrat immer noch nicht damit anfreunden können, kann er sie ja ablehnen. Der Gemeinderat bittet um Ablehnung der vorliegenden Motion, damit kein unnötiger Verfahrensaufwand produziert wird. Sie kommt mitten in ein laufendes Verfahren und ich denke, das ist problematisch.

Der Sprecher der GLP hat von der grossen Mehrheit gesprochen, mit der die Initiative damals überwiesen wurde. Zahlen sind immer relativ, aber bei einem Verhältnis von 51 zu 49 zwischen Initiative und Gegenvorschlag würde ich eher von einem knappen Ergebnis sprechen. Aber es ist ja egal, wie man es anschaut, man kann auch schlauer werden. Auch das Volk kann schlauer werden, also geben sie ihm die Chance, eine Vorlage neu zu beurteilen. Es ist ja nicht das erste Mal, dass man eine Initiative nach einer gewissen Zeit wieder vor das Volk bringt.

Vor dem Vorschlag betreffend einzelne Spezialisten möchte ich warnen. Da begeben Sie sich auf einen ganz gefährlichen Weg. Nicht nur der Rechtssicherheit wegen – es ist äusserst problematisch, wenn einzelne Mitarbeitende in der Stadtverwaltung im gleichen Personalreglement anders behandelt werden als andere –, sondern es ist auch symbolisch bedenklich: Sie haben damit „die Guten“, die Spezialisten, von denen es nur wenige gibt. Die sind etwas ganz Besonderes und sollen etwas mehr verdienen. Juristen hingegen gibt es wie Sand am

Meer, die sollen etwas weniger verdienen. Überlegen Sie sich, was das für ein Signal ist, wenn Sie sagen: Diese 20 von 3'600 Mitarbeitenden sind besser, sie erhalten etwas mehr.

Wer auch immer die Initianten für diesen Runden Tisch waren, ich danke Ihnen dafür, dass man dort vielleicht noch einmal diskutieren kann, vielleicht auch unter Ausschluss der Presse und vielleicht auch nach den Wahlen. Lohndiskussionen, hat der Sprecher der SVP gesagt, sind heikel. Sie sind immer heikel, das haben sie in sich. Aber trotzdem muss man sie führen, und zwar mutig und ohne auf ein Wahlbarometer zu schielen.

Und wenn jemand in die Politik geht, Frau Lutz, so ist es bestimmt so, dass diese Person nicht erwartet, ihr Einkommen zu maximieren. Wer in ein öffentliches Amt geht, braucht eine grosse Portion an Idealismus und darum finden wir bestimmt genügend Kandidaten, auch für 2012. Ich bin überzeugt, Sie finden auch genügend Kandidaten, wenn Sie dem Gemeinderat nur 100'000 Franken geben. Aber ist es in diesem Fall die Person, die Sie an der Spitze einer Stadtverwaltung wollen?

Und noch zur Lohnschere: Ja, sie geht auseinander, von 1.48 auf 1.5. Damit sind wir ja noch sehr weit entfernt von der JUSO-Initiative, die von einer Lohnschere von 1:12 ausgeht. Ich muss sagen, diese Initiative wird mir immer sympathischer. Zur Erinnerung: Sie wissen alle, dass zwei bis drei Gemeinderäte die neuen Löhne nicht mehr erleben werden. Es ist also keine Vorlage Pro domo, sondern eine sachliche Vorlage und ich bitte Sie: Lassen Sie sich auf die Diskussion zur Revision der Reglemente ein.

Michael Köpfli (GLP): Ich wurde im Votum von Barbara Hayoz direkt angesprochen und möchte gern darauf eingehen. Es hätten nur 51% der Initiative den Vorzug gegeben und 49% dem Gegenvorschlag. Das ist richtig, aber genau damit hat Barbara Hayoz ein Argument für meine Motion vorgebracht, denn der Gegenvorschlag dazumal hatte ziemlich genau den gleichen Inhalt wie meine heutige Motion, nämlich eine Lohndeckelung beim Gemeinderat und keine bei der Verwaltung. Nur wenn man beides abgelehnt hätte, wäre man dort, wo jetzt der Gemeinderat hin möchte.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Es hat mich in die Nase gestochen, wie über die Marktgewinnungszulage gespottet hat. Es ist nämlich so, dass die Bundesverwaltung genau dieses Prinzip kennt, und über 30'000 Bundesangestellte können offenbar mit diesem System leben. Ich habe auch noch nie gehört, dass man deswegen in der Bundesverwaltung Probleme hätte, sondern das ist etwas, was sich bewährt hat. Was Barbara Hayoz zur Marktgewinnungszulage gesagt hat, war völlig „neben den Schuhen“.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab (24 Ja, 41 Nein). *Abst.Nr. 006*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-15:11 - 006

Ja-Stimmen: 24 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 0 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Blaser, Eicher, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Hofer, Imhof, Imthurn, Jakob, Köpfli, Lutz-Beck, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Wertli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Elsener, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Hächler, Jordi, Keller, Klausner, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bahnan Buechi, Beuchat, Espinoza, Feuz, Gutzwiller, Hirsbrunner, Jaisli, Jost, Leibundgut, Mäder, Penher, Rüegsegger, Seydoux, Wasserfallen

6 Motion Fraktion BDP/CVP (Claudia Meier/Vinzenz Bartlome, BDP / Henri-Charles Beuchat, CVP) vom 17. September 2009: Für eine konstruktive Finanzpolitik: frühzeitige Steuerungsmassnahmen Abschreibung Punkt 1

Geschäftsnummer 09.000339 / 11/205

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, den erheblich erklärten Punkt 1 der Motion abzuschreiben.

Bern, 15. Juni 2011

Sprecherin FSU *Giovanna Battagliero* (SP): Punkt 1 der Motion verlangt eine Aufgabenanalyse und eine directionsweise Darlegung pro Produktgruppe, welche Aufgaben beeinflussbar und welche rechtlich zwingend vorgegeben sind. Daraus lasse sich das Volumen der insgesamt beeinflussbaren Ausgaben und seine Verteilung auf die Direktionen und Produktgruppen berechnen. Der Gemeinderat hat zur gleichen Zeit, wie dieser Punkt 1 der Motion erheblich erklärt wurde, seine Portfolio-Analyse gestartet und am 2. Februar dieses Jahres verabschiedet. Diese Portfolio-Analyse sieht mit verschiedenen Massnahmen für die Jahre 2012 bis 2014 eine Entlastung von ca. 20 Mio. Franken vor. Diese Massnahmen haben wir auch schon diskutiert, sie sind im IAFP 2012-2015 eingeflossen und einige werden wir heute Abend im Rahmen des Budgets noch diskutieren.

Der Gemeinderat schlägt vor, diesen Motionspunkt abzuschreiben, weil diese Portfolio-Analyse gemacht und der Punkt damit erfüllt sei. Wir haben in der FSU darüber diskutiert, ob die gewünschte Transparenz der Motion mit dieser Portfolio-Analyse erreicht wurde, ob sie also erfüllt ist, und ob der Punkt 1 so umsetzbar ist; was es bedeuten würde, wenn man ihn so durchführen würde und ob dies sinnvoll und gewollt ist. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass man zwar das, was hinter der Forderung steht, immer noch will und als nicht umgesetzt erachtet, dass aber eine Umsetzung von Punkt 1, so wie er formuliert ist, für die städtischen Angestellten einen sehr grossen Aufwand bedeuten würde und einen nicht gewünschten Effekt hätte. Darum sind wir einstimmig zum Schluss gekommen, die Abschreibung von Punkt 1 zu empfehlen. Möchte man das Budget mit mehr Transparenz versehen, im Sinn dieses Motionspunkts, wäre allenfalls ein neuer Vorstoss einzureichen, der umsetzbarer formuliert ist.

Motionär *Vinzenz Bartlome* (BDP): In meiner längst verschwundenen Jugend gab es ein Gesellschaftsspiel namens Querreden. Dabei durften die Gesprächspartner mit keinem Wort auf die Aussagen der anderen eingehen. Später habe ich dann festgestellt, dass dieses Spiel eine Art Vorübung auf die Fernsehsendung Arena war, und dieses Spiel ist mir auch wieder in den Sinn gekommen beim Lesen des Berichts des Gemeinderats zu unserer Motion.

Wir haben die Motion vor zwei Jahren eingereicht, um den damals noch sehr ausgabenfreudigen Gemeinderat zu einer behutsamen Sparpolitik zu bewegen. Leider wurde damals der Motion die Dringlichkeit nicht gewährt, und als sie im Juni vergangenen Jahres diskutiert wurde, war sie in verschiedenen Teilen obsolet. Der Gemeinderat, der Not gehorchend, hatte von sich aus angefangen zu sparen. Punkt 1 der Motion aber, der mit dieser Sparübung nicht vorbei war, sondern ein grundsätzliches Informationsbedürfnis artikulierte, wurde als Motion überwiesen. Unsere Fraktion hat damals gesagt, die Aufgabe des Stadtrats „kann sich nicht darauf beschränken, in den Kommissionen Anträge zu stellen. Die BDP/CVP-Fraktion will sinnvolle Anträge stellen können. Anträge, die auch umgesetzt werden können. Dazu müssen wir indessen wissen, wo und in welchem Umfang wir überhaupt eingreifen können, wo es noch Gestaltungsspielraum gibt. Daher ist es, wie im Punkt 1 unserer Motion verlangt wird,

vordringlich zu wissen, welche Ausgaben gebunden und welche gestaltbar sind. Dieser Punkt beweist ja gerade, dass es uns um eine konstruktive Finanzpolitik geht. Die oberflächlich abwehrende Haltung des Gemeinderates nimmt diese Problematik leider nicht auf. Dabei könnte so die Antragsflut bei der Budgetdebatte drastisch gesenkt werden, was im Sinne des Gemeinderates sein müsste.“ Diese Sicht wurde auch von den meisten anderen Fraktionssprechern vertreten. Michael Köppli hat im Namen der GLP-Fraktion erklärt: „Daher gilt es zu verhindern, dass es dann heisst, hier könne nichts mehr geändert werden. Mithin ist es ein berechtigtes Anliegen der Motion, dass vorab klar ist, wie weit für den Stadtrat Gestaltungsspielraum besteht und wo der Gemeinderat in Eigenregie zu entscheiden hat.“ Christoph Zimmerli für die Freisinnigen hat gesagt: „Der Vorstoss ist denn auch Ausdruck des Bedürfnisses des Stadtrates nach mehr Information. Wie soll ein Milizparlament seine Arbeit seriös bewältigen können, wenn keine Entscheidungsunterlagen zur Verfügung stehen oder mit grossem Eigenaufwand beschafft werden müssen? Deshalb spricht nichts dagegen, den Antrag 1, der verlangt, dass die beeinflussbaren Aufgaben zu ermitteln sind, zu unterstützen. Damit kann im Rahmen der Beratung des Produktgruppen-Budgets vermieden werden, dass über Ausgaben befunden wird, die nicht zur Disposition stehen, weil sie gesetzlich festgeschrieben sind.“ Peter Künzler für die Fraktion GFL/EVP: „Wir sind ein Milizparlament und es fällt uns daher jeweils schwer, die relevanten Informationen des Budgets zu verstehen, die die Grundlage für unseren Beschluss abgeben. Im Namen meiner Fraktion schliesse ich mich den Ausführungen meines Vorredners zu Punkt 1 der vorliegenden Motion an. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass es sinnvoll ist, wenn der Stadtrat vom Gemeinderat eine Vorlage bekommt, aus der ersichtlich ist, welche Ausgaben gebunden sind und welche nicht. Hinzuzufügen ist, dass es oft auch nützlich wäre, z.B. bei Leistungsverträgen, wenn auch die Fristen angeführt wären.“ Rudolf Friedli für die Fraktion SVPplus: „Die SVP stimmt der ganzen Motion zu. Wir können nicht verstehen, insbesondere was den Punkt 1 betrifft, warum der Gemeinderat nicht bereit ist, eine entsprechende Informationsgrundlage zu liefern. Es ist doch jeweils der Gemeinderat, der sagt, ein bestimmter Sparvorschlag könne nicht realisiert werden, da es sich um eine gebundene Ausgabe handle!“ Ich zitiere hier lange Passagen aus dem Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 17. Juni 2010, um zu zeigen, dass der Text unserer Motion jedenfalls nicht so unverständlich ist, wie dies die gemeinderätliche Antwort andeutet. Es ist absolut klar, was der Stadtrat mit der Überweisung von Punkt 1 erreichen wollte: Damit wir unsere finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen können, brauchen wir im PGB Informationen darüber, welche Posten zu wie viel aus gebundenen Ausgaben bestehen und ob sich die gebundene Kosten aus Bundesrecht, aus kantonalen Regelungen oder aus unseren eigenen Reglementen ergeben und, ich nehme hier den Vorschlag von Peter Künzler auf, wie bei Leistungsverträgen die Fristen sind. Wir sind überzeugt, dass diese wichtigen Informationen wesentlich zur Versachlichung der Diskussion beitragen können. Ich kann aber überhaupt nicht feststellen, dass im heute zur Debatte stehenden PGB diesem Informationswunsch des Parlaments auch nur ansatzweise Rechnung getragen wird. Ich bitte Sie darum, dass wir unsere Forderung aufrechterhalten und dem Wunsch des Gemeinderats auf Abschreibung nicht stattgeben.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat stimmt der Abschreibung von Punkt 1 der Motion zu (36 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 007*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-15:21 - 007

Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 23 Enthaltungen: 2 Abwesend: 18 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Dana, Eicher, Fischer, Frieden, Gasser, Grossi, Gül, Hächler, Imhof, Jordi, Jost, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Blaser, Elsener, Friedli, Grosjean, Hofer, Imthurn, Jakob, Klauser, Köppli, Künzler, Lanfranchi, Lutz-Beck, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rügsegger, Streit-Stettler, Wertli, Widmer

Der Stimme enthalten sich: Götting, Trede

Abwesend sind: Bahnan Buechi, Beuchat, Chheng, Espinoza, Feuz, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Jaisli, Leibundgut, Mäder, Penher, Schneider, Seydoux, Trachsel, Wasserfallen

7 Produktegruppen-Budget 2012 (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 11.000206 / 11/223

Gemeinderatsantrag

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktegruppen-Budgets für das Jahr 2012, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 1 009 006 593.76 ausgeglichen ist, wird den Stimmberechtigten mit folgenden Festlegungen zur Annahme empfohlen:
 - die **Steueranlage** beläuft sich unverändert auf das **1,54-fache** der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
 - die **Liegenschaftssteuer** beträgt weiterhin **1,5 Promille** des amtlichen Werts,
 - die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**.
2. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2012 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben zu Handen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.
3. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.

Bern, 22. Juni 2011

Die Präsidentin *Vania Kohli*: Gemeinderätin Regula Rytz muss die Sitzung vorzeitig verlassen, darum habe ich im Ablaufplan ihre Direktion vorgezogen. Allerdings habe ich vergessen, die Sonderrechnungen ihrer Direktion ebenfalls vorzuziehen. Ich schlage vor, sie gleich im Anschluss an die Direktion TVS zu behandeln.

Rückweisungsantrag Finanzdelegation (FD) zurückgezogen und von der SVPplus-Fraktion neu gestellt

Das Produktegruppen-Budget 2012 wird mit folgender Auflage an den Gemeinderat zurückgewiesen: Der Gemeinderat hat dem Stadtrat ein Budget vorzulegen, welches 2012 eine Eigenkapitalbildung in der Höhe von mindestens 10 Millionen Franken vorsieht.

Begründung: Es ist das erklärte Ziel des Gemeinderates, in den nächsten Jahren Eigenkapital in der Grössenordnung von 4 bis 5 Steuerzehnteln (90 bis 120 Millionen Franken) zu bilden. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass der Gemeinderat im Jahr 2012 trotz dieses Ziels keinerlei neues Eigenkapital zu bilden gedenkt. Dazu kommt, dass der Stadtrat am 28. April diesen Jahres eine Planungserklärung (der Grünliberalen) überwiesen hat, welche verlangt, dass zur Erreichung des mittelfristigen Eigenkapital-Ziels in der Periode 2012-2015 im Durchschnitt pro Jahr mindestens 10 Millionen Franken neues Eigenkapital geschaffen werden sollen. Nicht nur die Mehrheit des Stadtrats sondern auch der Gemeinderat hatte diese Planungserklärung sogar explizit befürwortet. Nun ist der Gemeinderat dieser Planungserklärung trotz seiner angeblichen Unterstützung nicht einmal im Ansatz nachgekommen. Das ist in unseren Augen keine seriöse Finanzpolitik sowie ein Affront gegenüber dem Parlament und rechtfertigt deshalb eine Rückweisung des Produktegruppen-Budget 2012 an den Gemeinderat mit der Auflage, die Forderung der überwiesenen Planungserklärung umzusetzen.

Rückweisungsantrag FDP

Die Fraktion FDP. Die Liberalen beantragt dem Stadtrat, das Produktegruppen-Budget 2012 gemäss Art. 52 GRSS an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dies mit folgenden Auflagen:

1. Die Steueranlage wird von 1.54 auf 1.49 gesenkt.
2. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktgruppen-Budgets für das Jahr 2012 weist unter Berücksichtigung der Steuersenkung ausgeglichene Aufwendungen und Erträge aus.

Sprecherin Finanzdelegation *Kathrin Bertschy* (GLP): Der Gemeinderat legt uns ein ausgeglichenes PGB vor, mit einem Aufwand und einem Ertrag von je gut 1 Mia. Franken, bei einem unveränderten Steuersatz von 1.54. Wir sind in der glücklichen Lage, dass der Voranschlag erstmals keine Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag enthält, weil wir diesen im vergangenen Jahr vollständig abschreiben konnten, und dass das Budget ohne ausserordentliche Gewinnablieferungen von ewb auskommt. Im Namen der FD möchte ich der Finanzdirektorin und der Verwaltung für die im Rahmen der Budgeterarbeitung geleistete, saubere Arbeit danken.

Ich werde nur kurz auf die Eckwerte des Budgets eingehen und dann auf die wichtigsten Argumente aus der Debatte in der FD und auf ihre Empfehlungen an den Stadtrat zu sprechen kommen. Die Eckwerte: Erträge und Aufwand halten sich bei jeweils 1.009 Mia. Franken die Waage, die Steueranlage beträgt 1.54. Das Budget ist ausgeglichen trotz Wegfall der bisherigen ausserordentlichen Gewinnablieferungen durch ewb in der Höhe von 25 Mio. Franken und trotz Steuerausfällen gegenüber der Rechnung 2010 auf Grund der kantonalen Steuerrevision in der Höhe von 15.5 Mio. Franken. Zu verdanken ist dies den Haushaltsverbesserungsmassnahmen im Umfang von 19 Mio. Franken und einer höheren Steuerertragsschätzung bei den juristischen Personen im Vergleich zum Budget 2011. Die Zunahme der Kosten und Erlöse um 22.9 Mio. Franken ist zum grossen Teil auf ausserordentliche Faktoren zurückzuführen. Belastende Faktoren sind die kantonale Steuergesetzrevision, die zu Ausfällen von 15.5 Mio. Franken führen wird und die Tatsache, dass die Nettoentlastung aus dem FILAG 2012 nur zu einem geringen Teil bereits 2012 wirksam wird. Weil der Kanton sparen muss, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass für die Stadt Bern eine Mehrbelastung resultiert. Die sich abzeichnende Verschlechterung der kantonalen Finanzlage zwingt den Kanton zu weiteren Sparmassnahmen, die sich auch auf die Gemeinden auswirken werden. Entlastende Faktoren sind der Wegfall der Abschreibung auf dem altrechtlichen Bilanzfehlbetrag und die für die Jahre 2012 bis 2014 ergriffenen Haushaltsmassnahmen. Zur Ertragsseite. Der budgetierte ordentliche Steuerertrag steigt gegenüber dem Budget 2011 unter Berücksichtigung der kantonalen Steuergesetzrevision um 15 Mio. Franken. Dies ist zurückzuführen auf eine konjunkturbedingt erwartete Zunahme um gut 16 Mio. auf rund 73 Mio. Franken bei den juristischen Personen. Der Ertrag bei den natürlichen Personen dagegen sinkt in der Hochrechnung des Gemeinderats um knapp 3 Mio. Franken und liegt unverändert bei +/- 300 Mio. Franken. Zur Aufwandseite: Im Budget 2012 sind neue Aufgaben und ein Leistungsausbau vorgesehen, was zu einer Mehrbelastung von netto 3 Mio. Franken führt. Die finanziell relevanten Mehrleistungen sind die Erhöhung der Polizeipräsenz, der Ausbau der Kitas um 20 Plätze und ein Mehraufwand für Pflege und Betrieb von Parkanlagen. Ein Leistungsabbau in der Höhe der bereits erwähnten rund 19 Mio. Franken findet über die im Rahmen der strategischen Haushaltsüberprüfung ergriffenen Massnahmen statt.

Zur Bilanz: Die Rechnung ist ausgeglichen, was dazu führt, dass wir kein neues Eigenkapital schaffen, aber auch nichts vom Eigenkapital von mittlerweile 17.6 Mio. Franken abbauen. Will man das Ziel des Gemeinderats, ein Eigenkapital in der Höhe von 90 bis 120 Mio. Franken zu bilden, erreichen, so bedarf es laut Gemeinderat in den kommenden Jahren weiterer Sparmassnahmen.

Zu den einzelnen Direktionen ist folgendes zu erwähnen: Bei GuB und in der PRD erhöhen sich die Nettokosten um 1.2 Mio. Franken. Grund sind die Kulturleistungsverträge und die bevorstehenden Gemeindewahlen. In der SUE steigen wegen des Wegfalls der Gewinnablie-

ferung von ewb die Nettokosten um 25 Mio. Franken. In der BSS fallen insgesamt 5.2 Mio. Franken mehr Nettokosten an. Die Gründe dafür sind wachsende Sozialhilfeausgaben und sinkende Erlöse aus dem FILAG von 12.3 Mio. Franken, Mehrkosten für 20 zusätzliche KITA-Plätze und höhere Mietfolgekosten sowie Sanierungen im Sportamt. Dafür fallen im Schulamt 2 Mio. Franken weniger an und die Beiträge an den Kanton im Sozialversicherungsbereich sinken um 3.5 Mio. Franken. Der Kanton übernimmt im sozialen Bereich im Gegenzug neue Leistungen im Umfang von 5.2 Mio. Franken, das sind soziale Integration und Beschäftigungsangebote. In der TVS steigen die Nettokosten um 5 Mio. Franken. Gründe dafür sind die höheren Abschreibungen als Folge von steigenden Investitionen, höhere Beiträge für öV, Fuss- und Veloverkehr und höhere Personal- und Sachkosten sowie der Wegfall der kantonalen Subventionszahlungen im Unterhalt der Gemeindestrassen.

Zum Investitionsbudget. Es umfasst netto Aufwendungen von 48.8 Mio. Franken, unter anderem für die Sanierung Stadttheater, für das Projekt Europaplatz und für das Mehrjahresprogramm Lärmschutz an Stadtstrassen. Diese Investitionen können nicht vollständig selber finanziert werden, weil sie mit 48.8 Mio. Franken die harmonisierenden Abschreibungen von 33.4 Mio. Franken deutlich übersteigen. Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen liegt mit 69% unter diesen 100% und das führt zu einer neuen Verschuldung.

Der Stadtrat hat im April Planungserklärungen zum IAFP und zur strategischen Aufgabenüberprüfung überwiesen, etliche davon liegen heute wieder als Anträge vor; z.B., dass die Zeitschrift „die Schule“ eingestellt werden soll, dass man auf die Aufstockung bei der Denkmalpflege verzichtet, dass die neu vorgesehene Stelle beim Stadtplanungsamt in der Stadtentwicklung kompensiert werden soll, dass man auf die Streichung der Weihnachtspauschale an die Sozialhilfeempfänger verzichten soll oder dass die Ausweitung der Betriebsbeiträge an die subventionierten Kulturinstitutionen nicht zulasten der Förderbeiträge für die freie Kulturszene gehen soll. Die Planungserklärungen haben keinen Eingang gefunden in das Budget, das der FD am 2.9.2011 vorlag, somit auch nicht die materiell wichtigen Planungserklärungen, die in der Debatte zum IAFP zudem auch vom Gemeinderat unterstützt worden waren, nämlich dass man in der Periode 2012 bis 2015 im Durchschnitt pro Jahr mindestens 10 Mio. Franken neues Eigenkapital bilden solle, um das mittelfristige Ziel der Schaffung von Eigenkapital in der Grössenordnung von 4 bis 5 Steuerzehnteln – 90 bis 120 Mio. Franken – zu erreichen. Vom Gemeinderat angenommen und im PGB berücksichtigt sind die Planungserklärungen, auf die Streichung des Beitrags an die Volksschulen zu verzichten und das langfristige Ziel eines Bruttoverschuldungsanteils von unter 100% als neuen finanzpolitischen Grundsatz aufzunehmen.

Zur Diskussion und zu den Empfehlungen der FD. Die FD hat primär über die Eigenkapitalschaffung und über die Planungserklärungen des Stadtrats diskutiert. Eine Mehrheit der FD-Mitglieder konnte nicht nachvollziehen, dass die Planungserklärungen des Stadtrats nicht ernst genommen wurden und nicht Eingang ins Budget fanden und auch nicht erwähnt wurden. Seitens des Gemeinderats wurde verschiedentlich betont, dass der Stadtrat rechtzeitig auf den Budgetprozess Einfluss nehmen solle, bereits im Rahmen des IAFP, und jetzt, wo der Stadtrat dies gemacht hat, wurden die Planungserklärungen nicht berücksichtigt. Dies hat zu Unverständnis in der Kommission geführt. Eine Mehrheit der FD fand es auch fahrlässig, im Hinblick auf die schlechten finanziellen Aussichten insbesondere von kantonalen Seite und auch im Hinblick auf die bereits absehbaren Defizite im IAFP nicht jetzt schon mit der Eigenkapitalschaffung beginnen zu wollen. Gestört hat aber nicht, dass nicht 10 Mio. Franken Eigenkapital vorgesehen sind, sondern einfach eine blanke Null. Wir haben erneut über das Grundproblem der asymmetrischen Information und über folgendes Schwarzpeterspiel diskutiert: Der Gemeinderat, der direkten Einblick in die Verwaltung hat, verfügt über mehr Informationen darüber als wir Stadträtinnen und Stadträte, wo im Budget Spielraum vorhanden ist und wo nicht. Wenn das Parlament einen Sparauftrag stellt, wird uns vorgeworfen, wir seien

zuwenig konkret, wir sollten aufzeigen, wo genau wir sparen wollten. Wenn wir aber konkret werden, heisst es sofort, der Stadtrat solle nicht im Detail in die Gemeinderats-Kompetenz eingreifen, wir hätten hier zu wenig Wissen.

Eine Minderheit der FD unterstützt das vorliegende Budget. Der Rückweisungsantrag, der in der Kommission gestellt wurde, käme einem weiteren Sparauftrag gleich, obwohl die Altlasten des Bilanzfehlbetrags abgetragen werden konnten und obwohl bereits zahlreiche Sparpakete geschnürt worden seien. Eine Rückweisung sei das falsche Instrument und der Stadtrat solle konkrete Vorschläge machen. Die FD hat aber beschlossen, dem Stadtrat eine Rückweisung dieses PGB zu empfehlen, mit der Auflage an den Gemeinderat, ein Budget vorzulegen, das für 2012 eine Eigenkapitalbildung in der Höhe von mindestens 10 Mio. Franken vorsieht. Die Kommissionsmehrheit hat betont, dass es nicht in ihrem Sinn wäre, wenn das Budget tatsächlich zurückgewiesen würde, sondern dass der Gemeinderat in der Zeit bis zur Budgetdebatte aufzeigen solle, wie eine Eigenkapitalschaffung möglich sei. – Eine Eigenkapitalschaffung, die vielleicht bereits vorgesehen ist, die aber aus verschiedenen Gründen, etwa weil man weder beim Parlament noch im Kanton Finanzgelüste wecken möchte, nicht ausgewiesen wird. Die FD hat vor zwei Wochen mit 4 zu 3 Stimmen entschieden, das damals vorliegende Budget zur Ablehnung zu empfehlen. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat auf die beantragte Rückweisung reagiert und vergangenen Freitag eigene Anträge zum Budget präsentiert. Das neue Budget sieht einen Überschuss und damit eine Eigenkapitalbildung von 2.42 Mio. Franken vor. Der Gemeinderat beantragt, die zusätzliche Stelle beim Stadtplanungsamt in der Stadtentwicklung teilweise zu kompensieren, die Mittel für das abgelehnte Stadtfest aus dem Budget zu streichen, gemäss Auswertung der neuen Finanzplanungshilfe des Kantons einen Minderaufwand von 1.1 Mio. Franken im Lastenausgleich Sozialhilfe zu budgetieren, infolge tieferer Passivzinsen den Aufwand um 1 Mio. Franken zu senken und die Nettokosten im Tiefbauamt infolge tieferer Abschreibungen zu senken. Auf Grund dieser Reaktion des Gemeinderats und der veränderten Ausgangslage hat sich die FD noch einmal getroffen. Die Mehrheit der Mitglieder ist der Ansicht, dass zwar dringend weitere Sparanstrengungen verfolgt werden müssen – die Fraktionen werden daher im Rat auch Anträge stellen –, dass aber mit der neuen Ausgangslage und weil sich der Gemeinderat auf den Stadtrat zu bewegt und auf die Stadtratsentscheide reagiert hat, das Festhalten an dieser Rückweisung nicht mehr angebracht sei. Die FD zieht ihren Rückweisungsantrag zurück, dieser Entscheid wurde mit 4 zu 2 Stimmen gefällt. Sofern die finanzrelevanten Anträge vom Gemeinderat alle angenommen werden sollten, empfiehlt die FD dem Stadtrat das Budget zur Annahme. Diesen Entscheid haben wir mit 4 zu 1, mit einer Enthaltung, gefällt. Zum Schluss möchte ich noch festhalten, dass die Diskussion in der FD zwar hart in der Sache war, aber fair und sachlich und ich hoffe, dass dies auch auf die Diskussion hier im Rat zutreffen wird.

Fraktionserklärungen

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion GB/JA! dankt den Angestellten der Verwaltung und allen Mitbeteiligten ganz herzlich für die Vorbereitungsarbeit des Produktgruppen-Budgets 2012. Die RGM-Mehrheit in Exekutive und Legislative wird nächstes Jahr am Ende der Legislatur ihr 20-jähriges Jubiläum feiern – die erste Schweizer Grossstadt, die einen solchen Geburtstag feiern kann! In dieser Zeit gab es viele Tief- und Höhenflüge in der Politik und Gesellschaft, doch RGM konnte sich halten und nahm ihre soziale Verantwortung wahr, auch wenn sie nicht immer alles wie gewünscht erreichen konnte. Gerade was die Finanzpolitik betrifft, hat RGM Verantwortung gezeigt, scheute sich nicht vor Investitionen in die Gegenwart und in die Zukunft, mit dem Ziel einer gerechten Verteilung von Wohlstand und einer Stadt, die für möglichst alle eine gute Lebensqualität bedeutet. Beispiele von Investitionen zugunsten der Öffentlichkeit gibt es viele: Bundesplatz, Bahnhofplatz, Kornhausplatz,

Baldachin, Tram Bern-West usw. usf. Gemeinderat Reto Nause würde auch den Bären-Park als gelungene Investition und einmaliges Phänomen in Europa hervorheben!

Die Stadt baute in dieser Zeit die Schulden ab, die sie von der bürgerlichen Mehrheit 1992 übernommen hatte und hat sogar Eigenkapital gebildet, was allerdings nicht unbedingt das Gelbe vom Ei ist. Wir haben bisher elf schmerzhaftes Haushaltsanierungsunden durchgeführt und den Bilanzfehlbetrag schneller sanieren können als geplant. Es war nicht immer einfach und wir können stolz sein, dass RGM gezielt, überlegt, nachhaltig und abgestimmt gehandelt und die Verantwortung nie aus der Hand gegeben hat und so diese einmalige Erfolgsgeschichte schreibt.

Finanzpolitik und Aussenpolitik sind immer in erster Linie Regierungspolitik. Auf lokale Ebene betrifft uns die Aussenpolitik nur marginal, die Finanzpolitik indes ist zentral. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Mehrheit die Beteiligung der Minderheit an der Finanzpolitik zulässt. Wenn dies aber wie in Bern der Fall ist, muss diese Minderheit auch die entsprechende Verantwortung tragen. Wer auf die Bühne geht, muss tanzen! Die FDP-Gemeinderätin hat diese Rolle übernommen und abgesehen von einigen zu kritisierenden Handlungen hat sie durchaus auch ihre Stärken bewiesen. Dennoch vermissen wir bei ihrer Partei, dass sie diese Verantwortung auch wirklich wahrnimmt. Im Gegenteil, sie liess ihre Gemeinderätin wiederkehrend im Regen stehen, sie hat ihr Budget immer wieder abgelehnt, obwohl es von der Bevölkerung mit rund 70% der Stimmen angenommen wurde. Das ist bedauernswert für Barbara Hayoz, der letztlich nichts anderes übrig blieb, als sich von der Politik zurückzuziehen. Auch dieses Jahr kommt ihre Partei mit einem Rückweisungsantrag. Die FDP will Steuersenkung für die Reichen, nachdem ihre Parteikollegen im Grossrat diesen Wunsch bereit erfüllt haben und uns damit jährlich Steuereinsparungen von 15.5 Mio. Franken beschern. Es ging so weit, dass einige Gemeinden infolge dieser elitären Steuerpolitik ihren Steuersatz erhöhen mussten. Ich zitiere dazu Monika Bütler, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen, die sich in der letzten NNZ am Sonntag unter dem Titel „Höhere Steuern für Reiche können sinnvoll sein“ wie folgt äussert: „Ungleichheiten werden akzeptiert, solange die Glücklicheren ihren Teil ans Gemeinwohl leisten.“ Wir lehnen den Rückweisungsantrag entschieden ab. Gleichzeitig erwarten wir vom Gemeinderat, dass diese Schlüsseldirektion nach den Wahlen 2012 wieder in die Hände der RGM-Mehrheit kommt, wie früher. In einer Krise und um noch Schlimmeres zu verhindern, hat man damals dank dem Engagement zweier Frauen, Ursula Begert und Therese Frösch, eine Rochade zustande gebracht und diese Direktion in die Hände der FDP gelegt. Nun hat aber die städtische FDP mehrmals gezeigt, dass sie dieser Aufgabe nicht gewachsen ist.

Wir finden auch den Rückweisungsantrag der FD sehr bedenklich und sind froh, dass sie die Tragweite einer Budget-Rückweisung ohne zwingende Gründe eingesehen und diese zurückgezogen hat. Niemand kann verantworten, dass die Stadt Bern Anfang 2012 ohne Budget arbeiten muss, niemand kann die Verantwortung dafür übernehmen, dass ein ausgeglichenes Budget ohne grosse Änderungen wie z.B. Steuererhöhung ohne zwingende Gründe nicht zur Volksabstimmung gebracht wird. Das ist schlicht nicht zu verantworten.

Während der Budgetdebatte können Anträge gestellt und mit einer Mehrheit auch durchgesetzt werden. Aufgenommene Planungsankündigungen können von einem Budget gestrichen werden. Der IAFP ist ein langfristiges Planungsinstrument und eine Absichtserklärung, das Budget dagegen ist für das kommende Jahr und es ist verbindlich. Diese Tatsachen müssen uns allen klar sein. Wir danken dem Gemeinderat für die nachträglichen Erklärungen und Anträge, die das Produktgruppen-Budget 2012 verständlicher machen. Es war höchste Zeit dafür, solche Klärungen wären längst fällig gewesen.

Das Produktgruppen-Budget 2012 hat die Grenze einer Milliarde überschritten. Es ist trotz eines durch den Steuerreduktionsbeschluss des Grossrates verursachten Ertragsausfalls von 15.5 Mio. Franken ausgeglichen und weist nach den letzten Korrekturen des Gemeinderats

sogar einen Überschuss von knapp 2.5 Mio. Franken aus. Obwohl das Budget 2012 einen leichten Rückgang von 0.9% ausweist, machen die Steuereinnahmen der natürlichen Personen mit 300 Mio. Franken den Löwenanteil der Einnahmen aus. Dies bedeutet zum Beispiel auch, dass sich Investitionen in Wohnbau lohnen! Dabei müssen wir aufpassen, dass wir unsere soziale Verantwortung nicht vernachlässigen, das heisst wir müssen darauf achten, dass auch billiger Wohnraum erhalten bleibt und entsteht, auch wenn Wohnungen für Reiche kurzfristig rentabler erscheinen mögen. Eine Stadt, die der ganzen Bevölkerung Sorge trägt, muss verhindern, dass Leute mit niedrigen Einkommen die Stadt verlassen müssen, weil sie keine günstige Wohnung mehr finden, und um deren Erhalt geht es, auch in der Finanzpolitik. Die Fraktion GB/JA! sieht hier höchste Priorität.

Wir hoffen, dass die prognostizierten Mehreinnahmen von 16.2 Mio. Franken Steuereinnahmen bei den juristischen Personen sich nicht als frommer Wunsch entpuppen.

Wenn Überschüsse und Eigenkapital gespart werden sollen, obschon eine offensichtliche Nachfrage nach spezifischen öffentlichen Dienstleistungen besteht, ist das aus der Sicht unserer Fraktion eine verfehlte Politik. Im Bereich der familienexternen Betreuung, nachweislich zentral für Wohlstand, Gleichberechtigung und soziale Integration, haben wir eine fatale Situation: In der Stadt Bern ist die Warteliste auf einen Kitaplatz massiv länger geworden. Obwohl 1175 Kinder auf einen Kitaplatz warten, gibt es immer noch Stadträte und Stadträtinnen, die hier in einen Spargesang einstimmen. Zugespitzt könnten wir es auch so formulieren: Unsere Kinder müssen auf dem Boden schlafen, dennoch kaufen wir ihnen aus Spargründen keine Matratzen. Es ist gut, dass der Gemeinderat 20 neue Kitaplätze anbietet. Das ist aber nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Deshalb haben wir neben anderen kleinen Anträgen einen Antrag für 40 zusätzliche Kitaplätze gestellt. Zu unseren und anderen Anträgen werden wir in der Detailbehandlung Stellung nehmen.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass die FDP im Winterschlaf verharnt und nicht realisiert, dass der Grossrat eine Steuerreduktion beschlossen hat, die uns bei den Einnahmen 15.5 Mio. Franken Einbusse beschert. Den Rückweisungsantrag der FDP lehnen wir ab. Wir werden dem Produktgruppen-Budget 2012 zustimmen und sind zuversichtlich, dass es auch bei der Bevölkerung eine sehr hohe Zustimmung finden wird.

Béatrice Wertli (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Alles fliesst – *Panta rhei*. So hat es Heraklit schon um 500 v. Chr. gesagt. Und wenn ich die Budgetplanung und die Vorbereitung anschau, stelle ich fest, dass dies offenkundig auch auf die Finanzplanung unserer Stadt zutrifft, vor allem auf die fließenden, flüssigen Grundsätze des Gemeinderats. Das ist unser Hauptproblem mit diesem Budget. Grundsätze und Beschlüsse des Stadtrats werden von unserer Regierung offenkundig als nicht ganz ernst zu nehmende Wünsche taxiert und entsprechend behandelt, frei nach dem Motto: Der Verwaltung und der Regierung ist es egal, wer unter ihnen Parlamentarier ist. Das ist eine verkehrte Welt und mit dieser Anschauung hat unsere Fraktion Mühe. Wir haben mit dem vorgelegten Budget also ein grundsätzliches Problem. Wir stellen fest, dass sich der Gemeinderat nicht nur nicht an seine eigenen Vorgaben hält, sondern schon gar nicht an die der vorgesetzten Behörde, des Stadtrats. Wissentlich und willentlich werden Vorgaben ignoriert und Grundsätze missachtet. Man hält sich nicht an die eigenen Vorgaben, nämlich 10 Mio. Franken durchschnittlich Eigenkapital jährlich, und auch nicht an die des Stadtrats wie diverse Planungserklärungen zum IAFP. Dass auf Grund des Rückweisungsantrags der FD jetzt doch noch eine leichte Trendwende möglich war, begrüßen wir, aber wir sind uns bewusst, dass es bei dieser buchhalterischen Darstellung nicht um eine Sparanstrengung geht, sondern um eine realistische Darstellung eines Ist-Zustands bei gleichen Produktausgaben. Also aktualisiert, aber de facto einfach Kosmetik. Als Frau kann ich Kosmetika durchaus auch etwas Positives abgewinnen, aber an der Faktenlage ändert sich nicht wirklich etwas.

Immerhin hat der politische Druck zu einem Resultat geführt und im Vergleich zum Umgang mit den Beschlüssen des Stadtrats ist dies ein Fortschritt. Und damit zum Budget im Detail. Der Gemeinderat hat zwar mit der Aufgabenüberprüfung ein paar Korrekturen angebracht, aber das heutige Budget ist alles in allem immer noch um 23 Mio. Franken höher ausgefallen als das Budget 2011. In den vergangenen Jahren hatten wir eine Teuerung rund um den Nullpunkt, 2010 sogar eine Negativteuerung von ½ Prozent. Real bekommen wir also jetzt ein Nettowachstum vorgesetzt.

Gut ist, dass der Gemeinderat jetzt selber Sparanstrengungen präsentiert hat. Eine strenge Ausgabendisziplin ist etwas, was unsere Fraktion immer gefordert hat. Angesichts der relativ schlechten Steuerprognosen und einer eventuell sogar drohenden Rezession ist es umso wichtiger, die Ausgaben im Griff zu haben. Kurzum, wir können erfreut feststellen, dass die Regierung ihren Job zumindest teilweise gemacht hat. Bei Lichte besehen ist es zwar eine magere Erfolgsmeldung, aber immerhin ist es eine.

In der Abstimmungsbotschaft wird von Sparmassnahmen berichtet, die man ergreifen müsse. Sparen wir wirklich? Sparen heisst, Ausgaben reduzieren und freie Mittel beiseite legen, damit man z.B. Steuern senken kann. Wenn einzelne Produktgruppen nur um die Teuerung zunehmen, kann man uns dies doch nicht allen Ernstes als Sparen verkaufen. Das ist zwar gut und recht, geht uns aber zuwenig weit. Verglichen mit anderen Ländern in Europa geht es der Schweiz gut, nicht zuletzt, weil wir über eine tiefe Staatsquote verfügen. Das ist quasi unser Kapital und das dürfen wir auf keinen Fall verspielen. Das ist so wichtig, dass wir nicht dauernd hier und dort noch Mittel äufnen und mit den sauer verdienten Steuergeldern allzu grosszügig umgehen. Darum haben wir uns in der Fraktion BDP/CVP vorgenommen, streng zu sein und Sparvorschläge zu machen. Dieser Druck ist offenbar nötig, um Begehrlichkeiten schon im Keim zu ersticken. Wir sind ein Milizparlament und verfügen nicht über genügend profunde Kenntnisse, wo noch Luft ist, wo man beim Sparen nicht die Bedürftigsten trifft oder wo man die härtesten Einschnitte machen würde. Darum werden wir globale Streichungen beantragen. Es bleibt uns keine andere Wahl, nur so können wir die Regierung und die Verwaltung zwingen, ihre eigenen Vorgaben und ihren Job ernst zu nehmen und ihre Arbeit zu tun. Das schmerzt uns zum Teil auch, aber wir haben immer gesagt, es müssten 10 Mio. Franken weniger möglich sein. Der Verwaltungsapparat wird grösser und grösser. OK, damit arbeiten mehr Leute für die Stadt Bern und das ist per se nicht falsch, wenn durch grössere Aufgaben aber auch grössere Einnahmen gerechtfertigt werden. Wenn man griechische Zustände verhindern will, muss man früh genug anfangen und konsequent gegen eine laufende Ausweitung des Staatsapparats ankämpfen. Das ist eine Daueraufgabe und mit dieser Daueraufgabe haben uns unsere Wählerinnen und Wähler betraut. Wir sollen treuhänderisch dafür sorgen, dass sparsam und mit Bedacht dafür gesorgt wird, dass der Staatsapparat im Gleichgewicht bleibt, im Gleichgewicht gegenüber den Einnahmen und den Aufgaben unserer Stadt. Die Fraktion BDP/CVP wird auf die Budgetdiskussion eintreten. Zum Rückweisungsantrag der FDP: Auch wir hätten gern tiefere Steuern. Nur sind wir der Meinung, jetzt sei der falsche Moment dazu, weil wir eventuell sogar in eine Rezession schlittern. Wir sollten jetzt zuerst sparen, nicht Steuern senken und so ein Defizit mit entsprechenden Zinsausgaben riskieren. So viele Sympathien wir für das Anliegen auch haben, der Moment ist nicht der richtige. Die Fraktion BDP/CVP wird sich mehrheitlich gegen den Rückweisungsantrag der FDP aussprechen.

Peter Künzler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich habe zu diesem Budget drei Punkte und einen Schluss. Den ersten Punkt zu den Planungserklärungen, den zweiten zum Thema „Sparen oder Haushalten“ oder „Sparen und Haushalten“ und den dritten zu unseren Detailanträgen. Wie wir schon mehrmals gehört haben, gab es vor einem halben Jahr Planungserklärungen, mit denen wir versucht haben, den Budgetprozess rechtzeitig zu steuern. Das ist in der

ersten Runde nicht gut gegangen, es gab eine Auseinandersetzung der FD des Stadtrats mit dem Gemeinderat, weil die FD darauf beharrt hat, dass diese Rückstellungen gemacht werden. Es gab dann eine Diskussion und der Gemeinderat hat sich bewegt. Das finden wir sehr verdankenswert. Am Schluss konnte man sich auf eine Lösung einigen, die auch wir mittragen können. Wir betrachten diesen Vorgang nicht sehr emotional. Für uns ist dies ein gemeinsamer Lernschritt, denn immer noch sind Gemeinderat und vor allem natürlich wir Amateure aus dem Stadtrat daran, mit dem neuen Budgetinstrument zweckmässig umzugehen. Ein Problem ist immer die Kurzfristigkeit dieser Diskussionen, die eigentlich im Widerspruch steht zur Art, wie diese Budgets aufgebaut sind. Wir haben jetzt einen weiteren gemeinsamen Lernschritt hinter uns, und auf unserer Seite gibt es bestimmt „no hard feelings“. Wir hoffen, dass wir in Zukunft rechtzeitig miteinander über solche Planungserklärungen sprechen können und dass wir miteinander im Gespräch sind, bevor alles in einem fertigen Budget daherkommt. Es gibt zwar auch Leute, und ich muss da leider den Sprecher von GB/JA! ansprechen, die offenbar von diesem Lernschritt nicht viel gehalten haben und finden, weil diese Planungserklärungen juristisch nicht verbindlich seien, seien sie nicht verbindlich. Verbindlich werden sie einfach dann, wenn der Stadtrat das Budget zurückweist. Aber ich glaube, alle anderen haben gelernt, wie die Zusammenhänge sind.

Der zweite Punkte, „Sparen oder Haushalten“ oder „Sparen und Haushalten“. Hier geht es für mich in erster Linie um den Rückweisungsantrag der FDP mit der Auflage einer Steuersenkung. Die staatlichen Aufgaben in den Griff zu kriegen ist sehr schwierig, wie meine Vorrednerin schon gesagt hat. Aber der Trick, der in den bürgerlich dominierten Parlamenten gang und gäbe ist, in einem kontinuierlichen Strom von Steuersenkungen irgendetwas zu bewirken, ist nicht solid, funktioniert nicht recht und wächst aus völlig verstaubten Ideologien heraus, die den Service public abbauen wollen. – Genau so lange, bis zum Beispiel ein durchgeknalltes Bankenwesen mit Steuergeldern saniert werden muss. Wir nennen dies aus Sicht eines Gemeinwesens eine Politik des „Sparakiris“, im Unterschied zu einer Politik, die versucht, vernünftig zu haushalten. Und wer vernünftig haushaltet, hat neben Anträgen für Mehrausgaben halt auch immer Sparanträge zu vertreten, denn wir müssen mit dem auskommen, was wir haben. Wir müssen uns auch ein Finanzpolster schaffen. Diese Art von Sparen, die auch wir vertreten, hat rein gar nichts mit „Sparakiri“ zu tun, sondern damit, dass wir diese Stadt langfristig steuern wollen. Und wir haben ja in den Abstimmungen von unseren Bürgerinnen und Bürgern immer wieder die Rückmeldung: Wenn ihr mit dem Geld auskommt, das wir haben, so helfen wir euch mit dem Budget.

Haus heisst auf griechisch oikos, die Hauhaltkunst ist die Oikologie, und in dem Sinn mit dem Budget zu haushalten, steht eigentlich einer grünen Partei sehr wohl an.

Zum dritten Punkt: Wir werden eine Erhöhung des Kulturbudgets zugunsten kleinerer Projekte unterstützen. Nicht unterstützen werden wir einen massiven Ausbau der Kitas und wir werden auch eine ganze Reihe von Kürzungen unterstützen, die die Mehrausgaben, die wir überweisen helfen, kompensieren.

Ich komme zum Schluss: Wir sind vor allem einmal froh, dass Bern bezüglich Lebensqualität so gut da steht. Eine zentrale Rolle hat dabei die kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität in den Wohnquartieren gespielt und ein geduldiger und nachhaltiger Ausbau des Tagesschulwesens durch eine immer grösser werdende Mehrheit in diesem Rat. Eine Konsequenz davon ist bestimmt, dass die Auswanderung aus der Stadt gestoppt werden konnte, was auch heisst, dass der Verlust an Steuersubstrat zurückgegangen ist. Wenn wir mit dem Geld, das wir jetzt haben, klug haushalten, fördern wir diese Entwicklung weiter. Verzichteten müssen wir auf nicht Finanzierbares. Wir müssen immer, wenn wir etwas Neues planen, auch sparen. Und verzichten müssen wir auch auf ideologisch vernageltes „Sparakiri“. Wir treten auf das Budget ein.

Annette Lehmen (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wieder ist ein Jahr vorbei und die wichtigste Debatte des Jahres liegt vor uns. Die Erarbeitung des Budgets ist eine sehr zeitintensive und knapp bemessene Angelegenheit. Die jährliche obligatorische Volksabstimmung macht den ganzen Ablauf sehr eng. Wir möchten an dieser Stelle der Finanzverwaltung und dem Gemeinderat für die grosse und gute Arbeit danken. Der Dank gilt aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Bern, die sich täglich dafür einsetzen, dass wir in einer attraktiven, lebenswerten Stadt leben können.

Das Parlament hat sich bereits anlässlich des IAFP im April mit diesem Budget zu befassen begonnen. Es zeigt sich, dass wir noch in den Kinderschuhen stecken, was den Umgang mit Planungserklärungen betrifft. Der Gemeinderat muss einerseits Planungserklärungen integrieren und zur Kenntnis nehmen, andererseits müssen aber auch wir mit diesem Instrument vorsichtig umgehen. Es kann nicht sein, dass wir die Budgetdebatte bereits im April führen. Überwiesene Planungserklärungen sollen die Haltung einer Mehrheit des Parlaments aufzeigen. Es wird aber schwierig, wenn es dann beim Budget im September heisst, das müsse man jetzt fordern, weil es ja eine überwiesene Planungserklärung sei. Es könnte ja durchaus Gründe dafür geben, dass das eine oder andere nicht so umgesetzt wird oder dass sich die Situation in den vergangenen sechs Monaten geändert hat. Aber der Gemeinderat soll doch in Zukunft überwiesene Planungserklärungen zumindest in Form von schriftlichen Stellungnahmen würdigen.

Damit zum PGB 2012. Erneut legt uns der Gemeinderat ein ausgeglichenes oder sogar ein Überschussbudget vor. Wir haben ein nahezu konstantes Ausgabenniveau und eine hohe Kreditwürdigkeit. Dies ist bereits zum vierten Mal bei der Analyse der Firma Moody's herausgekommen. Wir haben neu in diesem Budget keine ausserordentliche Gewinnablieferung mehr von ewb und auch, nach 20 Jahren, keine Abschreibung mehr auf dem altrechtlichen Bilanzfehlbetrag. Wir haben aber dank den bürgerlichen Parteien eine völlig kurzsichtig beschlossene kantonale Steuergesetzrevision, die uns Ausfälle von 15.5 Mio. Franken beschert. Darum ist in diesem Budget erneut ein Sparpaket von 19 Mio. Franken nötig. Wir finden dieses ausgeglichene oder sogar leicht positive Budget gut. Angesichts der weltweiten, nationalen oder kantonalen Entwicklung ist es sogar eine kleine Sensation. Wer jetzt noch fordert, dass wir jetzt Eigenkapital bilden müssen, weil es uns so gut geht, verkennet die Zeichen der Zeit. Die weltweite Konjunktorentwicklung, die Euroschuldenkrise und die anhaltende Frankenstärke bergen für das Jahr 2012 grosse Risiken, die sich auf die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen oder auch anderweitig auswirken könnten. Darum findet die Fraktion SP/JUSO, die Stadt Bern habe gut budgetiert. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass bei Überschüssen einer Jahresrechnung Eigenkapital gebildet werden kann. Das hat aber für uns nicht immer erste Priorität. Wir müssen handlungsfähig bleiben, wir müssen Investitionen tätigen können, sonst bleiben wir stehen. Noch mehr sparen für die Eigenkapitalbindung kann doppelt schief gehen. Die Investitionen sind nicht gemacht, sie werden nur aufgeschoben, und wenn der Kanton findet, die Stadt habe zuviel Überschuss, ist das Geld weg.

Wir können mit den vorgeschlagenen Budgetverbesserungen des Gemeinderats leben. Wie schon mehrmals gesagt, finden wir Investitionen wichtig und richtig. Besonders Investitionen in die Bildung, in das Soziale, in die Kultur, in das Wohnen und in die Ökologie sind für uns zentral. Darum werden wir Kürzungsanträge in diesen Bereichen ablehnen. Wir werden aber auch einzelne Anträge unterstützen, die eine Erhöhung der Nettokosten fordern, so z.B. den Antrag für mehr Kita-Plätze und die Aufstockung in der Schulsozialarbeit. Unsere Fraktion hat einen Antrag allein und drei zusammen mit GB/JA! und der Fraktion GFL/EVP gestellt, wobei sich zwei dieser Anträge mit Gemeinderats-Anträgen decken. Sie sehen, wir nehmen die Ausgabendisziplin nach wie vor ernst, wollen uns aber auch nicht jeglichen Handlungsspielraum nehmen lassen. Zu den einzelnen Anträgen werden wir uns im Verlauf der Debatte äussern.

Noch etwas zu den Anträgen von GFL und BDP/CVP, im Tiefbauamt linear zu kürzen. Pauschalanträge in der Höhe von 2.5 bis 3 Mio. Franken sind eines Parlaments schlicht nicht würdig. Es gehört zu den elementaren Aufgaben eines Parlaments zu sagen, welche Aufgaben erfüllt werden sollen und welche eben nicht oder nicht mehr. Insbesondere, wenn 85% der Ausgaben gebunden sind. Mit diesen Anträgen von GFL und BDP/CVP erfüllt das Parlament seine Aufgabe nicht und wir werten dies als Zeichen von Schwäche und Hilflosigkeit.

Zu den Rückweisungsanträgen. Wir sind froh, dass der Gemeinderat noch einmal über die Bücher gegangen ist und dass der Rückweisungsantrag der FD zurückgezogen werden konnte. Der Schaden bei Annahme des Antrags wäre sehr gross gewesen. Zum Antrag der FDP: Jetzt kommt die FDP doch tatsächlich, wer hätte das gedacht, wieder mit einer Steuersenkung. Letztes Jahr stand ich an diesem Rednerpult und sagte, es sei schön, dass die FDP für einmal nicht mit einer Steuersenkung komme. Denken Sie wirklich, das sei das Rezept, um die nächsten Wahlen zu gewinnen? Haben Sie immer noch das Gefühl, dass eine Steuersenkung das einzig Richtige sei? Und was kommt nachher? Wir können es ja beim Kanton gut beobachten. Es ist erstaunlich, wie wenig Lerneffekt Steuersenkungen in anderen Kantonen oder in anderen Ländern bei der FDP bewirken. Es gäbe genügend abschreckende Beispiele. Fazit. Wir begrüssen das PGB 2012 und werden ein paar Korrekturen wie auch dem gesamten Budget zustimmen. Den Rückweisungsantrag der FDP lehnen wir mit Überzeugung ab. Zu den einzelnen Anträgen äussern wir uns später.

Christoph Zimmerli (FDP) für die Fraktion FDP: Die Fraktion FDP stellt, wie Sie gehört haben, den Antrag, das PGB zurückzuweisen, verbunden erstens mit der Auflage, eine Steuersenkung zu machen, diesmal auf 1.49, und es zweitens, unter Berücksichtigung der Steuersenkung, auszugleichen. Hätte die FD an ihrem Antrag festgehalten, was wir begrüsst hätten, hätten wir auch diesen Antrag eventualiter gutgeheissen. Jetzt bleibt uns halt nur noch der eigene Antrag.

Zur Würdigung des Budgets: Zuerst möchte ich mich dem Dank anschliessen und der Verwaltung insbesondere für die seriöse und umfangreiche Vorarbeit danken. Positiv ist an diesem Budget, dass keine Abschreibungen mehr auf den altrechtlichen Bilanzfehlbeträgen gemacht werden, dass keine ausserordentlichen Gewinnablieferungen von ewb mehr stattfinden und dass Mindererträge, die auf die böse kantonale Steuerreduktion zurückzuführen sind, aufgefangen werden können. Positiv ist auch, dass Massnahmen zur Haushaltverbesserungen ergriffen werden und dass bei den juristischen Personen höhere Steuereinnahmen generiert werden können, dies dank der guten Konjunktur. Und schliesslich hilft uns auch die geringe Teuerung noch etwas, aber für die beiden letzteren Faktoren kann ja der Gemeinderat zum Glück nichts. Negativ ist aber der Leistungsausbau von doch immerhin noch 3 Mio. Franken, obwohl es dort durchaus Sachen gibt, die vernünftig sind, seien dies KITAS oder die Bereitschaftspolizei. Die 360'000 Franken mehr für Parkanlagen hätte man wahrscheinlich nicht unbedingt gebraucht.

Negativ ist, dass der Steuerertrag bei den natürlichen Personen sinkt, und zwar um 2.8 Mio. Franken. Das finde ich erstaunlich, weil man doch liest, dass immer mehr Leute gern wieder in der Stadt Bern wohnen möchten. Diese Gleichung geht für mich nicht auf. Wieso hat man geringere Steuererträge, wenn man mehr Einwohner hat, oder anders gefragt: Kommen die Falschen in der Stadt Bern wohnen? Negativ ist des Weiteren die Zunahme von Kosten und Erlösen von 22.9 Mio. Franken. Bedauerlich sind auch die zusätzlichen Kosten von 2.6 Mio. Franken bei der Sozialhilfe. Ich habe festgestellt, dass mittlerweile die ambulante Sozialhilfe mehr kostet als die Position Kindergärten, Volks- und Sonderschulen. Das ist ein gefährlicher Trend. Negativ sind auch die Auswirkungen der katastrophalen Haushaltsituation des Kantons. Da sind wir glücklicherweise nicht verantwortlich dafür, es belastet uns trotzdem. Schlecht ist auch der sinkende Cashflow. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt gerade noch mal

bei 69%, der Selbstfinanzierungsanteil ist mit 3½% nicht mehr ausreichend und der Investitionsanteil von nur 5.3% ist schwach. Und wie jedes Jahr werden mittelfristig, diesmal für 2013 bis 2015, Defizite prognostiziert. Kurzum: Das Budget ist auf die positive Konjunktur zurückzuführen und auf die gute Arbeit insbesondere der Finanzdirektion. Der Gemeinderat hat immerhin, und auch das ist positiv, auf Druck der FD reagiert und ein bisschen etwas dazu beigetragen, weniger auszugeben.

Warum stellen wir einen Rückweisungsantrag? Wer schon länger dabei ist, weiss, dass die FDP die vergangenen zwei Jahre jeweils mit erheblichem Aufwand ein Schattenbudget erstellt und dieses dem Budget des Gemeinderats entgegengestellt hat. Diese Art von Politik wurde nicht gewürdigt, wir sind mit unseren Anträgen bekanntlich nie durchgedrungen und so haben wir gefunden, wir belasten uns dieses Jahr nicht wieder mit stundenlanger Detailarbeit, sondern stellen diesen Rückweisungsantrag und behalten uns vor, im Rahmen der Detaildebatte zu den einzelnen Anträgen Stellung zu nehmen.

Wie begründen wir den Rückweisungsantrag inhaltlich? Der Gemeinderat gibt unserer Ansicht nach, angesichts der sehr bescheidenen finanziellen Verhältnisse der Stadt Bern, sehr viel Geld aus und dies teilweise am falschen Ort. Das Sparpotenzial ist noch nicht ausgeschöpft. Die immer wieder geforderte Ausgabenprüfung und die umfassende Prüfung von Auslagerungen lassen auf sich warten und auch Effizienzsteigerungsprogramme wären möglich. Zum Beispiel im Bereich der Kommunikation sehe ich noch Potenzial. Es gibt vieles, das Nice to have ist. Ich verstehe, dass es schön ist, das zu haben, aber es ist eben nicht Need to have. Darum haben wir den Eindruck, es gebe noch Luft im Budget. Allein schon ein Blick auf die budgetierten Mehrausgaben und die Übersicht über die eigenen Beiträge bestätigen diese Einschätzung. Da sehe ich z.B., dass jährlich 6'000 Franken an den Gewerkschaftsbund bezahlt werden, oder es werden 30'000 Franken für die Fanarbeit ausgegeben. Kurzum, die gemeinderätliche Behauptung „Mehr geht nicht“ geht nicht.

Wie begründen wir unseren Antrag auf Reduktion der Steueranlage von 1.54 auf 1.49? Seit Jahren fordern wir eine moderate Steuersenkung, und zwar mit dem begründeten Anliegen, die Steuerhölle Bern – das war jetzt eine persönliche Bemerkung – etwas erträglicher zu machen für die Einwohnerinnen und Einwohner, die wesentlich dazu beitragen, dass diese Stadt finanziell überleben kann. Bekanntlich fallen wir mit diesem Anliegen regelmässig durch, letztes Mal vor der Sommerpause, als wir eine epische Diskussion darüber führen durften. Im letzten Anlauf sind wir nicht nur unterlegen, weil RGM uns nicht unterstützte, sondern weil auch ein Teil der Bürgerlichen uns nicht unterstützte. Unsere Forderung wurde sogar als primitiv und populistisch bezeichnet – aus den eigenen Reihen, was doch sehr erstaunlich ist. Heute fordern wir eine Steuersenkung von 0.5, entsprechend rund 10 Mio. Franken oder rund 1% des Budgets. Es will mir doch niemand sagen, dass man nicht 1% sparen kann, das merkt man ja nicht einmal. Warum machen wir das, hartnäckig und vielleicht auch mit einer gewissen Sturheit? Erstens aus einem gewissen Misstrauen heraus, wenn jetzt Eigenkapital gebildet wird. Wir sind nicht sicher, dass es richtig eingesetzt wird, z.B. für Investitionen. Das Beispiel ewb, die gute Milchkuh, die man während Jahren gemolken hat zeigt es. Zweitens sind wir einfach, und da unterscheiden wir uns vielleicht von der anderen Seite, der festen Überzeugung, dass der Staat nur die Aufgaben leisten soll und nur das Geld erhalten soll, das er zwingend braucht und keinen Franken mehr. Und das ist nicht, wie Peter Künzler so schön gesagt hat, „Sparakiri“. Die Legitimation beziehe ich daraus, dass ich, wenn ich das auf der Steuererklärung richtig sehe, einen Grenzsteuersatz von 44% habe. Das ist ziemlich mühsam. Und die Staatsquote, wenn man alles dazu rechnet, Gebühren etc., liegt bei 60%, das ist nicht sehr lustig. So weit unsere Begründung, auf die Detailanträge werden meine Kolleginnen und Kollegen zurückkommen.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Die Fraktion SVPplus möchte als erstes der Verwaltung danken. Wir danken dafür, dass wir auch dieses Jahr eine so schöne Bibel erhalten haben und uns so vertieft des Budgets annehmen konnten. Besonders erfreut hat uns, nebst der Nullrunde und nebst dem Rückweisungsantrag der FD, der heute allerdings zurückgezogen wurde, dass wir feststellen durften, dass der Gemeinderat doch noch irgendwo Sparpotenzial gefunden hat und verlauten liess, er können 2.42 Mio. Franken als Sparpotenzial hinlegen. Wir würden das Budget also in einem positiven Rahmen absegnen. Allerdings ist klar, dass es anders aussehen wird, wenn alle Anträge behandelt sind. Mit Erstaunen durften wir in der heutigen Debatte feststellen, dass nebst dem Budget wahrscheinlich der Wahlkampf für manche Leute der Grund war, hier zu sprechen. Wir von der Fraktion SVPplus sind heute da, um das Budget der Stadt Bern zu besprechen. Wir haben nicht nur das Gefühl, man könne sparen, wir haben dieses Jahr auch den Eindruck, dass wir etwas ausgeben können, nämlich dort, wo wir Potenzial holen können: In der Bildung. Wir haben nebst dem, dass wir einen Antrag auf Erhöhung der Aufgabenhilfe gestellt haben, auch noch gesehen, dass das Fiescher-Lager auch einmal einen Zustupf erhalten sollte. Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, dass sie nebst dem Lernen auch noch ein wenig Freizeit haben, und mit dem Fiescher-Lager haben wir einen sehr guten Ort, an dem wir unsere Jugendlichen während einer Woche spielerisch auf die Zukunft vorbereiten können. Ich bitte Sie alle, diesem Antrag für das Fiescher-Lager zuzustimmen.

Die Aufgabenhilfe ist uns ebenfalls ein grosses Anliegen. Es bringt nichts zu fordern, man müsse mehr Geld für Integrationsmassnahmen haben. Aber es bringt etwas, wenn wir gezielt Geld sprechen. Gezielt heisst, dass Jugendliche und Kinder eine Hilfe erhalten, wo sie nebst dem Lernen auch integrativ geschult werden. Aber das geht nur, wenn man nicht Festchen veranstaltet, das geht nur, wenn man nicht Geld verschleudert und irgendwelche Projekte aus irgendeinem Teil dieser Welt in den Vordergrund stellen will. Es geht nur, wenn wir miteinander das vollziehen, was wichtig ist, nämlich die Kinder auf den Weg zu bringen, in einer guten Bildung, in einer guten Sprache und in einem guten Wissen, so dass sie nachher in der Schule reüssieren können.

Zurück zum Budget. Mit der Planungserklärung, die die Debatte vom 28. April 2011 ausgelöst hat, wurden gewisse Punkte festgehalten, unter anderem ging es auch darum, dass Eigenkapital gebildet wird. Eigenkapital bildet man nicht, weil man meint, man könne dann um so mehr ausgeben. Eigenkapital bildet man, um gute Anliegen verwirklichen zu können, dann, wenn sie nötig sind. Darum bin ich enttäuscht, dass der Rückweisungsantrag der FD heute zurückgezogen wurde. Und aus diesem Grund – wir haben erwartet, dass dies geschehen wird – stellt die Fraktion SVPplus heute genau den gleichen **Antrag**: „Wir verlangen Rückweisung des Budgets, mit der Aufforderung, dass dem Stadtrat ein neues Budget mit einem positiven Nettoergebnis in der Höhe von rund 10 Mio. Franken unterbreitet wird.“ Das Budget 2012 sieht einen Leistungsausbau von 3 Mio. Franken vor. Wir können jetzt nicht einfach sagen, wir fänden das nicht gut, weil wir, in einem kleinen Rahmen, ja auch einen Ausbau wollen. Aber wir wollen ihn genau dort, wo er auch Sinn macht. Im Budget geht man davon aus, dass man die Gebühren um 4.5 Mio. Franken erhöht und dass man 30.5 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen hat. Wir haben von gewissen Sprecherinnen und Sprechern schon gehört, dass die Situation nicht die beste ist. Also gehen wir hier von etwas aus, was vielleicht nicht zutreffen wird. Und darum ist es wichtig, dass man nicht zu jedem Antrag, der gestellt wird, einfach sagt, jawohl, das machen wir.

Wir haben hier Anträge, von denen ich sagen muss: Sie sind fragwürdig. Lineare Kürzungen, weil man nicht gewillt ist, die Nettobeiträge zu rechnen, finde ich falsch. Das ist eine Taktik, die die Fraktion SVPplus vor kurzem noch selber angewendet hat. Das kann es aber nicht sein, denn das Budget wurde von der Verwaltung gut aufgestellt und wenn man etwas nicht

versteht, muss man nachfragen gehen. Das haben wir gemacht und darum haben wir unsere Anträge auch im Nettobereich eingereicht.

Für uns gilt, dass die Planungserklärung umzusetzen ist. Die 10 Mio. Franken müssen gespart werden, der Gemeinderat kann uns aufzeigen wo. Ich gebe ein Beispiel: Es macht keinen Sinn, PINTO aufzustocken, wenn man in der Sicherheit jetzt 10'000 Polizeistunden mehr hat. In der Aarberggasse patrouilliert jetzt nicht mehr PINTO, sondern die Polizei, folglich kann man bei PINTO auf dem Niveau des letzten Jahres bleiben und hat schon etwas eingespart. Man muss sich auch überlegen, wie weit man in der Kultur Geld ausgeben will, vor allem für Kulturbetriebe, die mit Transparenten wie „Welcome to Hell“ auf sich aufmerksam machen. Wir werden Institutionen unterstützen helfen, die für gute Anliegen da sind, aber bestimmt nicht Institutionen, die sich durch Vandalismus in den Vordergrund stellen. Die Kultur hat sich zum Teil auch selber zu finanzieren. Selber finanzieren heisst, dass das Stadtberner Volk nicht jede „Kultur“ finanzieren muss. Aber das werden wir in der Detailberatung besser sehen. Ich halte fest: Die Fraktion SVPplus ist nicht gewillt, dem Budget, wie es hier steht, zuzustimmen, darum stellen wir diesen Rückweisungsantrag. Wir werden auch den Antrag der FDP unterstützen, und wenn es in die Detailberatung geht, werden wir versuchen, unsere Anträge durchzubringen.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Ich werde mich kurz halten, etliches wurde schon gesagt. Trotzdem möchte ich auch von unserer Seite dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Arbeit am Budget danken, insbesondere auch dem neuen Finanzverwalter. Wir wurden auch in allen Fällen gut informiert, wenn wir Zusatzfragen hatten.

Ich möchte vorneweg einige grundsätzliche Punkte festhalten, die uns wichtig erscheinen. Es wurde bereits gesagt: Es ist gut und erfreulich, dass wir erstmals keine Abschreibungen mehr auf dem Bilanzfehlbetrag machen müssen und es ist auch erfreulich, dass wir unser kleines Eigenkapital dank der neuen Entwicklung sogar ein wenig ausbauen können, wenn auch nicht in dem Mass, wie es wünschenswert wäre. Es ist aber auch wichtig festzuhalten, dass wir uns mit diesem Budget weiter verschulden, und das ist essenziell. In der Investitionsrechnung haben wir nach wie vor keine hundertprozentige Selbstfinanzierung, was zu einer Neuverschuldung führt. Das könnten wir nur verhindern, wenn wir dieses Jahr eine deutlich höhere Eigenkapitalbildung hätten. Dies zum grundsätzlichen Problem, das wir mit diesem Budget haben.

Den Rückweisungsantrag der FD konnten wir sehr gut verstehen. Wir hatten im Frühjahr eine Planungserklärung eingereicht, und zu unserer Überraschung wurden diese Forderung, in den kommenden vier Jahren durchschnittlich 10 Mio. Eigenkapital zu bilden, sowohl vom Gemeinderat wie auch von der Mehrheit des Stadtrats unterstützt. Die Finanzdirektorin hat sich sogar explizit hinter unsere Anträge gestellt. Umso verwunderlicher war es für uns, dass am Schluss Null Franken Eigenkapital budgetiert waren. Dieser Rückweisungsantrag war ein wichtiger Schuss vor den Bug des Gemeinderats, denn es kann nicht sein, dass man uns immer vorwirft, wir kämen zu spät mit Budgetanträgen, weil man Arbeitsverträge nicht so kurzfristig ändern könne usw., und wenn man darauf ein anderes Vorgehen wählt, wird das einfach nicht berücksichtigt und mit keiner Silbe erwähnt, weder gegenüber der Fraktion, die die Planungserklärung eingereicht hat, noch im Vortrag oder im Budget. Das ist kein Vorgehen, das Schule machen sollte; insofern war der Rückweisungsantrag richtig. Wir begrüßen aber auch, dass der Gemeinderat uns jetzt ein Stück weit entgegen gekommen ist und zumindest eine gewisse Eigenkapitalbildung vorsieht. Das ist auch der Grund, warum wir bereit sind, in die Debatte einzutreten. Wir fänden es nach wie vor richtig, eine hohe Eigenkapitalbildung vorzusehen, meinen aber, wir haben jetzt eine Basis für die Diskussion. Wir werden mit einzelnen Anträgen versuchen, die Eigenkapitalbildung noch zu vergrössern.

Wir möchten aber auch festhalten, dass es etwas verwunderlich ist, wenn der Gemeinderat innert kürzester Frist, innert ein paar Tagen, im Budget mehr als zwei Mio. Franken findet, die offensichtlich nicht nötig sind und so eine Eigenkapitalbildung möglich machen, nachdem er vorher gesagt hat, das sei völlig undenkbar. Dies zeigt, dass es, wie Christoph Zimmerli bereits gesagt hat, in diesem Budget offensichtlich durchaus Spielraum gibt. Speziell aufgefallen ist uns, dass man im Sozialamt im Bereich des Lastenausgleichs mehr als eine Million gefunden hat. Wir fragen uns natürlich, was passiert wäre, wenn die FD diesen Rückweisungsantrag nicht gestellt hätte. Wir gehen nicht davon aus, dass der Gemeinderat von sich aus den Antrag gestellt hätte, in diesem Posten 1 Mio. Franken zu streichen. Ich will nichts unterstellen, wir wissen es nicht, aber es ist so, dass es bei einem so grossen Globalbudget für den Stadtrat bei der Rechnung schwierig gewesen wäre zu sehen, ob dieses Geld tatsächlich nicht ausgegeben wurde oder ob es im Globalbudget versickert ist. Das ist kein Vorwurf, ich sage nur, es ist für die Transparenz und für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sehr wichtig, dass derartige Korrekturen bereits im Budgetprozess erfolgen und nicht erst bei der Rechnung.

Vor allem von der linken Seite wurde immer wieder gesagt, man solle sich den Handlungsspielraum bewahren und darum jetzt nicht noch zusätzliche Sparanstrengungen unternehmen. Es ist die linke Seite – und daneben auch der Gemeinderat –, die bei jeder Gelegenheit eine antizyklische Finanzpolitik propagiert. Seit ich im Stadtrat bin, wurde jedes Mal gesagt, man habe eine schwierige wirtschaftliche Situation, man müsse jetzt antizyklisch reagieren, es sei nicht der Moment zum Sparen. Im Moment leben wir in der Schweiz noch in einer sehr guten Konjunktur, um nicht zu sagen in einer Hochkonjunktur, und wenn man diese antizyklische Finanzpolitik durchziehen will, so ist genau jetzt der Moment, um Eigenkapital zu bilden für schwierigere Zeiten. Und diese schwierigeren Zeiten werden kommen, wenn die Entwicklung auf internationaler Ebene auch auf die Schweiz durchschlägt. Da wird es wichtig sein, ein Eigenkapitalpolster zu haben, auf das wir zurückgreifen können, so dass wir uns nicht wieder, wie in den 90er-Jahren, massiv verschulden und wieder auf einem Berg von Bilanzfehlbeträgen sitzen bleiben.

Sparen ist kein Selbstzweck. Uns geht es beim Sparen darum, dass die Verschuldung nicht jedes Jahr zunimmt, wie es auch diesmal wieder der Fall ist, über die Investitionsrechnung, sondern dass man dort den Turnaround schafft. Dies bringt uns in den kommenden Jahren die viel gelobte Handlungsfreiheit und es ermöglicht vor allem auch den kommenden Generationen der Stadt Bern eine Handlungsfreiheit in der Finanzpolitik.

Wir fänden es mittelfristig auch durchaus sinnvoll, wenn die Stadt Bern die Steuern zumindest auf das durchschnittliche Niveau der umliegenden Gemeinden senken könnte. Aber selbstverständlich werden wir den Antrag der FDP nicht unterstützen. Für uns kommt eine Steuersenkung erst dann in Frage, wenn das Eigenkapitalpolster, wie es vom Gemeinderat und von der Mehrheit des Stadtrats angestrebt wird, vorhanden ist, so dass eine Steuersenkung nicht dazu führt, dass man kein weiteres Eigenkapital schaffen kann oder sogar neue Bilanzfehlbeträge anhäuft.

Zu den Vorwürfen betreffend unsere Anträge. Von der SVP wurde gesagt, wir kürzten nicht Nettokosten. Das stimmt nicht, alle unsere Anträge sind absolut reglementskonform. Wir gehen bei den Globalbudgets immer auf die Nettokosten. Was an den SVP-Anträgen der vergangenen Jahre kritisiert wurde, war die Kürzung von Bruttokosten. Das ist nicht reglementskonform und das machen wir an keiner Stelle. Zum Vorwurf von Seiten der SP, wir sparten 2.5 bis 3 Mio. Franken beim Globalbudget. Wir schlagen nirgends in diesem Umfang Einsparungen vor. Unsere Sparanträge belaufen sich auf maximal ein halbes Prozent. Damit sprechen wir von einigen Hunderttausend Franken und auf keinen Fall von 3 Millionen.

Wir sind bereit, auf die Debatte einzutreten; wir werden dem Budget aber nur zustimmen, wenn wir nicht wieder einen Ausbau der Ausgaben vornehmen, sondern mindestens auf dem

Stand der Eigenkapitalbildung des Gemeinderats bleiben. Besser wäre noch ein wenig mehr, denn grundsätzlich halten wir am Ziel fest, innerhalb der kommenden vier Jahre 40 Mio. Franken Eigenkapital zu bilden. Weil die wirtschaftliche Situation in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht einfacher wird, wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, um gewisse Massnahmen zu ergreifen, die vielleicht etwas schmerzhaft sind. Aber sie sind bestimmt sehr viel weniger schmerzhaft, als wenn wir in einer schwierigeren konjunkturellen Lage umso mehr werden sparen müssen. Obwohl wir für den Antrag der Fraktion SVPplus ein gewisses Verständnis haben, werden wir ihm nicht zustimmen, und zwar, weil wir es richtig finden, uns der Diskussion zu stellen und am Schluss über das Budget zu beschliessen, wenn der Gemeinderat schon einen Schritt auf uns zu gemacht hat.

Die Sitzung wird um 16.30 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Vania Kohli*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Vania Kohli

Anwesend

Peter Ammann
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Büechi
Vinzenz Bartlome
Giovanna Battagliero
Kathrin Bertschy
Henri-Charles Beuchat
Sonja Bietenhard
Lea Bill
Manfred Blaser
Rithy Chheng
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Regula Fischer
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Judith Gasser
Simon Glauser
Thomas Göttin
Claude Grosjean
Guglielmo Grossi
Beat Gubser

Leyla Gül
Lukas Gutzwiller
Monika Hächler
Kurt Hirsbrunner
Jimmy Hofer
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Stefan Jordi
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Michael Köpfli
Peter Künzler
Lea Kusano
Prisca Lanfranchi
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Robert Meyer
Christine Michel
Patrizia Mordini

Eveline Neeracher
Halua Pinto de Magalhães
Judith Renner-Bach
Pascal Rub
Rahel Ruch
Kurt Rüegsegger
Hasim Sancar
Alexandre Schmidt
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Miriam Schwarz
Yves Seydoux
Hasim Sönmez
Barbara Streit-Stettler
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Tanja Walliser
Béatrice Wertli
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Stéphanie Penher

Peter Wasserfallen

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Christine Gyga, Protokoll

Nik Schnyder, Ratsweibel
Christine Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2011 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Grundsatzdebatte

Gemeinderat

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Die Eintretensvoten der verschiedenen Fraktionen haben eines deutlich gemacht: so richtig zufrieden mit der Vorlage des Gemeinderats ist eigentlich keine Fraktion. Aber vielleicht bedeutet dies ja gerade auch, dass das gemeinderätliche Budget das Machbare vom Wünschenswerten getrennt hat und eine realistische Basis für die heutige Diskussion bildet.

Zum Rückweisungsantrag der Finanzdelegation (FD), der ja zurückgezogen wurde: Um zu vermeiden, dass die Stadt Bern am 1. Januar 2012 ohne Budget dasteht, hat der Gemeinderat die Anliegen der Finanzdelegation geprüft und teilweise aufgenommen. Uns wurde nun auch noch vorgeworfen, dass wir zu schnell gehandelt hätten. Eine Stadt kann auch einmal schnell handeln. Ich denke, das war richtig. Die Verbesserungsvorschläge hat der Gemeinderat im Vorfeld der heutigen Debatte eingebracht. In der finanziell bedeutendsten Frage geht es darum, wie viel Eigenkapital in der Periode 2012–2015 geschaffen werden soll. Ich kann Ihnen versichern, dass der Gemeinderat dieses Ziel ebenfalls mit hoher Priorität verfolgt. Im Budget 2012, das bereits Sparmassnahmen von 20 Mio. Franken beinhaltet, wäre ein höherer Budgetüberschuss nach Ansicht des Gemeinderats jedoch unseriös und nicht zu verantworten. Nicht zuletzt, weil momentan die wirtschaftliche Entwicklung sehr schwierig zu prognostizieren ist. Der Gemeinderat dankt der FD, dass sie das kurzfristige Handeln anerkennt und ihren Antrag zurückgezogen hat. Inzwischen hat die SVPplus-Fraktion den Antrag übernommen. Wir bitten, ihn abzulehnen.

Weiter beurteilen wir es als äusserst fahrlässig, wenn Sie Anträgen zustimmen, die das Budget verschlechtern und damit den gesamten Finanzhaushalt der Stadt Bern aus dem Lot bringen. Dies können wir uns zum heutigen Zeitpunkt nicht leisten.

Um ein nachhaltiges Haushaltgleichgewicht sicherzustellen und die geringe Eigenkapitalbasis nicht bereits wieder aufzubrechen, ist es unerlässlich, die bisherige Finanzpolitik konsequent weiterzuführen. Für den Haushalt der Stadt Bern bestehen nämlich weiterhin erhebliche Risiken. Falls diese eintreten, kann dies eine weit ungünstigere Entwicklung zur Folge haben, als man dies momentan überhaupt prognostiziert. Um in Erinnerung zu rufen, über welche Schwierigkeiten ich spreche: Neben den grundsätzlichen Schwierigkeiten wie der Voraussage der konjunkturellen Entwicklung gibt es im Budgetjahr 2012 ernsthafte Risiken. Eines ist die Frage des ausstehenden Entscheids über die Littering-Gebühren. Dieser ist im Moment vor Bundesgericht. Der negative Entscheid des Verwaltungsgerichts, den wir bereits haben, hätte direkte Auswirkungen auf den steuerfinanzierten Haushalt in Millionenhöhe. Wenn dies vor Bundesgericht Bestand hat und unsere Haltung nicht obsiegt, heisst dies: Im Budget 2012 haben wir ein Risiko von 4,9 Mio. Franken. Diese sind im Budget 2012 nicht berücksichtigt. Der Gemeinderat wird jedoch beim Jahresabschluss 2011 prüfen, ob und in welcher Höhe Rückstellungen vorzunehmen sind. Wir gehen also nicht blind ins Jahr 2012. Ein weiteres Risiko ist die Zinsentwicklung: Diese sieht derzeit nicht schlecht aus. Deshalb konnten wir im Budget 2012 bei den Zinsen und Aufwendungen die Prognosen aufgrund der jüngsten Entwicklungen nach unten korrigieren. Wir gehen fürs Jahr 2012 von stabilen Zinsen aus. Es ist jedoch auch das Szenario eines mittelfristig höheren Zinsniveaus denkbar.

Zu den Entwicklungen Lastenverteiler Sozialhilfe: Auch hier haben wir die Zahlen aufgrund der neuesten Planungshilfen des Kantons, die wir erst im August 2011 erhalten haben, nach unten korrigiert. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt – und das erachte ich als sehr wichtig für die nun bevorstehende Debatte –, dass bei diesen Planungshilfen in drei von vier Jahren die Kosten gestiegen sind und nicht abgenommen haben. Im Moment gehen wir von sinkenden Kosten aus; dies trifft mit einer Wahrscheinlichkeit von einem Viertel ein. Wenn wir die 1,1 Mio. Franken nun nicht gebracht hätten, hätten wir diese nicht ausgegeben. Wenn wir sie im nächsten Jahr nicht benötigt hätten, wären sie ohnehin als Eigenkapital übrig geblieben. Wir können hier also ohne schlechtes Gewissen den Betrag um 1,1 Mio. Franken senken. Wenn jedoch der Fall eintreten sollte, dass sich in drei von vier Jahren die Belastung erhöht, dann müssen wir Ende 2012 einen Nachkredit beantragen. Wir haben die Planungshilfe des Kantons seriös analysiert, wir haben sie abgebildet. Ich kann heute nicht garantieren, wie es Ende 2012 aussehen wird.

Die grössten finanziellen Risiken gehen weiterhin von der finanziellen Lage des Kantons aus. Bekanntlich steht der Kanton nicht gut da. Er hat die Tendenz, wenn er Einsparungen machen muss, diese auf die nächste Ebene weiterzugeben, nämlich auf die Gemeinden. Die Stadt Bern wäre von allfälligen Sanierungsmassnahmen erfahrungsgemäss besonders stark betroffen.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zu den finanzpolitischen Guidelines des Gemeinderats und zum wiederholten Vorwurf – der manchmal klarer und manchmal verdeckter wiederholt wird –, der Gemeinderat betreibe keine seriöse Finanzpolitik. Sehen Sie sich die letzten fünf Jahre an: Dem Gemeinderat ist es gelungen, den Bilanzfehlbetrag zwei Jahre vor seiner eigenen Zielsetzung und sieben Jahre vor der Vorgabe des Kantons abzubauen. Zusätzlich haben wir im letzten Jahr Eigenkapital von 17 Mio. Franken geschaffen. Wir haben anfangs 2010, wofür wir gerüffelt wurden, schnell auf die drohende Rezession reagiert und eine gesamtstädtische Portfolioanalyse durchgeführt. Der Vorwurf, der Gemeinderat betreibe keine seriöse Finanzpolitik, ist schlicht und einfach: daneben!

Der Gemeinderat verfolgt denn auch mit dem vorliegenden Budget 2012 das Ziel, seine bewährte bisherige Finanzpolitik weiterzuführen. Der Gemeinderat zählt auf die Unterstützung seines finanzpolitischen Kurses durch den Stadtrat. Es ist nun am Parlament, das Budget heute durchzuberaten und entsprechend seinen Job zu machen. Ich bin überzeugt, dass Gemeinderat und Stadtrat den eingeschlagenen Kurs der eisernen Ausgabendisziplin und weiterer Sparanstrengungen konsequent weiterverfolgen müssen. Man glaubt es nicht so recht, wenn es eine Finanzdirektorin sagt, aber die schwierigen Jahre liegen noch vor uns und nicht hinter uns.

Zu den Benchmarks der anderen Gemeinden: Eine Analyse der Voranschläge der Gemeinden rund um Bern zeigt fürs Jahr 2012 folgendes Bild: Die Mehrheit der Gemeinden geht im Jahr 2012 von einem Defizit aus. Nur drei Gemeinden budgetieren einen Überschuss, unter anderem die Stadt Bern. Drei Gemeinden müssen ihre Steueranlage nach oben anpassen. Steuer-senkungen sind in keiner Gemeinde vorgesehen. Bei den Finanzkennzahlen fällt auf, dass nur eine Gemeinde ihre geplanten Investitionen zu mehr als 100 Prozent selbst finanzieren kann. Die Stadt Bern liegt mit einer geplanten Quote von 69 Prozent im oberen Mittelfeld.

Ich danke vorab allen Sprecherinnen und Sprechern der Sachkommissionen und der FD. Ich bedanke mich für die guten Diskussionen in der Kommission und die sachliche und intensive Vorbereitung der verschiedenen Budgets. Ich bedanke mich vor allem auch für die anerkennenden Worte an die Verwaltung, die ich hier vernehmen durfte und sehr gerne weiterleite. Als Finanzdirektorin würde ich auch gerne 10 Mio. Franken für die Bildung von Eigenkapital budgetieren. Aber die geschilderte Ausgangslage und die konjunkturelle Lage verunmöglichen dies zum heutigen Zeitpunkt.

Zu den Anträgen: Der Gemeinderat lehnt alle Anträge mit Ausnahme seiner eigenen und der Anträge aus der FSU und SBK ab. Insbesondere bittet er den Stadtrat, alle systemfremden Anträge abzulehnen, welche lineare Kürzungen verlangen; wie bereits gesagt sind diese nicht NSB-konform.

Zu den einzelnen Voten: Die Sprecherin BDP/CVP-Fraktion hat ausgeführt, dass das vorliegende Budget gegenüber dem Jahr 2011 auf Kostenseite um 30 Mio. Franken angestiegen sei. Sie suggeriert, der Gemeinderat gebe mehr Geld aus oder treibe überproportional die Kosten in die Höhe. Dies stimmt so nicht. Wenn man das Budget analysiert hätte, hätte man gesehen, dass diese Millionen aus dem FILAG stammen und die Stadt Bern auf das FILAG keinen Einfluss hat. Bei den Verschlechterungen des Budgets fallen nämlich 17,3 Mio. Franken auf den Disparitätenabbau, 9,1 Mio. Franken auf den Vertikalausgleich, 2 Mio. Franken auf die vierjährigen Kulturverträge und 2 Mio. Franken auf die Teuerung. Dies ergibt 30,4 Mio. Franken. Dazu kommt noch: In diesem Budget sind zusätzliche Polizeiausgaben drin, die sowohl der Stadtrat wie das Volk bestellt haben. So gesehen stimmt es überhaupt nicht, dass der Gemeinderat Kostensteigerung betreibt. Zumindest nicht eine, die wir beeinflussen können, sondern diese wird uns von oben weitergegeben. Damit komme ich zum Thema Kanton, der dies immer an die Gemeinden weitergibt. Zudem zeigt die IDHEAP-Studie 2010, dass die Stadt Bern einmal mehr die Bestnote erhalten hat. Es wurde ausgewiesen, dass unsere Kostensteigerungen jeweils unter einem Prozent liegen. Die Stadt Bern ist da absolute Spitze. Ich empfehle, diese Studie einmal zu lesen.

Zur Sprecherin der SP/JUSO-Fraktion: Wir nehmen den Rüffel in Bezug auf die Planungserklärungen entgegen. Ich erwähnte dies auch bereits in der FD: Es ist korrekt, dass wir bestimmen, welche wir annehmen und welche nicht, denn dies liegt in unserer Kompetenz. Es ist aber nicht korrekt, dass wir nicht transparent darstellen, welche wir übernommen haben und welche nicht. So muss man sie mühsam im Budget zusammensuchen. Wir werden künftig in der Botschaft oder im Vorbericht auf einer Seite zeigen, welche Planungserklärungen wir entgegengenommen haben und welche nicht. Für diesen Fauxpas möchten wir uns entschuldigen.

Zum Sprecher der FDP-Fraktion: Der Vorwurf, der Gemeinderat spare im Budget 2012 nicht, stimmt auch nicht. Denn der Gemeinderat hat gespart. Wie Sie wissen, haben wir die Portfolioanalyse durchgeführt, die nicht allen gefiel. Dadurch konnten wir 20 Mio. Franken einsparen. Es ist eben doch ein Problem, in einem Budget ein Prozent einzusparen, auch wenn es um eine Milliarde geht. Ich möchte daran erinnern, dass wir hier inzwischen das zwölfte Sparpaket geschnürt haben und dass dies von gewissen Kreisen bewusst nicht zur Kenntnis genommen wird.

Der Sprecher der GLP-Fraktion hat erwähnt, der Selbstfinanzierungsgrad liege im Jahr 2012 nicht bei 100 Prozent. Dies ist so. Aber betrachten Sie ihn über mehrere Jahre hinweg und nicht nur über das Einzeljahr. Es ist richtig, dass wir diese Ausschläge haben. In den Jahren 2011 und 2012 erreichen wir die 100 Prozent nicht. Aber in den Jahren 2008–2010 sind wir jeweils weit über diesen 100 Prozent gelegen. Im Gemeinderat betrachten wir nicht das Einzeljahr, sondern versuchen, eine längere Periode zu prüfen. Es ist klar, wir müssen diesen Selbstfinanzierungsgrad verbessern. Ansonsten können wir auf Dauer nicht funktionieren.

Ich bitte Sie, heute auf das Budget einzutreten, sich der Diskussion zu stellen und das Budget hoffentlich auch zuhänden der Volksabstimmung zu verabschieden. Ich bin gespannt auf die Detailberatung.

Präsidentin *Vania Kohli*: Es liegen derzeit zwei Rückweisungsanträge vor. Der eine ist derjenige der FDP-Fraktion in der Tischaufgabe, der andere wurde von der SVPplus-Fraktion mündlich gestellt. Er entspricht im Wortlaut genau dem zurückgezogenen Antrag der FD. Ich werde die beiden vorliegenden Anträge einander gegenüberstellen.

Beschluss

1. Der Rückweisungsantrag der SVPplus-Fraktion obsiegt dem Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion (9 Ja^{FDP}, 58 Nein^{SVPplus}, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 008*
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der SVPplus-Fraktion ab (17 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 009*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:18 - 008

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 58 Enthaltungen: 1 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Beuchat, Eicher, Feuz, Gafner Wasem, Jost, Rub, Schmidt, Seydoux, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Friedli, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jakob, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Rüegegger, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Trachsel, Trede, Vollmer, Wertli, Widmer, Zbinden

Der Stimme enthalten sich: Theiler

Abwesend sind: Dana, Hofer, Imhof, Jaisli, Mäder, Penher, Streit-Stettler, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Zobrist

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:18 - 009

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 51 Enthaltungen: 0 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Beuchat, Blaser, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Jakob, Jost, Meyer, Neeracher, Rub, Rüegegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, Wertli, Widmer, Zbinden

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Dana, Hofer, Imhof, Jaisli, Mäder, Penher, Streit-Stettler, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Zobrist

Detailberatung

Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)

Referentin PVS *Daniela Lutz-Beck* (GFL): Wir sind über den Delegationsbesuch sehr zufrieden. Ich möchte herzlich danken, dass wir so freundlich aufgenommen und über alle Sachgeschäfte und Fragestellungen ausführlich informiert wurden.

Erfreulich ist, dass in der TVS alle Stellen besetzt werden konnten; insbesondere auch die Kaderstellen, bei denen es doch sehr schwierig ist, entsprechend qualifiziertes Personal zu finden. Wir erwarten nun, dass der Courant normal eintreten kann und das Arbeiten kreativ weitergeführt wird. Im Rahmen des Delegationsbesuchs wurde auch die Einführung des Gesundheitsmanagements erwähnt, welches bei einer anderen Direktion bereits vor einem Jahr eingeführt wurde. Neu werden die Erlassgesuche von der TVS in die SUE wechseln, was zu mehr Transparenz und zu einer besseren Steuerung führen soll. Zu grosser Diskussion führte das Problem der schwindenden Kantonsbeiträge. Das Greina-Projekt im Vermessungsamt wird wie geplant im Jahr 2012 abgeschlossen werden können. Bei der Stadtentwässerung wird die Entlastungsplanung einer zweiten Leitung neu geplant. Diese Leitung würde das Abwasser aus dem Westen gesondert führen, welches bis jetzt durch die Stadtmitte läuft. Die PVS konnte sich bei ihrem Ausflug ein ausführliches Bild darüber machen, wofür wir sehr dankbar sind.

Bei Entsorgung und Recycling hat eine neue Leitung ihre Arbeit aufgenommen. Die Entsorgungshöfe bleiben weiterhin ein Thema. Inzwischen wird eine Entsorgungskarte abgegeben. Das Thema organische Abfälle wird aufgearbeitet. Mit der Kewu in Krauchthal wird eine Zusammenarbeit erarbeitet, sodass die organischen Abfälle dort eventuell auch gemäss Wunsch und den Motionen des Stadtrats weiterverarbeitet werden können. Das Thema Hochwasserschutz und der ausstehende Bundesgerichtsentscheid zum Littering standen bei den Delegationsbesuchen in der Diskussion weiterhin im Vordergrund. Eine grosse Herausforderung wird das Tram Region Bern sein, da es einen engen Zeitrahmen verlangt.

Es werden auch laufend Konzepte erarbeitet und geplant, bei denen häufig verschiedene Direktionen beteiligt sind, wie beispielsweise beim Spielplatzkonzept. Da wird es wichtig sein, dass die Kommunikation unter den verschiedenen Direktionen gut funktioniert. Weiterhin wird beim Werterhalt ein entscheidender Rückstand zu verzeichnen sein. Aktuell liegt er bei 22 Mio. Franken. Neue Parkanlagen, die betreut werden müssen, binden Ressourcen. „Subers Bärn – zäme geits!“ wurde ins Globalbudget aufgenommen. Seit einigen Jahren erfolgen freiwillige Leistungen von Kaderangestellten und Mitgliedern des Gemeinderats an Wochenenden, damit sie sich ein Bild darüber machen können, welche Leistungen – insbesondere beim Littering – vom Personal erwartet wird. Bei der Verkehrsplanung steht der Ausbau der Velostation Schanzenbrücke im Vordergrund. Die Kommunikation mit der Post funktioniert relativ gut, mit den SBB existieren noch Probleme. Die PVS beantragt dem Stadtrat die Annahme des Produktgruppen-Budgets der TVS. Sie dankt noch einmal herzlich für die Unterstützung und die Transparenz bei den Diskussionen.

Präsidentin *Vania Kohli*: Ich möchte noch mitteilen, dass nun die Diskussion nach Dienststelle geführt wird. Es folgen die Anträge 64-66 (Tiefbauamt).

TVS: Tiefbauamt

64.	S. 389 Tiefbauamt (510200)	GR	Senkung der Nettokosten der Dienststelle Tiefbauamt 510 um Fr. 170'000.00 auf netto Fr. 51'014'331.44 infolge tieferer Abschreibungen
65.	S. 389 Tiefbauamt (510)	GLP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 511'843.31 auf Fr. 50'672'488.13 ¹
66.	S. 389 Tiefbauamt (510)	BDP/CVP	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 1'000'000 auf Fr. 50'184'331.44

Rudolf Friedli für die SVPplus-Fraktion: Der Antrag 64 stammt vom Gemeinderat. Es geht um die Senkung der Nettokosten, indem einfach weniger abgeschrieben wird. Das heisst für den Gemeinderat: sparen. Für uns bedeutet das nicht sparen. Eine tiefere Abschreibung ist eine verschobene Pflicht und irgendeinmal muss die Stadt dann abschreiben. Das Ganze ist demnach nur eine Budget-Schönung und keine reale Einsparung. Deshalb lehnen wir den Antrag 64 ab.

Beschluss

1. Der Antrag 65 obsiegt dem Antrag 66 (46 Ja^{GLP}, 22 Nein^{BDP/CVP}). Abst.-Nr. 010
2. Der Antrag 64 obsiegt dem Antrag 65 (40 Ja^{GR}, 29 Nein^{GLP}). Abst.-Nr. 011
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 64 des Gemeinderats zu (61 Ja, 8 Nein). Abst.-Nr. 012

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:25 - 010

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 22 Enthaltungen: 0 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann,

¹ Der Stadtrat hat im Rahmen des IAFP eine Planungserklärung überwiesen, welche den Gemeinderat auffordert, in den nächsten Jahren durchschnittlich 10 Millionen Franken neues Eigenkapital zu bilden. Diese wurde im Budget nicht berücksichtigt. Um wenigstens annähernd auf Zielkurs zu bleiben, soll bei verschiedenen grösseren Globalbudgets mit Effizienzmassnahmen und allenfalls Prioritätensetzung 1% eingespart werden.

Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zimmerli
 Nein gestimmt haben: Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Eicher, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Hirsbrunner, Jaisli, Jakob, Jost, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli
 Der Stimme enthalten sich:
 Abwesend sind: Dana, Feuz, Gubser, Hofer, Imhof, Mäder, Penher, Sancar, Streit-Stettler, Wasserfallen, Zobrist

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:25 - 011

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 29 Enthaltungen: 0 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden
 Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Hirsbrunner, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köpfli, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Dana, Hofer, Imhof, Mäder, Penher, Sancar, Schneider, Streit-Stettler, Wasserfallen, Zobrist

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:26 - 012

Ja-Stimmen: 61 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 0 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Rügsegger

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Dana, Gubser, Hofer, Imhof, Mäder, Penher, Sancar, Streit-Stettler, Theiler, Wasserfallen

TVS: Stadtgärtnerei/Friedhöfe

- | | | | |
|-----|---|---------|---|
| 67. | S. 410
Stadtgärtnerei/
Friedhöfe
(520-521) | GLP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 172'486.49 auf
Fr. 17'076'162.22 ² |
| 68. | S. 410
Stadtgärtnerei/
Friedhöfe
(521100) | BDP/CVP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 300'000 auf Fr.
4'027'336.42 zulasten PG521100 Friedhöfe ³ |

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 67 der GLP-Fraktion ab (22 Ja, 49 Nein). *Abst.-Nr. 013*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 68 der BDP/CVP-Fraktion ab (23 Ja, 49 Nein). *Abst.-Nr. 014*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:27 - 013

Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 49 Enthaltungen: 0 Abwesend: 8 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Eicher, Feuz, Gafner Wasem, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imthurn, Jost, Köpfli, Leibundgut, Meyer, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Friedli, Gasser, Glauser, Göttin, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Ruch, Rügsegger, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bietenhard, Dana, Gubser, Imhof, Mäder, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:27 - 014

Ja-Stimmen: 23 Nein-Stimmen: 49 Enthaltungen: 0 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Imthurn, Jost, Köpfli, Leibundgut, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

² Der Stadtrat hat im Rahmen des IAFP eine Planungserklärung überwiesen, welche den Gemeinderat auffordert, in den nächsten Jahren durchschnittlich 10 Millionen Franken neues Eigenkapital zu bilden. Diese wurde im Budget nicht berücksichtigt. Um wenigstens annähernd auf Zielkurs zu bleiben, soll bei verschiedenen grösseren Globalbudgets mit Effizienzmassnahmen und allenfalls Prioritätensetzung 1% eingespart werden.

³ Kosten entsprechend dem Stand von 2011.

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Götting, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hofer, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Klausner, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Ruch, Rüeßegger, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Dana, Gubser, Imhof, Mäder, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

TVS: Verkehrsplanung

- | | | | |
|-----|--------------------------|---------|---|
| 69. | S. 436 | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 631'746.89 auf Fr. 3'745'637.25 zulasten PG580100 Verkehrsplanung |
| | Verkehrsplanung (580100) | | |
| 70. | S. 436 | BDP/CVP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 500'000 auf Fr. 3'877'384.16 zulasten PG580100 Verkehrsplanung ⁴ |
| | Verkehrsplanung (580100) | | |
| 71. | S. 437 | SVPplus | Streichung der Nettokosten von Fr. 593'981.72 des Produkts P580130 Beeinflussung Verkehrsverhalten ⁵ |
| | Verkehrsplanung (580130) | | |
| 72. | S. 437 | SVPplus | Streichung der Nettokosten von Fr. 1'250'000 des Produkts P580140 Förderung Fuss- und Veloverkehr ⁶ |
| | Verkehrsplanung (580140) | | |

Beschluss

- Der Antrag 70 BDP/CVP obsiegt dem Antrag 69 (18 Ja^{SVPplus}, 54 Nein^{BDP/CVP}). Abst.-Nr. 015
- Der Stadtrat lehnt den Antrag 70 der BDP/CVP-Fraktion ab (26 Ja, 47 Nein). Abst.-Nr. 016
- Der Stadtrat lehnt den Antrag 71 der SVPplus-Fraktion ab (28 Ja, 46 Nein). Abst.-Nr. 017
- Der Stadtrat lehnt den Antrag 72 der SVPplus-Fraktion ab (20 Ja, 53 Nein). Abst.-Nr. 018

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:28 - 015

Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 54 Enthaltungen: 0 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Eicher, Feuz, Gafner Wasem, Glauser, Hofer, Jaisli, Jakob, Jost, Meyer, Neeracher, Rub, Rüeßegger, Schmidt, Seydoux, Trachsel, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Friedli, Gasser, Götting, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Dana, Gubser, Imhof, Mäder, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:28 - 016

Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 0 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Jaisli, Jakob, Jost, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüeßegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Götting, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Dana, Imhof, Mäder, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:29 - 017

Ja-Stimmen: 28 Nein-Stimmen: 46 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Eicher, Feuz, Fischer, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüeßegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Frieden, Gasser, Götting, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

⁴ Verzicht auf exzessive Veränderungen der Verkehrsflüsse.

⁵ Keine Beeinflussung mehr!

⁶ Gleiche Rechte für alle!

Abwesend sind: Dana, Mäder, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:29 - 018

Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 53 Enthaltungen: 0 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Beuchat, Blaser, Eicher, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Leibundgut, Meyer, Nee-racher, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Dana, Feuz, Mäder, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Präsidentin *Vania Kohli*: Zu den Sonderrechnungen hat sich niemand gemeldet. Nun gehen wir wieder nach normalem Plan vor.

Gemeinde und Behörden (GuB)

GuB: Stadtkanzlei

- | | | | |
|----|-----------------------|---------|---|
| 1. | S. 54 | SP/JUSO | Erhöhung der Nettokosten um Fr. 20'000.00 auf Fr. 321'964.11 zugunsten P040010 Beziehungspflege und Repräsentation ⁷ |
| | Stadtkanzlei (040000) | | |
| 2. | S. 54 | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 10'000.00 auf Fr. 291'964.11 zulasten P040010 Beziehungspflege und Repräsentation ⁸ |
| | Stadtkanzlei (040000) | | |

Referent SBK *Martin Schneider* (BDP): Ich danke der Verwaltung herzlich für die gute Zusammenarbeit in der Kommission und die gute Auskunft. In der GuB war insbesondere die Nachfrage rechtlicher Dienstleistungen in der Stadtkanzlei durch die Direktionen ein Thema. Diese steigt Jahr für Jahr teilweise sehr erheblich an, was sich unter anderem auch in den Kennzahlen niederschlägt. Dies hängt einerseits mit der Überlastung der Direktionen im rechtlichen Bereich, zum andern mit der Komplexität der juristischen Geschäfte zusammen. So hat beispielsweise der BärenPark im Jahr 2010 die Stadtkanzlei ganz erheblich belastet: insbesondere die Erstellung eines umfangreichen Gutachtens, des Gutachtens Hofer zu Haftungsfragen im BärenPark, sowie die Begleitung der administrativen Untersuchung BärenPark. Im Jahr 2010 wurde und 2011 wird die Stadtkanzlei beispielsweise durch ein Verfahren betreffend Abfallgebühren bis zum Bundesgericht sehr stark in Anspruch genommen. Ebenfalls musste man im Jahr 2011 die Beschwerdeführungen im Zusammenhang mit den autofreien Sonntagen übernehmen. Dazu kommen viele Tages- und Gemeinderatsgeschäfte, aber auch parlamentarische Vorstösse und Entscheide, beispielsweise zum Pensionsalter, die oft umfassende rechtliche Beiträge fordern. Aufwändig sind auch die Beratungen von Initiativkomitees sowie Bürgerinnen und Bürger, die stets mehr rechtliche Betreuung suchen.

Zu den Anträgen aus der Kommission: Die SBK hat einen Antrag zur Erhöhung der Nettokosten der PG 110000 Kulturförderung um 115 000 Franken abgelehnt. Die SBK beantragt dem Stadtrat, das PGB 2012 grundsätzlich zu genehmigen.

Präsidentin *Vania Kohli*: Die Diskussion über die Anträge 1 und 2 werden zusammen geführt.

Rudolf Friedli (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Der Antrag der SP/JUSO-Fraktion fordert 20 000 Franken mehr und unser Antrag 10 000 Franken weniger. Die SP/JUSO-Fraktion ar-

⁷ Die 1. August Feier muss durch die Stadt finanziert werden, damit sie nicht zu einem Parteienanlass verkommt.

⁸ Eine Erhöhung ist unnötig.

gumentiert, dass die 1.-August-Feier künftig nicht zu einem Parteianlass verkommen soll. Dies war eigentlich noch nie der Fall, ausser vielleicht in diesem Jahr mit dem Scharmützel, das es aufgrund der Zwängerei von Stadtpräsident Alexander Tschäppät gegeben hat. Er war frustriert, weil wir das letzte Mal seinen Kredit zusammengestaucht haben. Unser Antrag, 10 000 Franken zu kürzen, hat zum Ziel, das Niveau von vor der EURO08 wieder herzustellen. Damals erhöhten wir den Betrag exzeptionell. In den folgenden beiden Jahren haben wir leider nicht bemerkt, dass dieser Betrag immer noch erhöht war. Erst im letzten Jahr haben wir dies festgestellt und konnten den Betrag nach unten korrigieren. Deshalb war damals Stadtpräsident Alexander Tschäppät frustriert. Nun möchten wir den Betrag auf dem üblichen Niveau plus die Teuerung belassen. Wir bitten, dem Antrag der SVPplus-Fraktion zuzustimmen.

Lea Kusano (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Seit jeher ist es Tradition, dass der Ratspräsident oder die Ratspräsidentin für die Berner Bevölkerung eine würdige Nationalfeier auf die Beine stellen kann. Es kann nicht das Ziel sein, dass aufgrund des fehlenden Geldes die jeweiligen Ratsvorsitzenden die Feier selber bezahlen müssen. Erstens ist dies nicht allen möglich, es ist auch eine Frage der Gleichbehandlung; zweitens soll dieses Fest nicht wie in diesem Jahr ein Parteienfest werden, sondern ein Fest für die ganze Bevölkerung. Die SP/JUSO-Fraktion stellt deshalb den Antrag, das Produkt „Beziehungspflege und Repräsentation“ zugunsten der 1.-August-Feier um 20 000 Franken zu erhöhen, weil im nächsten Jahr im Gegensatz zu diesem Jahr wieder mehr Kosten anfallen werden. Man wird nicht mehr auf die Bühne des Theaters zurückgreifen können. Zusätzlich soll auch das beliebte Atelier des Lampion-Bastelns wieder angeboten werden. Wir bitten, unserem Antrag zuzustimmen und den Antrag der SVPplus-Fraktion abzulehnen.

Beschluss

1. Antrag 2 SVPplus obsiegt dem Antrag 1 (29 Ja^{SP/JUSO}, 46 Nein^{SVPplus}). Abst.-Nr. 019
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 ab (33 Ja, 41 Nein). Abst.-Nr. 020

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:35 - 019

Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 46 Enthaltungen: 0 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Chheng, Elsener, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Blaser, Dana, Eicher, Espinoza, Feuz, Fischer, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Streit-Stettler, Theiler, Wertli, Widmer, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Mäder, Penher, Wasserfallen, Zbinden

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:36 - 020

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köpfli, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Theiler, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiler, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Mäder, Penher, Wasserfallen, Widmer, Zbinden

GuB: Informationsdienst

- | | | | |
|----|---|---------|--|
| 3. | S. 67
Informationsdienst
(050000) | GFL/EVP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 53'000 auf Fr. 1'037'952.97 zulasten P050010 Information ⁹ |
| 4. | S. 67
Informationsdienst
(050000) | BDP/CVP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 100'000 auf Fr. 990'952.97 zulasten P050010 Information ¹⁰ |

Daniel Klauser (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Peter Künzler hat es in seinem Eintretensvotum bereits gesagt: Wir sind bemüht, den Haushalt im Lot zu halten, und wenn man gewissen Erhöhungsanträgen zustimmen möchte – was wir auch tun werden –, muss anderswo gekürzt werden. Es ist nicht so, dass wir die Informationsseite im Anzeiger schlecht finden, aber wir sind der Meinung, dass man deren Verzicht verschmerzen kann. Deshalb stellen wir den Kürzungsantrag um 53 000 Franken. Wir lehnen jedoch den Kürzungsantrag der BDP/CVP-Fraktion ab, weil sie auch noch den Betrieb des Wahlstudios einsparen möchte.

Giovanna Battagliero (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Im Namen der SP/JUSO-Fraktion bitte ich, beide Anträge abzulehnen. Wir sehen nicht ein, weshalb diese Anzeiger-Seite gestrichen werden soll. Es ist ein Service für die Bevölkerung. Sie fördert aus unserer Sicht die Identifikation mit unserer Stadt, denn der Anzeiger geht in jeden Haushalt. Die meisten unserer Nachbargemeinden haben ein solches Instrument. Köniz leistet sich beispielsweise monatlich eine eigene Ausgabe. Zollikofen und Muri haben auch Lokalnachrichten. Burgdorf hat eine vierteljährliche Wochenzeitung. Weshalb sollten wir dies nicht auch tun. Der Betrag von 53 000 Franken ist sehr gut investiert und alle Kosten sind inbegriffen. Es ist eine Gelegenheit für die Stadt Bern, Medienmitteilungen zu positionieren, die vielleicht die Medien nicht allzu sehr interessieren. Man kann auch viele Service-Meldungen publizieren. Die Zeitungen werden damit keineswegs konkurrenziert. Es ist eine zusätzliche Dienstleistung für unsere Bevölkerung. Ausserdem ist der Anzeiger Region Bern zu 50 Prozent im Besitz der Stadt Bern. Ein Teil dieser Ausgaben kommen mit dem Gewinn auch wieder zurück.

Bei Antrag 4 zum Wahlstudio sehen wir überhaupt nicht ein, weshalb gestrichen werden soll. Es geht ja lediglich um die technischen Anlagen, die alle vier Jahre aufzustellen sind. Wird bei Antrag 4 gerechnet, dann gibt es 53 000 Franken plus – wenn schon – 10 000 Franken. Und was ist mit dem restlichen Betrag von über 30 000 Franken? Wenn der Informationsdienst diesen Betrag auch noch zusätzlich einsparen soll, dann geht das ans Lebendige. Ich bitte, beide Anträge abzulehnen.

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich möchte beide Anträge unterstützen. Was die Mitteilungsseite im Anzeiger anbelangt: Dies ist eine reine PR-Seite für den Gemeinderat. Bei den soeben erwähnten Beispielen von umliegenden Gemeinden, die eine Dorfzeitung oder etwas in dieser Art herausgeben, verhält es sich meistens so, dass eine Diskussion stattfindet und die Parteien zu Wort kommen. So ist es ein Informationsmittel. Aber dies ist hier nicht der Fall. Die Mitteilungen sind ganz klar exekutiv-orientiert und diese sind nicht notwendig, weil die Exekutive mit ihrem ausgebauten Informationsdienst ohnehin in den Zeitungen präsent ist.

Zum Informationsdienst habe ich übrigens noch eine Sachfrage: In der Presse wurde bekannt, dass dort eine neue Stelle geschaffen wurde, eine Stellvertretung des Leiters Informationsdienst. Meine Frage ist, wo diese Stelle im Budget enthalten ist.

⁹ Verzicht auf wöchentliche Mitteilungsseite der Stadt Bern im Anzeiger Region Bern.

¹⁰ Verzicht auf Betrieb eines eigenen Wahlstudios und Verzicht auf die wöchentlichen Mitteilungen im Anzeiger.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Ich bitte, beide Anträge abzulehnen. Luzius Theiler kann ich antworten, dass keine neue Stelle geschaffen wurde. Ein Abgang wurde ersetzt. Die neue Stelle wird als Stellvertretung besetzt, aber lohn- bzw. budgetmässig gibt es keine Aufstockung.

Zur Informationsseite ist zu sagen, dass die Bevölkerung diese Seite schätzt. Es gibt sehr viele positive Echos. Es trifft nicht zu, dass es eine PR-Seite ist; wir verzichten auf jegliche Kommentare. Der Gemeinderat stellt keine eigenen Texte hinein, sondern es werden Communiqués abgedruckt, die häufig aus verständlichen Gründen in den Medien nicht in vollem Umfang Eingang finden. Es geht darum, Entscheide des Gemeinderats der breiten Bevölkerung weiterzugeben. Es ist auch keine allzu teure Angelegenheit. Ein Teil der Ausgaben von 50 000 Franken kommt wieder zurück, weil der Anzeiger bekanntlich zur Hälfte der Stadt gehört.

Ich gebe zu, der Ausdruck Wahlstudio ist unglücklich. Auch dies hat nichts mit PR zu tun, sondern ist eine reine Dienstleistung: nämlich bei den Abstimmungen und Wahlen jeweils das technische Equipment zur Verfügung zu stellen. Diese Dienstleistung ist durchaus nötig und gewollt und dient letztlich auch der Bevölkerung zur besseren Information. Ich bitte, beide Anträge abzulehnen.

Beschluss

1. Der Antrag 3 obsiegt dem Antrag 4 (44 Ja^{GFL/EVP}, 29 Nein^{BDP/CVP}, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 021
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 zu (45 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 022

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:42 - 021

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 29 Enthaltungen: 1 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zobrist

Nein gestimmt haben: Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Fischer, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Theiler, Wertli, Zbinden, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich: Ammann

Abwesend sind: Feuz, Jost, Mäder, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:43 - 022

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 29 Enthaltungen: 1 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Wertli, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Trede

Abwesend sind: Köppli, Mäder, Penher, Wasserfallen

GuB: Finanzinspektorat

5. S. 70 GR
Finanzinspektorat
(060000)

Verschiebung der Dienststelle 060
Finanzinspektorat zur FPI, Dienst-
stelle 670 (neu) mit gleichbleibenden
Nettokosten von Fr. 1'158'285.78

Peter Ammann (GLP) für die GLP-Fraktion: Zur Verschiebung des Finanzinspektorats: Wir haben dies lange überlegt und sind der Meinung, dass die Verschiebung unter dem Aspekt von Corporate Government nicht richtig ist. Die interne Revisionsstelle sollte der höchsten Stelle, also dem Stadtpräsidium, zugeordnet sein, auch wenn es sich an sich nur um eine

administrative Unterstellung handelt. Es wäre falsch, wenn man dies aufgrund der aktuellen personellen Situation ändern würde.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 ab (28 Ja, 30 Nein, 14 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 023*

Wiederholung der Abstimmung Abst.-Nr.026

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:44 - 023

Ja-Stimmen: 28 Nein-Stimmen: 30 Enthaltungen: 14 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bahnan Buechi, Beuchat, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Gutzwiller, Hofer, Imhof, Jakob, Jost, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Lutz-Beck, Pinto, Rub, Schmidt, Seydoux, Streit-Stettler, Trachsel, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Blaser, Götting, Grosjean, Gül, Hirsbrunner, Imthurn, Jaisli, Jordi, Köpfli, Kusano, Lehmann, Leibundgut, Marti, Mathieu, Mordini, Renner-Bach, Schneider, Schoch-Meyer, Sönmez, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Anliker-Mansour, Bill, Frieden, Friedli, Gasser, Hächler, Keller, Meyer, Michel, Neeracher, Ruch, Rüegsegger, Sancar, Zbinden

Abwesend sind: Fischer, Grossi, Mäder, Penher, Schwarz, Theiler, Wasserfallen

Rückkommensantrag der SP/JUSO-Fraktion

Annette Lehmann (SP): Es tut mir sehr leid, wir haben falsch gestimmt. Wir bitten, einem Rückkommen zuzustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Rückkommensantrag der SP/JUSO-Fraktion zu (59 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 025*

2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 5 zu (44 Ja, 17 Nein, 12 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 026*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:45 - 025

Ja-Stimmen: 59 Nein-Stimmen: 13 Enthaltungen: 2 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Götting, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Beuchat, Bietenhard, Blaser, Friedli, Glauser, Imhof, Jaisli, Jakob, Neeracher, Renner-Bach, Rüegsegger, Seydoux, Trede

Der Stimme enthalten sich: Meyer, Wertli

Abwesend sind: Leibundgut, Mäder, Penher, Wasserfallen, Zobrist

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:46 - 026

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 17 Enthaltungen: 12 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bahnan Buechi, Battagliero, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Gafner Wasem, Götting, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hofer, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Mordini, Pinto, Rub, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Blaser, Friedli, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Imthurn, Jaisli, Köpfli, Neeracher, Renner-Bach, Schneider, Trede, Wertli

Der Stimme enthalten sich: Anliker-Mansour, Bill, Frieden, Gasser, Hächler, Imhof, Meyer, Michel, Ruch, Rüegsegger, Sancar, Zbinden

Abwesend sind: Beuchat, Jakob, Leibundgut, Mäder, Penher, Wasserfallen

Präsidialdirektion (PRD)

Direktionsstabsdienste und Gleichstellung

6.	S. 81	GR, GFL/EVP,	Streichung der Nettokosten von Fr. 150'000 zulasten P100150 Grossanlässe ¹¹
	Direktionsstabs-	SP/JUSO,	
	dienste und	GB/JAI, SVPplus,	
	Gleichstellung	BDP/CVP	
	(100100)		

¹¹ Streichung Kosten Vorbereitung Stadtfest in Folge Rückweisung im Stadtrat am 1.9.2011.

- | | | | |
|-----|--|---------|---|
| 7. | S. 86
Direktionsstabs-
dienste und
Gleichstellung
(100300) | SVPplus | Streichung der Nettokosten von Fr.
455'825.03 der PG100300 Gleichstellung ¹² |
| 8. | S. 86
Direktionsstabs-
dienste und
Gleichstellung
(100310) | SVPplus | Streichung der Nettokosten von Fr.
227'912.57 des Produkts 100310 Gleich-
stellungsprojekte ¹³ |
| 9. | S. 86
Direktionsstabs-
dienste und
Gleichstellung
(100310) | SVPplus | Eventualantrag, wenn Antrag SVPplus
zur Gleichstellung abgelehnt:
Kürzung der Nettokosten um Fr. 20'000
auf Fr. 207'912.57 zulasten P100310
Gleichstellungsprojekte ¹⁴ |
| 10. | S. 86
Direktionsstabs-
dienste und
Gleichstellung
(100330) | SVPplus | Streichung der Nettokosten von Fr.
91'164.89 des Produkts P100330 Öffent-
lichkeitsarbeit ¹⁵ |

Referent SBK *Martin Schneider* (BDP): Auch ich möchte mich bei der Verwaltung – der Präsidialdirektion und dem Stadtpräsidenten – herzlich bedanken für die gute Zusammenarbeit und die Auskünfte, die wir in der Kommission erhalten haben. Erstens gilt es festzustellen, dass durch die Rückweisung des Stadtfests das Produkt 100150 „Grossanlässe“ gestrichen wird. Über diesen Antrag werden wir noch befinden. Bei der PG „Gleichstellung“ wurden alle drei Produkte um 9 Prozent erhöht. Die Gründe sind einerseits die 20 000 Franken einmalig für eine Studie zur verwaltungsinternen Laufbahnentwicklung gemäss dem Aktionsplan Gleichstellung sowie zusätzlicher Aufwand im Zusammenhang mit der neuen wissenschaftlichen Praktikumsstelle und der Berufsbildung.

Weiter darf erwähnt werden, dass die PRD die Zahl der Lehrverhältnisse von einer Stelle im Jahr 1997 auf 17 Stellen im Jahr 2011 erhöhen konnte. Im Sommer 2012 werden es sogar 18 sein.

Die SBK hat den Antrag auf Erhöhung der Nettokosten der PG 110000 um 115 000 Franken knapp abgelehnt. Sie beantragt dem Stadtrat, das Budget PRD mit 4 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 6 zu (71 Ja, 0 Nein). *Abst.-Nr. 027*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:48 - 027

Ja-Stimmen: 71 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 8 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rügsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

¹² Die Gleichstellung ist vollzogen.

¹³ Die Gleichstellung ist vollzogen und benötigt keine Projekte mehr.

¹⁴ Studie zur Laufbahnentwicklung ist unnötig.

¹⁵ Die Öffentlichkeit ist sensibilisiert und muss nicht zusätzlich und unnötig berieselt werden!

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Eicher, Feuz, Jost, Kusano, Mäder, Penher, Wasserfallen

Patrizia Mordini (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Wir sprechen nun über die Gleichstellung. Die SVPplus-Fraktion hat einige Anträge gestellt. Der erste fordert die totale Streichung der Fachstelle für Gleichstellung und die anderen sind Salamiaktik: Wenn dem ersten Antrag nicht zugestimmt wird, wird mit den andern Anträgen das Ziel verfolgt, die einzelnen Produkte zu streichen: nämlich alle Gleichstellungsprojekte beim Produkt 100310; davon sind mehrere Stellen betroffen. Falls dieser Antrag nicht durchkommt, wird empfohlen die 20 000 Franken für die Studie Laufbahnentwicklung, die man nun extra verlangt hat und die zum Massnahmenkatalog Aktionsplan Gleichstellung gehört, zu streichen. Als Letztes bliebe noch, die ganze Öffentlichkeitsarbeit von über 90 000 Franken zu streichen.

Ich lege nun dar, weshalb diese Produkte nicht gestrichen werden sollten. Die generelle Streichung der Fachstelle für Gleichstellung lehnen wir grundsätzlich ab. Die Stadt hat vom Gesetz und der Verfassung her einen Gleichstellungsauftrag. Diesen muss sie auch auf Gemeindeebene erfüllen. Die Aufgaben und Kompetenzen sind klar geregelt. Der Gleichstellungsauftrag ist ein Dauerauftrag. Die Gleichstellung ist zwar faktisch verankert, aber noch nicht erreicht. Dies zeigt sich auch in den Bereichen des täglichen Lebens: beispielsweise im Lohnunterschied von stets noch 21 Prozent zum Nachteil der Frauen. Der Gleichstellungsauftrag ist deshalb eine Kernaufgabe der Stadt. Die Fachstelle für Gleichstellung hat eine Querschnittsfunktion und ihr Auftrag besteht darin, die Gleichstellung von Frau und Mann sowohl verwaltungsintern wie auch -extern umzusetzen. Zum Wirkungsfeld gehören nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch private Betriebe sowie Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern. Die Fachstelle verfügt über das Gender-Know-how, das es braucht, um die Umsetzung voranzutreiben. Die Fachstelle kommt dem Gleichstellungsauftrag kompetent und gleichzeitig kostengünstig nach. Es sind nicht viele Personenressourcen vorhanden. Wir wollen nicht, dass dort Abstriche gemacht werden. Auch deshalb nicht, weil der Aktionsplan Gleichstellung nun so gut angelaufen ist und bis ungefähr zur Hälfte umgesetzt wurde. Wir benötigen die weiteren Finanzen, um das Aufgegleiste umzusetzen. Wir bitten, die Anträge der SVPplus-Fraktion auf Streichung abzulehnen.

Christine Michel (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Die Anträge 7-10 zur Kürzung der Fachstelle für Gleichstellung lehnen wir ab. Die Gleichstellung ist nicht realisiert. Immer noch verdienen Frauen für die gleiche Arbeit weniger. Gerade auch in Kaderpositionen sind Frauen, auch in der Stadtverwaltung, untervertreten. Die Stadt Bern hat den Aktionsplan für Gleichstellung und ist damit schweizweit federführend. Neben vielen anderen Massnahmen war auch eine Studie zur Laufbahnentwicklung in der Stadtverwaltung vorgesehen. Im Juni hat eine überparteiliche und stadträtliche Frauengruppe einen Vorstoss für die Einführung einer Geschlechterquote in der Stadtverwaltung eingereicht. Zur Umsetzung brauchen wir bessere Kenntnisse zu den Laufbahnen innerhalb der Stadtverwaltung. Diese werden sehr hilfreich sein. Die budgetierten Mittel für eine solche Studie sind bescheiden. Der Antrag 9 will genau diese streichen. Wir bitten, all diese Kürzungsanträge abzulehnen.

Roland Jakob (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Die SVPplus-Fraktion sagt ganz klar, dass die Gleichstellung keine Kernaufgabe der Gemeinde ist. Es ist auch nicht wichtig zu schauen, wer im Privaten wie viel verdient. Dies ist Aufgabe der Vorgesetzten, der Betriebe, der Eigentümerschaften, die ihre Angestellten entlöhnen und bestimmen, wie viel Lohn sie erhalten. Es ist jedoch Aufgabe, die richtigen Leute am richtigen Ort zu platzieren. Das heisst, es kann genauso gut ein Mann wie eine Frau am richtigen Ort am richtigen Platz sein. Quoten einzuführen ist nicht das richtige Instrument. Gleich verhält es sich mit der Laufbahnentwicklung,

die angesteuert wird. Es ist nicht massgebend, wer wo welche Laufbahn einschlagen konnte oder nicht. Ich bin der Meinung, wer arbeitet, kommt weiter. Es soll schliesslich nicht darum gehen, ob jemand eine Frau oder ein Mann ist, also ob ich diese Person abhängig der Quote befördern kann oder nicht. Die Produkte der Gleichstellung sollten alle irgendwie Früchte tragen. Die Anträge wurden gestellt, weil wir die Früchte nicht sehen. Wer arbeitet, kommt weiter, und wer an einer Quotenregelung hängt, bei dem ist fragwürdig, wie weit er kommt. Ich bitte, unsere Anträge zu unterstützen.

Béatrice Wertli (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Ein Evergreen. Die SVPplus-Fraktion hat, obwohl das bis anhin nie durchkam, gleichwohl Stellung genommen zur Gleichstellung. Die BDP/CVP-Fraktion lehnt alle vier Anträge ab. Man soll das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Zumal wir ohnehin zu wenig Spenglerinnen haben. Gleichstellung ist ein „on-going-case“. Auch wenn man Erfolge erzielt, hat man nach wie vor viele Baustellen: beispielsweise der Mangel an weiblichen Führungskräften in den höheren Etagen oder der Mangel an Studentinnen in den Naturwissenschaften, was wiederum Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Der Auftrag zur Gleichstellung, beispielsweise die Sensibilisierung in den Schulen, ist angelaufen und soll so weitergehen. Insofern lehnen wir die Anträge ab. Wir sind aber auch der Meinung, dass es grundsätzlich Pragmatismus braucht, wenn es um die Gleichstellung geht, so wie wir beispielsweise in unserer Motion vorgeschlagen haben; nämlich, dass Kaderstellen in der Verwaltung vermehrt mit Frauen besetzt werden sollen. Das Wetter kann wieder umschlagen. Wenn einmal die Sonne scheint, kann es wieder Regen geben. Wir haben wieder einmal Stellung genommen und lehnen die vier Anträge der SVPplus-Fraktion ab.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 ab (10 Ja, 63 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 028*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 ab (15 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 029*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 ab (18 Ja, 56 Nein). *Abst.-Nr. 030*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 ab (16 Ja, 58 Nein). *Abst.-Nr. 031*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:57 - 028

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 63 Enthaltungen: 1 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Gubser, Hofer, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Rügsegger

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Espinoza, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfl, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Feuz

Abwesend sind: Elsener, Jost, Mäder, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:57 - 029

Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 56 Enthaltungen: 1 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Eicher, Friedli, Glauser, Gubser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Rub, Rügsegger, Schmidt, Seydoux

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Dana, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfl, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Gafner Wasem

Abwesend sind: Ammann, Elsener, Feuz, Jost, Mäder, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:58 - 030

Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 56 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Eicher, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Dana, Espinoza, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfl, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Jost, Mäder, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-17:58 - 031

Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 58 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Eicher, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Seydoux

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Dana, Espinoza, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Götting, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Jost, Mäder, Penher, Wasserfallen

PRD: Abteilung Kulturelles

- | | | | |
|-----|--|-------------------------------|---|
| 11. | S. 92
Abteilung Kulturelles
(110020) | SP/JUSO,
GB/JA,
GFL/EVP | Erhöhung der Nettokosten um Fr. 100'000.00
auf Fr. 3'307'541.50 zugunsten P110020
Beiträge direkte Förderung ¹⁶ |
| 12. | S. 92
Abteilung Kulturelles
(110020) | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 1'603'770.75
auf Fr. 1'603'770.75 ¹⁷ |
| 13. | S. 93
Abteilung Kulturelles
(110020) | SVPplus
(<i>obsolet</i>) | Änderung der Steuerungsvorgabe 2) Fördern
des zeitgenössischen Kulturschaffens und
des Kulturaustauschs in % der verfügbaren
Mittel (Richtwert minimal 5 % [statt 10 %]) ¹⁸ |

Christine Michel (GB) für die GB/JA!-Fraktion: Wir bitten, den Antrag 11 zu unterstützen. Er macht eine Kürzung bei der direkten Förderung der Kulturschaffenden zum Teil wieder rückgängig. Wir haben bereits damals, als über die Kulturverträge diskutiert wurde, verlangt, dass die Kulturbeiträge gesamthaft betrachtet werden. Der fällige Teuerungsausgleich bei den grossen Kulturinstitutionen soll nicht zulasten der Förderung des individuellen Kulturschaffens gehen. Dass nun genau bei dieser Kategorie Sparmassnahmen ansetzen, weil die anderen Beiträge in Leistungsverträgen gebunden sind, können wir nicht akzeptieren. Die Anträge 12 und 13 lehnen wir ab.

Ruedi Keller (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion beantragt, den Antrag 11 anzunehmen sowie die Anträge 12 und 13 abzulehnen. Das Budget der Abteilung Kulturelles besteht zum grössten Teil aus zwei Komponenten: einerseits aus gebundenen Ausgaben, die über Leistungsverträge auf vier oder zwei Jahre abgeschlossen sind, andererseits aus freien Mitteln für die Förderbeiträge in den einzelnen Sparten. Sie kommen insbesondere der freien Szene zugute. Die SP/JUSO-Fraktion möchte mit ihrem Antrag die Kürzung, die der Gemeinderat vorgenommen hat, rückgängig machen und die Beiträge auf dem diesjährigen Niveau erhalten. Wir bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Die beiden Anträge der SVPplus-Fraktion wären eigentlich nicht umsetzbar, ohne dass die Stadt vertragsbrüchig würde. Sie müsste nämlich den einzelnen Leistungsvertragsnehmenden weniger ausbezahlen als im Leistungsvertrag vereinbart ist. Die Förderbeiträge würden wahrscheinlich ganz wegfallen. Von diesen profitieren übrigens auch Laienchöre und Amateurtheatergruppen der Stadt. Deshalb bitten wir, dem Antrag 11 zuzustimmen sowie die Anträge 12 und 13 abzulehnen.

¹⁶ Wie schon mehrmals gefordert, darf die Ausweitung der Betriebsbeiträge an die subventionierten Institutionen nicht zulasten der freien Kulturszene gehen. So würde immerhin ein Teil aufgefangen.

¹⁷ Da die Steuervorgabe 2 eine Reduktion um 50% ausmacht, ist die Kürzung eine klare Schlussfolgerung!

¹⁸ Gezielte Förderung und nicht Giesskannenprinzip!

Roland Jakob (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Die SVPplus-Fraktion stellt hier zwei Anträge um Kürzung im Kulturbereich. Im Kulturbereich gibt die Stadt Bern bekanntlich sehr viel Geld aus. Sie ist nicht gewillt, dort einmal über die Bücher zu gehen. Sprich: Der Gemeinderat hat dies zwar vor kurzem versucht, aber nun wird die Kürzung automatisch wieder korrigiert. Ich hoffe, Sie werden diesmal richtig abstimmen, damit nicht wieder ein Rückkommensantrag gestellt werden muss. Es ist an der Zeit, auch im Kulturbereich über die Bücher zu gehen. Die Stadt mag sich Vieles leisten, aber nicht alles. Hier sind wir nun an die Grenze gestossen und diese sollte nicht überschritten werden. Bereits Finanzdirektorin Barbara Hayoz hat erwähnt, dass die guten Jahre vorbei sind und die schlechten kommen werden. Auch bei den Kulturschaffenden wird es so sein. Ich bitte, unsere Anträge zu unterstützen.

Daniel Klauser (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Die Anträge 12 und 13 lehnen wir ab. Den Antrag 11 unterstützt die GFL/EVP-Fraktion. Es war auch eine dieser Planungserklärungen, die Ende April erheblich erklärt wurden. Wir sind durchaus der Meinung, dass man im Bereich Kulturelles haushalten und schauen muss, wie die Mittel eingesetzt werden können. Der Gemeinderat hat dies unter anderem im Zusammenhang mit dem Leistungsvertrag mit dem Kunstmuseum auch getan. Im Stadtrat hat man die Kürzung ohne unsere Unterstützung wieder rückgängig gemacht. Wir sind jedoch der Meinung, dass dies nicht zulasten des Produkts „Beiträge direkte Förderung“ gehen kann. Aber wie wir bereits in früheren Debatten zu diesem Thema hervorgehoben haben, sind wir klar der Meinung, dass diesbezüglich etwas geschehen muss. Man soll nicht laufend mehr Geld in die fixen Institutionen und in Häuser stecken mit der Folge, dass letztlich die freie Szene darunter leidet.

Beschluss

1. Der Antrag 11 obsiegt dem Antrag 12 (56 Ja^{SP/JUSO, GB/JA!, GFL/EVP}, 17 Nein^{SVPplus}).

Abst.-Nr. 032

2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 11 zu (43 Ja, 33 Nein). *Abst.-Nr. 033*

Da Antrag 12 abgelehnt wurde, ist Antrag 13 obsolet.

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:03 - 032

Ja-Stimmen: 56 Nein-Stimmen: 17 Enthaltungen: 0 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imhof, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Bartlome, Beuchat, Blaser, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Rüeggsegger, Schneider

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Jost, Leibundgut, Penher, Renner-Bach, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:04 - 033

Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 33 Enthaltungen: 0 Abwesend: 3 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köpfli, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüeggsegger, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Penher, Wasserfallen

PRD: Denkmalpflege

14.	S. 97 Denkmalpflege (120000)	SVPplus	Streichung der Nettokosten von Fr. 766'320.82 der PG120000 Denkmalpflege ¹⁹
15.	S. 97 Denkmalpflege (120000)	GFL/EVP, BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 70'000 auf Fr. 696'320.82 zulasten PG120000 Denkmalpflege ²⁰
16.	S. 97 Denkmalpflege (120000)	BDP/CVP (<i>obsolet</i>)	Eventualantrag, wenn Kürzung abgelehnt wird: Erhöhung der Erlöse um Fr. 40'000 auf Fr. 455'862 ²¹

Daniel Klauser (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Auch der Antrag 15 war eine Planungserklärung: Verzicht auf eine Erhöhung bei der Denkmalpflege. Wir beantragen eine Kürzung um 70 000 Franken, damit man auf einen Betrag kommt, der dem letztjährigen Stand plus zwei Prozent Teuerung entspricht. Wir sind der Meinung, ein Ausbau bei der Denkmalpflege ist nicht angezeigt, gerade im Hinblick auf die Entwicklungen bei den Solaranlagen. Dort soll ein Teil der Bewilligungspflicht wegfallen.

Den Antrag 16, eine Erhöhung der Erlöse bei den Bauberatungen, lehnen wir ab. Wir können nicht unterstützen, dass diejenigen, die bei den denkmalgeschützten Häusern etwas realisieren wollen, dafür bestraft werden sollen, indem sie weitere Auflagen erfüllen und für die Bauberatung noch bezahlen müssen.

Gisela Vollmer (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Wir leben hier im UNESCO-Weltkulturerbe und befinden uns jetzt im Denkmal. Die Stadt ist bekannt für das UNESCO- Weltkulturerbe. Dadurch kommen überhaupt Besuchende nach Bern und verleihen der Stadt das Image. Es bringt auch wirtschaftlichen Nutzen für die Stadt. Denkmalpflege ist Bauqualität und diese hat oftmals mit Lebensqualität der Bewohnenden zu tun.

Die Aufgabe und Wirkungsweise der Denkmalpflege: Sie generiert Wirtschaftswachstum in und verleiht dieser Stadt das Image einer einzigartig erhaltenen mittelalterlichen Altstadt, die auch sozialräumlich noch funktioniert. Sie ist Informations- und Beratungsstelle für Bauende, Forschende und macht Jugendarbeit. Sie beteiligt sich zudem mit Beiträgen an verschiedenen Objekten. Hochkomplizierte Bauprozesse wie sogenanntes intelligentes Bauen erfordern andere Abläufe und führen zu mehr Bauanfragen. Auch Kinder- und Jugendparlament kommen mit Anfragen. Damit übernimmt die Denkmalpflege auch einen wichtigen Anteil an Jugendarbeit. Sie bezieht die künftige Generation in ihrer Arbeit mit ein. Denn Jugendliche, die sich mit dem kulturellen Erbe ihrer Heimatstadt beschäftigen, werden dieses auch später nicht beschmutzen oder zerstören. So haben sich die Anfragen im letzten Jahr verdoppelt. Vor diesem Hintergrund leistet die Denkmalpflege grosse Mehrwerte, vor allem auch für die Hausbesitzenden. Ein sorgfältig saniertes Haus ist ein grosser Mehrwert.

Nun wird der Erfolg der Denkmalpflege zu deren Nachteil. Sie soll dafür abgestraft werden, was aus bürgerlicher Sicht unverständlich ist. Vergleicht man die Kosten, ist festzustellen, dass die gesamte Denkmalpflege einen Sechstel der Polizeikosten verursacht, die im Jahr 2010 für Fussballspiele ausgegeben wurden – sollte man die Denkmalpflege nach dem SVP-

¹⁹ Städtische Denkmalpflege dem Kanton angliedern.

²⁰ Beibehalten Stand PGB 2011 plus 2% Teuerung. Entspricht der Planungserklärung des Stadtrats zum IAFP vom 28. April 2011.

²¹ Bauberatung soll kostenneutral ausgebaut werden, die zusätzlichen Mittel sind den Nutzern in Rechnung zu stellen.

Muster streichen. In den letzten Jahren wurde in der Stadt Bern ein Bauvolumen von annähernd einer halben Milliarde Franken pro Jahr generiert. In diesem Zusammenhang hat die Denkmalpflege 70 000 resp. 40 000 Franken zu streichen. Für jede Kopie müsste sie dann 30 Rappen verlangen. Dies wäre schon mehr als bedenklich. Denkmalpflege ist zudem eine hoheitliche Aufgabe. Die Erhebung von Gebühren ist daher nicht möglich. Die Denkmalpflege ist eine unserer wirtschaftlichen Grundlagen. Weshalb Bürgerliche Beiträge streichen wollen, ist uns nicht klar. Beim ersten Vorstoss von Erich Hess wurde im Protokoll niedergeschrieben, was zu sagen ist: Denkmalpflege auf städtischer Ebene abschaffen ist nicht gratis. Nein, das Sparen in einem für die Stadt existentiellen Bereich führt zum Stellen- und damit zum Leistungsabbau. Aufgrund der fixen Kosten muss die Denkmalpflege zehn Prozent beim Personal einsparen. Das bedeutet schlechtere Dienstleistungen und das können wir uns als Bundesstadt mit Weltkulturerbe nicht leisten. Vor allem bedeutet es mehr Arbeit für den bereits ausgelasteten Mitarbeitendenstab der Denkmalpflege. Dem Anspruch nach Dienstleistungsorientierung zu genügen, ist eine Sache; dies mit zu wenig Personal zu tun, eine andere. Wir bitten, die Anträge abzulehnen und die Denkmalpflege nicht abzubauen.

Roland Jakob (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Auch dies ist ein Evergreen. Uns geht es nicht darum, die Denkmalpflege total zu verbannen, sondern darum, die Denkmalpflege dorthin zu portieren, wo sie hingehört, nämlich zum Kanton. Der Vergleich, die Aufwendungen für die Denkmalpflege würde einen Sechstel der Polizeikosten für Fussballspiele im Jahr 2010 betragen, hinkt ein wenig. Ich finde es schön, dass der Denkmalpfleger neuerdings auch Polizeiaufgaben übernimmt. Aber durch seine Arbeit stört er natürlich in der Wirtschaftswelt unheimlich. Wenn man ein Dach sanieren und noch Minergiestandard erreichen will, ist der Denkmalpfleger der erste, der „grännet“. Will man bei einer Fassade einen Balkon anbauen – auch wenn das Haus noch nicht so lange steht –, ist der Denkmalpfleger der erste, der „grännet“. Wenn man etwas ändern will, auch wenn es nur die Farbe ist, ist der Denkmalpfleger der erste, der „grännet“. Somit hinkt der zuvor genannte Vergleich mit den Polizeiaufgaben doch nicht so stark. Aber es ist nicht Aufgabe der Stadt, Verhinderungsmassnahmen zu ergreifen, sondern die Wirtschaft florieren zu lassen. Das heisst für uns klar: Geben wir das Projekt Denkmalpflege endlich dem Kanton. Oft muss der Denkmalpfleger ohnehin dort nachfragen. So ist sie am richtigen Ort angesiedelt. Wenn dann beim Kanton jemand sagt, der Balkon dürfe nicht gestellt werden, dann hat es mehr Gewicht, als wenn man einfach mit dem Denkmalpfleger zu tun hat, der sich hier willkürlich durch unsere ganze Landschaft verbreitet. UNESCO-Kulturerbe mag etwas Gutes sein. Es geht hier aber nicht um das UNESCO-Kulturerbe, sondern darum, energetische Massnahmen, Solarmassnahmen und Massnahmen zur Effizienzförderung eines Hauses nicht durch eine Stelle in der Stadt Bern zu verhindern. Ich wiederhole es noch einmal: Wir lösen die Denkmalpflege nicht auf, sondern gliedern sie am richtigen Ort an. Der Kanton hat sicher die besseren Befugnismöglichkeiten und weiss genau, was er darf und was nicht. Es wird Zeit, dass man diese Angliederung endlich vollzieht. Wir bitten, unseren Antrag zum Evergreen Denkmalpflege anzunehmen.

Einzelvoten

Daniel Klauser (GFL): Eine Klarzustellung: Man könnte nach dem Votum von Gisela Vollmer den Eindruck gewinnen, wir würden bei der Denkmalpflege kürzen. Unser Antrag bedeutet, dass die Denkmalpflege im Jahr 2012 gleich viele Mittel wie im Jahr 2011 plus zwei Prozent Teuerung erhalten wird. Dies ist keine Kürzung, aber wir lehnen die Erhöhung, die der Gemeinderat im Budget vorsieht, ab.

Luzius Theiler (GPB-DA): Roland Jakob hat nicht sehr qualifiziert, aber wenigstens verdankensweise offen gesagt, worum es geht: Die Denkmalpflege steht dem Profit der Wirtschaft entgegen. Die Denkmalpflege verhindert, dass unser kulturelles Erbe, unsere Überlieferung, die man gerne den Nachfahren weitergeben möchte, ausgebeutet und zerstört wird. Aufgrund von eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Rechtsgrundlagen hat sie dafür einen gesetzlichen Auftrag. Dann ist sie halt manchmal unbequem und manchmal widerspricht sie kommerziellen Interessen. Dies hat mit „gränne“, wie Roland Jakob mehrmals gesagt hat, überhaupt nichts zu tun, sondern mit Pflichterfüllung. Wenn die Denkmalpflege Bedenken gegen ein Bauprojekt hat, dann sind diese begründet – rechtlich oder im Sinn vom Schutz unseres Erbes.

Weshalb diese Erhöhung im Budget? Die Denkmalpflege hat kontinuierlich mehr Aufgaben zu erfüllen. Es gibt das grosse Inventarwerk, in das alle denkmalgeschützten und erhaltenswerten Gebäude aufgenommen wurden. Dieses Inventarwerk muss von Zeit zu Zeit überarbeitet werden. Es kommen neue Objekte dazu und andere fallen vielleicht weg. Dies ist eine riesige Arbeit. Da die Inventare seit Langem nicht mehr überarbeitet wurden, liegt es völlig auf der Hand, dass man in dieser Hinsicht ein wenig mehr Geld benötigt. Es wäre kein gutes Signal fürs Weltkulturerbe Bern, wenn 70 000 Franken gespart würden. Es erstaunt mich ein wenig, von welcher Seite dieser Antrag kommt. Die frühere Ratskollegin, Verena Furrer, würde sich sehr wundern, wenn sie dies wüsste. Vielleicht weiss sie es auch und wundert sich. Übrigens bin ich auch über die ständige Opposition gegen die Denkmalpflege erstaunt – und dies von einer Seite, die politisch die traditionellen Werte schützen möchte. Die Denkmalpflege ist ja gerade die Institution dafür. Ich bitte, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Roland Jakob (SVP): Luzius Theiler möchte ich entgegenhalten: Betrachtet man die Reitschule, wie dort der Denkmalpfleger seine Arbeit verrichtet, dann gratuliere ich recht herzlich. Hier geht es nicht darum, dass man in der Altstadt ein Problem mit der Denkmalpflege hätte. Aber wenn man in einem Aussenquartier in einem Haus aus den 40er, 50er oder 60er-Jahren, das es in zügiger Ausführung gibt, etwas ändern möchte, ist der Denkmalpfleger vor Ort und die ganze Diskussion geht los. Primär ist er nicht ein Förderer, sondern ein Verhinderer. Dies ist der Punkt. Betrachten Sie die Fassade an der Reitschule und dann sagen Sie mir, ob der Denkmalpfleger dort seine Arbeit richtig verrichtet hat.

Beschluss

1. Der Antrag 15 GFL/EVP, BDP/CVP obsiegt dem Antrag 14
(7 Ja^{SVPplus}, 64 Nein^{GFL/EVP, BDP/CVP}). Abst.-Nr. 034
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 15 zu (39 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen). Abst.-Nr. 035

Da die Kürzung angenommen wurde, wird Antrag 16 obsolet.

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:18 - 034

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 64 Enthaltungen: 0 Abwesend: 8 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Hofer, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Rüeggsegger

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bartlome, Elsener, Glauser, Jost, Leibundgut, Penher, Schneider, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:18 - 035

Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 2 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Espinoza, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Klauser, Köppli, Künzler, Lanfranchi, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüeggsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Streit-Stettler, Trachsel, Wertli, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist
 Der Stimme enthalten sich: Grosjean, Trede
 Abwesend sind: Bartlome, Elsener, Jost, Leibundgut, Penher, Wasserfallen

PRD: Stadtentwicklung

- | | | | |
|-----|--|---|--|
| 17. | S.103
Stadtentwicklung
(130100) | GFL/EVP,
BDP/CVP
(<i>Rückzug</i>
GFL/EVP) | Kürzung der Nettokosten um Fr. 200'000 auf Fr. 2'083'275.05 zulasten PG130100 Stadtentwicklung und Statistik ²² |
| 18. | S. 103
Stadtentwicklung
(130100) | GR | Kürzung der Nettokosten der PG 130100 Stadtentwicklung und Statistik um Fr. 50'000 auf Fr. 2'233'275.05 ²³ |
| 19. | S. 103
Stadtentwicklung
(130100) | GLP | Streichung der Nettokosten von 2'283'275.05 der PG130100 Stadtentwicklung und Statistik ²⁴ |

Daniel Klauser (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Wir sprechen auch wieder über einen Abschnitt, der auf Planungserklärungen zurückgeht. In der Planungserklärung war beabsichtigt, dass der Ausbau von 200 000 Franken bei der Stadtplanung, den wir im nächsten Abschnitt diskutieren werden, bei der Stadtentwicklung kompensiert werden soll. Der Gemeinderat stellt nun selber einen Antrag und möchte einen Teil bei der Stadtentwicklung kompensieren, nämlich 50 000 Franken. **Wir ziehen deshalb Antrag 17 zugunsten des Antrags 18 des Gemeinderats zurück.** Antrag 17 bleibt bestehen, weil ihn noch eine andere Fraktion gestellt hat. Die GFL/EVP-Fraktion wird also bei einer Gegenüberstellung Antrag 18 bevorzugen und dann in der Konsequenz den Ausbau bei der Stadtplanung auf 50 000 Franken beschränken. Dies heisst: **Sofern Antrag 18 angenommen wird,** müsste unser **Antrag 20 modifiziert** werden; also eine Kürzung um 150 000 Franken und nicht um 200 000 Franken.

Präsidentin *Vania Kohli*: Ich möchte die BDP/CVP-Fraktion anfragen, ob sie wie die GFL/EVP-Fraktion vorgehen oder an ihrem Antrag festhalten möchte.

Michael Köppli (GLP) für die GLP-Fraktion: Wir haben dies hier bereits mehrfach erwähnt und auch von anderen Fraktionen kamen bereits Voten oder Vorstösse in diese Richtung. Wir sind überzeugt, dass die Stadtplanung und die Stadtentwicklung zusammengehören und damit effizienter und zielführender wären. Dies bestätigen auch immer wieder Rückmeldungen, die wir von verschiedenen Personen, die Kontakt mit diesen Ämtern gehabt haben, erhalten. Deshalb möchten wir im Rahmen des Budgetprozesses diese Zusammenführung vollziehen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich bitte, dem Antrag des Gemeinderats, die 50 000 Franken von der Stadtentwicklung ins Stadtplanungsamt zu verschieben, zuzustimmen. Ich denke, wenn man einfach eine Stelle verschieben möchte, müsste man auch die Aufgaben transferieren. Wir versuchen nun, die Aufgaben nicht zu verschieben, sondern einen Teil bei der Stadtentwicklung einzusparen und diesen als Ressourcengewinn dem Stadtplanungsamt zuzuführen. Dies macht meines Erachtens Sinn. Zur Zusammenlegung Stadtplanung und

²² Kompensation Ausbau Stadtplanung gemäss Planungserklärung des Stadtrats zum IAFP vom 28. April 2011.

²³ Teilerfüllung der Planungserklärung des Stadtrats zum IAFP vom 28. April 2011.

²⁴ Zusammenlegung von Stadtentwicklung und Stadtplanungsamt, dabei sind wie beantragt knapp 600'000 Franken einzusparen.

Stadtentwicklung wurde ein Postulat erheblich erklärt. – Es wird nun zur Norm: Sobald man Aufträge gibt, pflegt man sie, bevor die Antwort folgt, bereits wieder mit einem Antrag vorzuziehen. Dies haben wir bereits bei den Gemeinderatslöhnen gehört. – Warten wir nun doch das Postulat ab, das der Gemeinderat am Bearbeiten ist. Wir werden Ihnen die Argumentation für und gegen die Zusammenlegung noch liefern. Bis dahin möchte ich Sie bitten, Geduld zu haben. Zusammenlegen heisst nichts anderes, als dass man alles von einem zum anderen Ort verschiebt. Dies ist in Anbetracht des Ganzen nicht besonders effizient. Sie wollen dann auch gleich 600 000 Franken kürzen. Das sind alles Löhne und hiesse, einige Personen zu entlassen. Wir zeigen vielleicht dort noch einmal im Detail auf, wie viele Löhne auf wie viele Ausgaben entfallen. Es ist nach wie vor so, dass rund die Hälfte des Budgets der Stadtentwicklung die Statistikdienste ausmachen. Damit sind wir eine der schlanksten Statistikdienste im Benchmark in diesem Land. Ich bitte, den Antrag des Gemeinderats zur Kürzung um 50 000 Franken zu unterstützen und die restlichen Anträge abzulehnen.

Beschluss

1. Der Antrag 17 BDP/CVP obsiegt dem Antrag 19 (47 Ja^{BDP/CVP}, 24 Nein^{GLP}). Abst.-Nr. 036
2. Der Antrag 18 Gemeinderat obsiegt dem Antrag 17 (30 Ja^{BDP/CVP}, 40 Nein^{GR}). Abst.-Nr. 037
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 18 zu (68 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 038

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:23 - 036

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: 24 Enthaltungen: 0 Abwesend: 8 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Götting, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Michel, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden

Nein gestimmt haben: Ammann, Bertschy, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köppli, Meyer, Neeracher, Rub, Schmidt, Seydoux, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Leibundgut, Mordini, Penher, Rügsegger, Theiler, Wasserfallen, Zobrist

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:23 - 037

Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 40 Enthaltungen: 0 Abwesend: 9 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köppli, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Chheng, Espinoza, Frieden, Gasser, Götting, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Feuz, Fischer, Leibundgut, Mordini, Penher, Rügsegger, Theiler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:24 - 038

Ja-Stimmen: 68 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 1 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gasser, Glauser, Götting, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Beuchat, Gafner Wasem, Hofer, Imhof

Der Stimme enthalten sich: Schneider

Abwesend sind: Elsener, Jost, Leibundgut, Penher, Rügsegger, Wasserfallen

PRD: Stadtplanung

20. S. 117
Stadtplanung
(170500)

GFL/EVP (obso-
let, da Antrag 18
angenommen)

**Eventualantrag, falls Kürzung Stadt-
entwicklung abgelehnt:**

Kürzung der Nettokosten um Fr. 200'000
auf Fr. 4'454'188.75 zulasten PG170500
Stadtplanung²⁵

²⁵ Verzicht auf zusätzliche Mittel.

20. mod.	S. 117 Stadtplanung (170500)	GFL/EVP	Modifizierter Eventualantrag, falls Antrag 18 angenommen wird: Kürzung der Nettokosten um Fr. 150'000 auf Fr. 4'454'188.75 zulasten PG170500 Stadtplanung
21.	S. 117 Stadtplanung (170500)	GLP (<i>obsolet</i>)	Eventualantrag, wenn Antrag GLP Stadtentwicklung angenommen: Erhöhung der Nettokosten um Fr. 1'700'000 auf Fr. 6'354'188.75 ²⁶

Präsidentin *Vania Kohli*: Die Anträge 20 und 21 werden somit obsolet.

Daniel Klauser (GFL): Wie ich bereits in meinem Votum von vorhin erwähnt habe: Wir haben unseren Antrag 17, Kürzung um 200 000 Franken bei der Stadtentwicklung, zugunsten des Antrags des Gemeinderats zurückgezogen. Dann habe ich gesagt, falls dieser angenommen würde, würden wir unseren Eventualantrag modifizieren: 200 000 Franken minus 50 000 Franken, also eine Kürzung um 150 000 Franken. Die Zahl müssten die beiden anwesenden Herren der Finanzverwaltung noch ergänzen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. In der Planung haben wir Rückstände, die wir dringend aufholen sollten. Wenn wir letztlich unsere Ziele, nämlich mehr Wohnungsbau, mehr bebaubares Land und damit auch mehr Aufträge fürs Baugewerbe, erreichen wollen, müssen wir am Anfang noch mehr planen. Ich weiss: Wir führen die Diskussion, dass man einzelprojektweise Kredite holen kommt. Nichtsdestotrotz benötigt die Stadtplanung eine gewisse Zusatzressource, um beispielsweise auch die extern vergebenen Planungsaufträge in Zukunft auch verwaltungsintern bearbeiten zu können. In dem Sinn bitte ich, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Präsidentin *Vania Kohli*: Wir kommen zur Abstimmung über den modifizierten Antrag 20 der GFL/EVP-Fraktion: statt eine Kürzung um 200 000 Franken eine um 150 000 Franken.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem modifizierten Antrag 20 der GFL/EVP-Fraktion zu (42 Ja, 32 Nein).

Abst.-Nr. 039

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:26 - 039

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Espinoza, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gutzwiller, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köppli, Künzler, Lanfranchi, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Seydoux, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Wertli, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gubser, Gül, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Leibundgut, Penher, Rüegegger, Wasserfallen

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

²⁶ Zusammenlegung von Stadtentwicklung und Stadtplanungsamt, dabei sind wie beantragt knapp 600'000 Franken einzusparen.

SUE: Amt für Umweltschutz

22.	S. 142 Amt für Umweltschutz (220140)	FSU	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 377'000 auf Fr. 1'282'600.75 zugunsten P220140 Lokale Agenda 21 ²⁷
23.	S. 142 Amt für Umweltschutz (220140)	Finanz- delegation	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 150'000.00 auf Fr. 1'055'600.75 zugunsten P220140 Lokale Agenda 21 (anstelle Antrag FSU)
24.	S. 142 Amt für Umweltschutz (220140)	SVPplus	Streichung der Nettokosten von Fr. 905'600.75 des Produkts P220140 Lokale Agenda 21 ²⁸
25.	S. 144 Amt für Umweltschutz (220140)	SVPplus	Streichung der Steuerungsvorgabe 6) Aktionstag nachhaltige Mobilität
26.	S. 144 Amt für Umweltschutz (220140)	SVPplus	Streichung der Steuerungsvorgabe 7) Realisierte Projekte Lokale Agenda 21
27.	S. 144 Amt für Umweltschutz (220150)	FSU	Streichung Steuerungsvorgabe 9) und 10)
27.a. neu	S.144, Amt für Umweltschutz (220150)	GFL/EVP	Umwandlung der Steuerungsvorgaben 9) und 10) in Kennzahlen.
28.	S. 144 Amt für Umweltschutz (220140)	FSU	Änderung Steuerungsvorgabe 11) Durchführung autofreie Sonntage: 1 [statt 0]
28.a. neu	S.144 Amt für Umweltschutz (220140)	SP/JUSO	Änderung Steuerungsvorgabe 11) Durchführung autofreie Sonntage: 2 [statt 0].
29.	S. 144 Amt für Umweltschutz (220140)	SVPplus	Streichung Steuerungsvorgabe 11) Durchführung autofreie Sonntage

Referentin FSU *Corinne Mathieu* (SP): Zuerst möchte ich mich im Namen der Kommission für die konstruktiven Gespräche mit den Direktionen SUE und FPI bedanken. Unsere Fragen wurden jeweils ausführlich und zu unserer Zufriedenheit beantwortet.

Zum PGB 2012 der SUE: Die FSU stellt einen finanzrelevanten Antrag: nämlich auf Erhöhung der Nettokosten der Produktgruppe Umweltschutz zugunsten des Produkts „Lokale Agenda 21“ um 377 000 Franken. Dies mit Stichentscheid des Präsidiums. Der Antrag der FD um Erhöhung dieser Produktgruppe um nur 150 000 Franken wurde ebenfalls mit Stichentscheid abgelehnt.

Die Kommission bedankt sich beim Gemeinderat, dass er im Jahr 2011 wieder einen autofreien Sonntag durchgeführt hat. Im Jahr 2012 war ursprünglich keine Aktion vorgesehen, denn man wollte zuerst den Aktionstag 2011 analysieren. Allerdings ist die Kommission der Ansicht, dass ein autofreier Sonntag pro Jahr das absolute Minimum ist, da vom Stadtrat erheblich erklärte Vorstösse vorliegen, die vier autofreie Sonntage pro Jahr vorsehen. Dies ergibt auch eine Änderung bei der zugehörigen Steuerungsvorgabe: Hier beantragt die Kommission

²⁷ Seit 2004 wird der Wille des Parlaments (4 autofreie Sonntage pro Jahr) nur zögerlich umgesetzt. Nachdem am 3. Juli 2011 ein sehr erfolgreicher autofreier Sonntag stattgefunden hat, soll die Berner Bevölkerung auch 2012 wieder von einem solchen Tag profitieren können.

²⁸ Keine Werbeagentur zulasten der Steuerzahler.

die Änderung von 0 auf 1, das heisst, die Durchführung eines autofreien Sonntags im Jahr 2012.

Zusätzlich beantragt die Kommission bei der PG „Umweltschutz“ die Steuerungsvorgaben 9 und 10 ersatzlos zu streichen, da nicht beeinflussbar.

Bei der Sanitätspolizei scheinen sich die Dinge zu klären, aber nicht zugunsten der Stadt. Sanitätspolizei und Sanitätsnotruf haben verschiedene Verträge. Die Notrufzentrale (NRZ) hat einen Vertrag über 2,9 Mio. Franken. Diese wird vollumfänglich vom Kanton getragen, und hier fliessen auch Akontozahlungen. Der Vertrag mit den Rettungsdiensten lief in der Vergangenheit über 3,8 Mio. Franken. Fürs Jahr 2011 hat noch kein Vertragsabschluss stattgefunden. Man ist allerdings zuversichtlich, dass ein Vertrag abgeschlossen werden kann; letztes Jahr wurde der Vertrag fürs 2010 auch erst im Oktober unterzeichnet. Fürs Budget 2012 wurde ein Nettoerlös von 10 000 Franken budgetiert. Anscheinend ist es das Ziel des Kantons, der Stadt keinen Gewinn mehr zu ermöglichen, damit man nicht sagen könnte, der Kanton subventioniere die Stadt.

Bei der Feuerwehr wurden die Auswirkungen der Haushaltverbesserungsmassnahmen thematisiert. Gemäss Auskunft der Verwaltung hat es trotz Verzicht auf die Lehrgänge in den kommenden zwei Jahren genug Personal. Ab dem Jahr 2014 muss aber unbedingt wieder ein Ausbildungslehrgang stattfinden. Zudem wird im Jahr 2012 der Unterhalt der Zivilschutzanlagen heruntergefahren. Es müssen nicht mehr sämtliche Zivilschutzanlagen ad hoc einsatzbereit sein. Aus diesem Grund beantragt die Kommission die Festlegung der Steuerungsvorgabe bei dieser Produktgruppe auf 85 Prozent.

Das Polizeiinspektorat (PI) steht im nächsten Jahr vor einigen Herausforderungen. Die Inkrafttretung des Prostitutions- und des Integrationsgesetzes werden für die Stadt Mehraufwand und auch Mehrkosten zur Folge haben. Die Schätzung der Mehrkosten beim Prostitutionsgesetz beläuft sich auf ungefähr 400 000 Franken. Ein Teil dieser Mehrkosten wird möglicherweise durch Gebühren abgegolten. Detaillierte Zahlen sind aber aktuell nicht eruierbar.

Das Thema der Gebührenbefreiung löste eine angeregte Diskussion aus. Der Gemeinderat sieht hier eine Einsparung von 200 000 Franken fürs Jahr 2012 vor. Konkret bedeutet dies, dass einerseits weniger Gebührenbefreiungen gewährt oder einzelne Gebührenbefreiungen gekürzt werden. Für einzelne Veranstaltende wird dies sehr schmerzhaft werden, vor allem für diejenigen mit einem kleinen Budget. Grundsätzlich versucht man zu berücksichtigen, ob eine Veranstaltung vollständig gewinnorientiert ist oder nicht. Aber die berühmte Zitrone ist anscheinend bereits ausgepresst. Über die Kriterien „kommerziell“ oder „kulturell“ lässt sich nach Angaben des Gemeinderats nicht mehr viel steuern. Die Kommission hat sich dafür entschieden, keinen Antrag auf Rückgängigmachen dieser Kürzung zu stellen. Allerdings ist sie der Ansicht, dass ideelle, nicht-kommerzielle Anlässe bevorzugter behandelt werden sollen als rein kommerzielle. Aus dieser Diskussion resultieren zwei Anträge bei den Steuerungsvorgaben betreffend Änderung/Ergänzung des Texts der Steuerungsvorgabe 4. Im Kommentar der Steuerungsvorgabe soll festgehalten werden: vom Gemeinderat gewährte Gebührenbefreiungen und Kostenerlasse, die Anzahl der nachträglich gewährten Kostenerlasse sowie deren Höhe.

Beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS) wird im Jahr 2012 nebst dem Umzug auch das neue Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz, das am 1. Januar 2013 in Kraft tritt, viel Arbeit geben. Die grösste Belastung im EKS ist sicher die Ungewissheit, wohin das EKS politisch kommt. Im Halbjahresrhythmus werden neue organisatorische Lösungen vorgeschlagen. Die Mitarbeitenden wissen nicht, ob sie per 1. Januar 2013 Angestellte des Kantons, der Stadt oder des Regierungsstatthalteramts sein werden. Grundsätzlich kann man mit allen Varianten leben. Wenn das EKS kantonalisiert wird, profitiert die Stadt finanziell gar nicht und die Schnittstellen werden komplizierter. Bern ist in der Lage, ein kommunales Modell durchzu-

führen. Eine andere Belastung für die Mitarbeitenden des EKS stellen Fälle wie die Tötungsdelikte in Pfäffikon dar.

Die Kommission empfiehlt das Budget der SUE mit 7 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zur Annahme.

Referentin FD *Kathrin Bertschy* (GLP): Zu den Anträgen 22 und 23: Die FD empfiehlt, die Nettokosten zugunsten der „Lokalen Agenda 21“ nur um 150 000 Franken statt um 377 000 Franken zu erhöhen. Deshalb stellt sie hier einen eigenen Antrag. Dieser wurde mit 4 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen. Falls er bei der Gegenüberstellung dem Antrag 22 unterliegen sollte, empfiehlt sie den Antrag 22 auf Erhöhung der Nettokosten um 377 000 Franken mit 3 Ja- zu 4 Nein-Stimmen zur Ablehnung. Die Änderungen der Steuerungsvorgaben, die weiteren Anträge der FSU, hat die FD allesamt einstimmig zur Annahme empfohlen.

Beat Zobrist (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Bei den Anträgen 22-29 geht es ums bekannte Streitobjekt autofreie Sonntage. Die Anträge der SVPplus-Fraktion lehnen wir selbstverständlich ab. Die SP/JUSO-Fraktion schliesst sich mehrheitlich auch dem Antrag der FSU – Erhöhung der Nettokosten um 377 000 Franken – nicht an. Sie unterstützt jedoch den Antrag der FD: Erhöhung um 150 000 Franken. Dies mit der Einschätzung, dass wahrscheinlich der Antrag der FSU im Gegensatz zum Antrag der FD im Stadtrat leider nicht mehrheitsfähig ist. Aufgrund der Kostenaufstellung, die der Gemeinderat dem Stadtrat im März 2007 vorgelegt hat, ist es völlig klar, dass der Betrag von 150 000 Franken für mehr als für einen autofreien Sonntag ausreicht. Der Gemeinderat hat damals Kostenaufstellungen mit vier Varianten präsentiert. Unter anderem die Variante „ganz mager“ für 15 000 Franken und die Variante „Totalbefreiung der Stadt“ für 170 000 Franken. Wir machen nun beliebt, die mittlere Variante A zu wählen, mit der Grösse Innenstadt plus Aarebogen. Dafür hat der Gemeinderat 64 000 Franken veranschlagt. Also zweimal 64 000 Franken gibt 128 000 Franken. Ein bisschen Teuerung einberechnet, reicht dies für zwei autofreie Sonntage. **Wir stellen deshalb den Antrag, die Steuerungsvorgabe von 0 auf 2 zu erhöhen.** Es muss ja nicht gerade wie im Jahr 2011 ein Berner Stadtfest sein. Die Wohnbevölkerung weiss es sicher zu schätzen, wenn vielleicht auch nur die Innenstadt oder zumindest ein dem entsprechendes Gebiet von zwei Quartieren vom Verkehr befreit wird. Sie hat ja auch die Sonntagsinitiative angenommen. 150 000 Franken sind sehr bescheiden. Es ist komisch: Wir grünen Parteien schlucken murrend Kosten von zwanzigmal 200 000 Franken pro Jahr für Hochrisikospiele oder eine Million Franken zum Schutz eines sogenannten Familienfests einer dauerprovozierenden Rechtsausser-Partei. Bei den eigenen Anliegen, die wir nicht zur Verhütung von Gewalt, sondern für die Lebensqualität, für Freude und Plausch der Stadtbevölkerung wollen, demonstrieren wir dann unseren Sparwillen. Wir eiern herum, taktieren, haben ein schlechtes Gewissen, benehmen uns päpstlicher als der Papst und haben Angst vor dem ewigen Geheule einer kleinen Minderheit. Deshalb wiederhole ich: Die 150 000 Franken für zwei autofreie Sonntage sind eine bescheidene Vorgabe und endlich einmal ein Schritt in Richtung dieser Motion, die wir vor 10 Jahren eingereicht haben, nämlich vier autofreie Sonntage.

Rahel Ruch (JA!) für die GB/JA!-Fraktion: Wie Beat Zobrist bereits erwähnt hat, sind die autofreien Sonntage ein altes Thema, das auf eine Motion zurückgeht, die der Stadtrat im Jahr 2004 erheblich erklärt hat und die Einführung von jährlich vier autofreien Sonntagen forderte. Der Gemeinderat hat dies stets wieder verschleppt. Nur dank dem Intervenieren des Stadtrats beim Budget hat dieses Jahr endlich ein autofreier Sonntag durchgeführt werden können. Ein Viertel des Auftrags ist bis anhin erfüllt und bereits will der Gemeinderat diesen autofreien Sonntag wieder aus dem Budget streichen. Wir müssen nun dafür besorgt sein, dass wir auch

im Jahr 2012 mindestens einen autofreien Sonntag haben. Mittlerweile sollte allen bekannt sein, dass solche Tage die Auseinandersetzung mit dem Mobilitätsverhalten fördern und sicher sinnvoller sind als ein Familienfest mit 1000 Polizistinnen und Polizisten rundherum. Die GB/JAI-Fraktion fordert dazu auf, dem Antrag 22 der FSU zuzustimmen. Wir ziehen diesen Antrag dem Antrag 23 der FD vor. Was die Steuerungsvorgaben anbelangt, stimmen wir dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion auf Erhöhung von 0 auf 2 autofreie Sonntage zu. Den andern FSU-Anträgen stimmen wir zu. Die umweltfeindlichen Anträge der SVPplus-Fraktion lehnen wir ab.

Jimmy Hofer (parteilos) für die SVPplus-Fraktion: Was man da von meinen Vorrednern alles hören muss, geht auf keine Kuhhaut. Ich lese hier, dass am 3. Juli 2011 ein autofreier Sonntag durchgeführt worden ist. Unglaublich: Mit dieser geringen Anzahl an Leuten, die dort teilnahmen, kostete es 377 000 Franken, um ein solches Ökofestchen zu subventionieren. Der Antrag 22 ist abzulehnen. Auch den Antrag 23 lehnen wir ab. Es geht nicht an, dass man den Ökoteror noch staatlich subventioniert. Zum Familienfestchen: Wenn die linke Terrorbande aus der Reithalle nicht dermassen Drohungen ausgestossen hätte, hätte es auch nicht so viel Polizei benötigt. Aber wenn man schreibt: „Welcome to hell“ in der Absicht, alle zu schlagen, die anderer Meinung sind, dann muss man halt die Polizei aufbieten, um die Radau- und Krawallbrüder im Zaun zu halten, damit nicht wieder dasselbe geschieht wie letztes Mal. Der Antrag 25 zu den Aktionstagen nachhaltige Mobilität kann ersatzlos gestrichen werden. Es geht nicht an, dass die Stadt Jahr für Jahr die linken und die grünen Träume subventioniert und die Linken und Grünen sich breit machen können – und das auf Staatskosten. Die vier autofreien Sonntage sind abzulehnen. Die Realität sieht manchmal etwas anders aus als die ideologische Träumerei.

Barbara Streit-Stettler (EVP) für die GFL/EVP-Fraktion: Beim Amt für Umweltschutz ist uns vor allem sauer aufgestossen, dass der nächste autofreie Sonntag erst im Jahr 2013 stattfinden soll. Für die GFL/EVP-Fraktion ist klar, dass auch im Jahr 2012 und nicht erst im Jahr 2013 ein solcher Sonntag durchgeführt werden soll. Gemeinderat Reto Nause hat in seiner Rede zum ersten autofreien Sonntag am 3. Juli 2011 erklärt, dass daraus eine kleine, aber feine Tradition entstehen soll. Dies geht aber nur, wenn der autofreie Sonntag auch jedes Jahr stattfindet. Der erste autofreie Sonntag war notabene ein Erfolg und hat bei der Bevölkerung viel Freude ausgelöst. Es lohnt sich, diese Sonntage weiterzuführen. Bekanntlich stehen nun zwei Anträge zur Debatte: Der eine will den Betrag um 377 000 Franken, der andere um 150 000 Franken aufstocken. Dies führt bei der GFL/EVP-Fraktion zu einem Zielkonflikt. Einerseits ist uns das Umweltbewusstsein sehr wichtig, andererseits möchten wir auch gesunde Stadtfinanzen. Wir werden deshalb den Antrag, der eine Erhöhung um 150 000 Franken fordert, unterstützen, weil wir der Meinung sind, dass wir mit diesen gestrichenen 150 000 Franken fürs Stadtfest den autofreien Sonntag durchführen können. Es gibt durchaus Möglichkeiten, diesen auch mit weniger Geld und ebenso wirkungsvoll zu gestalten. Beispielsweise könnte dieser in einem Quartier stattfinden, das ein lebendigeres Quartierleben hat als das Kirchenfeld oder der Eigerplatz. So könnten auch die Strukturen des Quartiers einbezogen werden. Man könnte auch ein traditionelles Quartierfest integrieren. Eine andere Möglichkeit, die wir diskutierten, war, einen Slow-up, der dann mit der Region koordiniert werden müsste, anzustreben. Wir werden auch dem Antrag 28.a. – zwei autofreie Sonntage –, den die SP/JUSO-Fraktion eingereicht hat, folgen. Ihre Argumente haben uns überzeugt. Zum Antrag 27 stellen wir einen **Gegenantrag**: Wir möchten die Steuerungsvorgaben nicht einfach streichen, sondern sie in Kennzahlen umwandeln. Die Kennzahl 9 müsste heissen: „Eigenverbrauch an elektrischer Energie“ und die Kennzahl 10: „Eigenverbrauch an fossiler Ener-

gie“. Wir sehen zwar ein, dass diese Steuerungsvorgaben wenig Sinn machen, wir möchten aber dennoch wissen, wie es mit dem Energieverbrauch in der Stadtverwaltung weitergeht.

Roland Jakob (SVP): Ich möchte mich hier zum Thema Lokale Agenda 21 und autofreie Sonntage äussern. Eine Replik an Beat Zobrist zur Aussenrechts-Partei. Wir sind eine sehr grosse Partei – nicht aussen rechts, wir sind eine Volkspartei. Sie wollen uns stets rassistische Äusserungen anhängen – vielleicht sollten die Linksparteien einmal bei sich selber wischen. In dieser Hinsicht sollten Sie ein wenig vorsichtig sein.

Wenn der Stadtrat einen autofreien Sonntag fordert, soll er ihn auch autofrei machen. Also kein Fest, kein Auto, dann gibt es nichts auf den Strassen und es werden nicht im Vorfeld mit Traktor und Lastwagen Sachen aufgestellt. Autofrei bedeutet: nichts, auch kein Fest für Sie. Wenn Sie festen wollen, machen Sie dies zuhause, in der Wohnung oder im Garten. Aber geben Sie nicht Steuergelder aus. Und wenn Sie Freunde brauchen, gehen Sie auf Facebook, aber nicht auf die Strasse, um sich irgendwie Freunde zu ergattern.

Zur Lokalen Agenda 21: Diese wird allmählich zur Event-Agentur umfunktioniert. Es ist doch nicht deren Aufgabe, Feste zu organisieren. Sonst kommt Stadtpräsident Alexander Tschäpät tatsächlich nicht dazu, ein Stadtfest im Sinn des Stadtrats zu organisieren zu müssen. – Wir sind keine Partyvereinigung. Wenn Sie Kolleginnen und Kollegen benötigen, dann sagen Sie es mir! Ich komme mit Ihnen auch etwas trinken. Aber geben Sie keine Steuergelder aus. Wenn schon ein autofreier Sonntag, dann korrekt und konsequent, von A bis Z. Also nicht am Vortag alles herbringen und dann alles wieder wegräumen. Dies hat dann mit Ökobilanz nichts mehr zu tun. Oder Sie können alles selbst hintragen. Ich werde dann mit Freuden zuschauen.

Bei den anderen Vorgaben ist klar, wenn die Lokale Agenda 21 gestrichen wird, werden sich auch die Steuerungsvorgaben entsprechend verändern. Deshalb bitte ich, unsere Anträge zu unterstützen. Und auf die nächste Party, die Sie mit Steuergeldern veranstalten, freue ich mich bereits jetzt.

Alexandre Schmidt (FDP): Niemand im Stadtrat konnte bis anhin folgende Wahrheiten widerlegen: Der autofreie Sonntag beruht bestenfalls auf einer geheimnisvollen gesetzlichen Grundlage. In einem Rechtsstaat geht das nicht. Beim letzten Event hatten wir sehr hohe Kosten. Der Betrag von 377 000 Franken wird stets genannt. Wenn man die Leistung der Verwaltung, die Stunden der Polizeipräsenz und gewisse Sponsoren wie ewb, die auch halbstaatlich waren, dazurechnet, hat diese Veranstaltung über eine halbe Million Franken gekostet. Und das bei vielleicht 10 000 Teilnehmenden. Wir haben pro teilnehmende Person 50 Franken für einen autofreien Sonntag aufgewendet. Weiter trifft zu, dass dieser Anlass der Umwelt nichts genützt hat, denn er provozierte nur Umwegverkehr. Es mussten weitere Strecken gefahren werden und es gab Leute, die ihren Weg nicht mehr fanden. Die Bilanz für die Umwelt war nicht gut. Niemand kann mir glaubhaft machen, dass er wegen des autofreien Sonntags sein Verhalten geändert hat. Deshalb ist dieser Anlass nicht nachhaltig. Zudem hat die Vollsperrung von ganzen Quartieren zu einer grossen Verärgerung bei weiten Bevölkerungskreisen geführt. Es kann bei weitem nicht von Erfolg gesprochen werden. Die FDP-Fraktion hat ein Gegenkonzept vorgeschlagen: Gegen Abgabe von Autoschlüsseln könnten SBB-Tagesstreckenkarten abgegeben werden. Dies hätte zweifellos nicht diese negativen Begleiterscheinungen des autofreien Sonntags.

In Anbetracht der Anträge und Voten, die nun noch gekommen sind, kann nur noch von Chaos gesprochen werden. Die einen wollen einen autofreien Sonntag, andere zwei und dritte wollen vier autofreie Sonntage. Die einen wollen dies zum Nullpreis, andere für 377 000 Franken plus Verwaltungskosten, dritte wollen irgendetwas dazwischen haben: 150 000 Franken, wie auch immer. Einige wollen in andere Quartiere ausweichen, andere wollen Vollsperrung

der ganzen Stadt oder noch mehr Quartiere einbeziehen. Was auch immer heute beschlossen wird, sofern etwas pro autofreier Sonntag beschlossen wird: Es ist ein vollständiges Gemurkse. Ich könnte Sie morgen fragen, was wir heute beschlossen haben. Niemand könnte mir sagen, wie viele Franken für wen und durch wen ausgegeben werden dürften. Dies alles geschieht ohne saubere gesetzliche Grundlage. Der Gemeinderat konnte bis anhin nicht hervorzubern.

Michael Köpflí (GLP): Ich gebe meinem Vorredner in einem Punkt Recht. Der autofreie Sonntag ist hinsichtlich Klimaschutz per se nicht wirklich wirksam, aber er hat eine ganz wichtige Funktion bei der Sensibilisierung für das Thema nachhaltige Mobilität. Deshalb ist die GLP-Fraktion auch dafür, dass nicht gerade vier, aber ein autofreier Sonntag durchgeführt wird. Was aber ganz entscheidend ist: Ein autofreier Sonntag macht nur dann Sinn, wenn man ihn mit einem Rahmenprogramm kombiniert. Falls nur die Strassen gesperrt werden und sonst nichts geschieht, entfällt die sensibilisierende Wirkung.

Wir bitten, dem Antrag 23 der FD zuzustimmen und die 150 000 Franken anstelle eines Stadtfests ins Budget aufzunehmen. Das Stadtfest wurde gestrichen und deshalb ist ein autofreier Sonntag budgetneutral durchführbar. Wir haben damals argumentiert, dass ein Stadtfest nicht zwingend sei, wenn man beispielsweise einen autofreien Sonntag mit Rahmenprogramm habe. Aber bitte bei den Steuerungsvorgaben nur einen und nicht zwei autofreie Sonntag aufführen. Denn wie man mit 75 000 Franken einen autofreien Sonntag durchführen will, ist mir schleierhaft. Damit kann nichts Wirkungsvolles gestaltet werden.

Giovanna Battagliero (SP): Ich kann es mir nicht verkneifen. Man hat uns gesagt, man solle doch zuhause oder im Garten feiern. Ich weiss nicht, wie es Ihnen ergeht, aber ich feiere meine Familienfeste zuhause im Garten, und sie kosten keine Million.

Direktor SUE *Reto Nause*: Wenn ich hier erlebe, wie die Emotionen hochgehen, wie die Köpfe rot werden, dann hat der Gemeinderat meines Erachtens das beste Rezept: Wir nehmen nämlich im Jahr 2012 ein Time-Out, damit alle wieder auf den Boden kommen. Das Konzept des Gemeinderats ist klar: Er will alle zwei Jahre einen autofreien Sonntag durchführen, aber dann richtig. Wie Sie im IAFP 2013 gesehen haben, ist der autofreie Sonntag wieder aufgeführt. Dies bietet uns die Gelegenheit, die Erfahrungen auszuwerten und das Konzept zu verfeinern. Gemäss heutiger Diskussion weiss ich nicht so genau, wie nun ein gutes Konzept für alle aussehen könnte. Das Time-Out würde uns die Möglichkeit bieten, die Evaluation zum autofreien Sonntag dieses Jahr sauber und seriös abzuschliessen. Deshalb lehnt der Gemeinderat den Antrag 22 auf Aufstockung ab. Der Gemeinderat lehnt aber auch den Antrag 23 der FD ab. Dieser ist weder Fisch noch Vogel. Man versucht politisch ein kleines Zeichen zu setzen, damit man sich irgendwie nicht ganz untreu wird. Aber mit den Mitteln, die hier vorgesehen wären, stellt sich die Frage: Was ist denn überhaupt bezahlt? Beahlt wären die Infrastruktur, die Absperrungen, die Bewilligungen, die Gebühren und die Signalisation. Was Sie für dieses Geld sicher nicht haben, ist ein Rahmenprogramm, eine saubere Information für die Anwohnenden und eine breitere Information für die Bevölkerung. Sprich: Wir führen einen autofreien Sonntag durch, aber niemand weiss es. Auch Streckenposten wie Sanität, Sicherheit etc. gäbe es nicht. Mit 150 000 Franken machen Sie besser nichts. Was dabei resultierte, wäre allenfalls eine Absperrung der Bundesgasse. Ich bitte, die Anträge 22 und 23 abzulehnen.

Noch etwas zur Klimaplattform der Wirtschaft, zur Lokalen Agenda 21. Der Antrag der SVPplus-Fraktion auf Totalstreichung der Lokalen Agenda 21 ist natürlich auch Unsinn. Denn eines der guten Produkte darin ist die Klimaplattform der Wirtschaft. Das sind Ihre Unterneh-

men, die KMU etc., die sich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren. Wenn Sie diese einfach platt machen wollen, dann schiessen Sie Ihrer eigenen Klientel ins Knie.

Alexandre Schmidt (FDP): Es geht mir nicht darum festzustellen, dass der Gemeinderat Angst hat, mit zu wenig Geld nichts auf die Beine stellen zu können, dass er sich den Erfolg erkaufen muss. – Nein, ich habe mich deshalb noch einmal gemeldet um festzustellen, dass wir keine Rechtsgrundlage haben. Der Gemeinderat hat nun keine genannt. Ich finde es äusserst heikel, die individuelle Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Beat Zobrist (SP): Ich benötige keine Antwort von Gemeinderat Reto Nause. Wir stützen uns einfach auf den Kostenvoranschlag des Gemeinderats, der vor vier Jahren ausgearbeitet wurde. Man hat nun gesehen, dass die Absperrung, die Bewachung, die Streckenposten, das Brandcorps usw. enthalten sind. Zudem ist es ein grosses Gebiet: die ganze Innenstadt und der Aarebogen. Dies kostet 64 000 Franken, von 8 Uhr morgens bis Mitternacht. Dies haben wir bis anhin noch nie gemacht. Zweimal 64 000 Franken ergeben 128 000 Franken und nicht 150 000 Franken. Ich verstehe die vorliegende Berechnung des Gemeinderats nun nicht ganz. Wir möchten ja kein Fest, sondern vorrangig freie Strassen; ob wir ein Fest auf unsere Kosten durchführen wollen, schauen wir dann selber. Wir möchten für einen Tag einmal Ruhe im Quartier haben. Da gibt es Spielraum. Wir brauchen nicht wieder ein Stadtfest.

Direktor SUE *Reto Nause*: Die rechtliche Grundlage ist vorhanden. Wir haben bereits im Zusammenhang mit anderen Vorstössen geschrieben, dass das Strassenverkehrsgesetz dies vorsieht. Wir haben dies auch bei den Einsprechenden, Parteikollegen von Ihnen, erwähnt. Wir haben Verfahren durchgeführt etc. Da stehen wir auf der sicheren Seite.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 24 ab (21 Ja, 51 Nein). *Abst.-Nr. 040*
2. Der Antrag 23 obsiegt dem Antrag 22 (27 Ja^{Antrag FSU}, 44 Nein^{Antrag FD}). *Abst.-Nr. 041*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 23 zu (47 Ja, 27 Nein). *Abst.-Nr. 042*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:58 - 040

Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 51 Enthaltungen: 0 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Beuchat, Blaser, Dana, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Mäder, Meyer, Neeracher, Rub, Schmidt, Schneider, Seydoux, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bietenhard, Eicher, Elsener, Leibundgut, Penher, Rüegegger, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:59 - 041

Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 44 Enthaltungen: 0 Abwesend: 8 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Chheng, Dana, Espinoza, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Seydoux, Streit-Stettler, Trachsel, Wertli, Widmer, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Eicher, Elsener, Grossi, Leibundgut, Penher, Rüegegger, Sönmez, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-18:59 - 042

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: 27 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Leibundgut, Penher, Rügsegger, Wasserfallen

Gemäss Präsidentin Vania Kohli werden die Anträge 25, 26, 29 damit obsolet. Roland Jakob (SVP) möchte über den Antrag 29 abstimmen lassen.

Beschluss

1. Der Antrag 27.a. obsiegt Antrag 27 (12 Ja^{Antrag 27}, 61 Nein^{Antrag 27a}, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 043*
2. Der Stadtrat stimmt Antrag 27.a. zu (52 Ja, 20 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 044*
3. Der Antrag 28.a. obsiegt dem Antrag 28 (35 Ja^{Antrag 28}, 39 Nein^{Antrag 28a}). *Abst.-Nr. 045*
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 28a zu (40 Ja, 36 Nein). *Abst.-Nr. 046*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 29 ab (33 Ja, 42 Nein). *Abst.-Nr. 047*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-19:00 - 043

Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 61 Enthaltungen: 1 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Jaisli, Jakob, Mäder, Neeracher, Wertli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnman Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Friedli

Abwesend sind: Elsener, Leibundgut, Penher, Rügsegger, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-19:00 - 044

Ja-Stimmen: 52 Nein-Stimmen: 20 Enthaltungen: 2 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnman Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Beuchat, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Neeracher, Rub, Rügsegger, Schmidt, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich: Friedli, Mäder

Abwesend sind: Elsener, Frieden, Leibundgut, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-19:01 - 045

Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 39 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnman Buechi, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köppli, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Seydoux, Wertli, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Meyer, Penher, Schneider, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-19:02 - 046

Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 36 Enthaltungen: 0 Abwesend: 3 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnman Buechi, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köppli, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Widmer, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-19:02 - 047

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 0 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Köppli, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnman Buechi, Battagliero, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Elsener, Jost, Penher, Wasserfallen

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Vania Kohli*

Die Protokollführerin: *Christine Gygax Aglamaz*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 22.30 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Vania Kohli

Anwesend

Peter Ammann	Leyla Gül	Eveline Neeracher
Cristina Anliker-Mansour	Lukas Gutzwiller	Halua Pinto de Magalhães
Rania Bahnan Büechi	Monika Hächler	Judith Renner-Bach
Vinzenz Bartlome	Kurt Hirsbrunner	Pascal Rub
Giovanna Battagliero	Jimmy Hofer	Rahel Ruch
Kathrin Bertschy	Mario Imhof	Kurt Rüegsegger
Henri-Charles Beuchat	Daniel Imthurn	Hasim Sancar
Sonja Bietenhard	Ueli Jaisli	Alexandre Schmidt
Lea Bill	Roland Jakob	Martin Schneider
Manfred Blaser	Stefan Jordi	Silvia Schoch-Meyer
Rithy Chheng	Dannie Jost	Miriam Schwarz
Dolores Dana	Ruedi Keller	Yves Seydoux
Bernhard Eicher	Daniel Klausner	Hasim Sönmez
Susanne Elsener	Michael Köpfli	Barbara Streit-Stettler
Tania Espinoza	Peter Künzler	Luzius Theiler
Alexander Feuz	Lea Kusano	Martin Trachsel
Regula Fischer	Prisca Lanfranchi	Aline Trede
Urs Frieden	Annette Lehmann	Gisela Vollmer
Rudolf Friedli	Edith Leibundgut	Nicola von Greyerz
Jacqueline Gafner Wasem	Daniela Lutz-Beck	Tanja Walliser
Judith Gasser	Martin Mäder	Béatrice Wertli
Simon Glauser	Ursula Marti	Manuel C. Widmer
Thomas Götting	Corinne Mathieu	Rolf Zbinden
Claude Grosjean	Robert Meyer	Christoph Zimmerli
Guglielmo Grossi	Christine Michel	Beat Zobrist
Beat Gubser	Patrizia Mordini	

Entschuldigt

Stéphanie Penher	Peter Wasserfallen
------------------	--------------------

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI	Reto Nause SUE	Edith Olibet BSS
-------------------	----------------	------------------

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD	Regula Rytz TVS
-------------------------	-----------------

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär	Nik Schnyder, Ratsweibel
Barbara Waelti, Protokoll	Christine Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

7 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2012 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Detailberatung

Fortsetzung: SUE: Polizeiinspektorat

- | | | | |
|-----|--|---------|--|
| 30. | S. 150
Polizeiinspektorat
(230270) | SVPplus | Erhöhung des Nettoerlöses um Fr. 103'000 auf Fr. -1'390'746.59 ²⁹ |
| 31. | S. 152
Polizeiinspektorat
(230280) | FSU | Änderung/Ergänzung Steuerungsvorgabe 4): Vom Gemeinderat gewährte Gebührenbefreiungen und Kostenerlasse bei Veranstaltungen (P280) |
| 32. | S. 152
Polizeiinspektorat
(230280) | FSU | Die Anzahl nachträglich gewährter Kostenerlasse sowie deren Höhe werden im Kommentar zur Steuerungsvorgabe 4) festgehalten |
| 33. | S. 178
Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt
(250410) | FSU | Änderung Steuerungsvorgabe 3) Sicherstellung der dauernden und sofortigen Einsatzbereitschaft der gesamten Infrastruktur: Soll 85% [statt 80%] |

Beschluss

1. Der Antrag 30 wird von der Fraktion SVPplus zurückgezogen.
2. Der Stadtrat nimmt den Antrag 31 an (42 Ja, 0 Nein). *Abst.-Nr. 048*
3. Der Stadtrat nimmt den Antrag 32 an (45 Ja, 0 Nein). *Abst.-Nr. 049*
4. Der Stadtrat nimmt den Antrag 33 an (47 Ja, 0 Nein). *Abst.-Nr. 050*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:33 - 048

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 37 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Bill, Blaser, Frieden, Friedli, Glauser, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Streit-Stettler, Theiler, Trede

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Ammann, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Gafner Wassem, Gasser, Göttin, Gutzwiller, Jordi, Jost, Kusano, Lanfranchi, Leibundgut, Mordini, Penher, Pinto, Ruch, Ruegsegger, Seydoux, Sönmez, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:33 - 049

Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 34 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Bill, Blaser, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wassem, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Streit-Stettler, Theiler, Trede

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Gasser, Glauser, Göttin, Gutzwiller, Jordi, Kusano, Lanfranchi, Leibundgut, Mordini, Penher, Pinto, Ruch, Ruegsegger, Schneider, Sönmez, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:34 - 050

Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 32 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

²⁹ Mehrerlöse im Bereich Vollzug und Kontrolle sind spekulativ und verfälschen das Budget!

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Bill, Blaser, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Grosjean, Grossi, Gül, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Streit-Stettler, Trede

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Glauser, Göttin, Gubser, Gutzwiller, Jordi, Kusano, Leibundgut, Mordini, Penher, Schneider, Sönmez, Theiler, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

33a S. 182 CVP
Wirtschaftsamt
(260110)

Erhöhung der Nettokosten um Fr.
50'000.00 auf neu 196'066.52 zur
Durchführung der Eisbahn auf dem
Bundesplatz.³⁰

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Ich bitte Sie, den Antrag 33a der CVP abzulehnen, weil es nicht Aufgabe der Stadt ist, für den Betrieb dieser Anlage zu garantieren. Die Eisbahn soll ausschliesslich mittels Sponsoring finanziert werden.

Henri-Charles Beuchat (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Zur Begründung unseres Antrags: Der Stadtrat will, dass die Eisbahn durch private Mittel finanziert wird. Es leuchtet ein, dass der Gemeinderat diese Zielsetzung nicht von heute auf morgen erreichen kann. Der ursprüngliche Betrag für die Eisbahn lag bei 100'000 Franken. Wenn wir den Betrag von 50'000 Franken für das laufende Budget sprechen, wird der Gemeinderat dadurch umso mehr gefordert, die verbleibenden 50'000 Franken durch Sponsorengelder zu erbringen. Auf diese Weise würde der Betrieb der Eisbahn für die Saison 2011/12 ermöglicht. Wir sollten uns auf einen typisch eidgenössischen Kompromiss besinnen, indem wir die Beiträge für die Eisbahn sukzessive reduzieren, mit der Zielsetzung, eine vollständig private Finanzierung zu erreichen. Unter der Voraussetzung, dass der Stadtrat diese Mittel spricht, wird es dem Gemeinderat hoffentlich gelingen, die nötigen Sponsoren zu finden. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag.

Direktor SUE *Reto Nause*: Der Gemeinderat hat die Eisbahn aufgrund der Meinungsäusserungen im Stadtrat gestrichen. Nachkredite wurden zweimal abgelehnt. Sie äusserten den politischen Willen, die Anlage müsse zu hundert Prozent privat finanziert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt muss ich Ihnen mitteilen, dass es nicht möglich sein wird, die Eisbahn ausschliesslich privat zu finanzieren. Der Gemeinderat lehnt diesen Erhöhungsantrag ab.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 33a ab (4 Ja, 52 Nein, 9 Enthaltungen). Abst.-Nr. 051

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:37 - 051

Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 52 Enthaltungen: 9 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Battagliero, Beuchat, Leibundgut, Trede

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Eicher, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Grosjean, Grossi, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Meyer, Michel, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Seydoux, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Widmer, Zbinden

Der Stimme enthalten sich: Gül, Keller, Lehmann, Mathieu, Neeracher, Pinto, Schoch-Meyer, Schwarz, Zobrist

³⁰ Der Initialbetrag für die Durchführung der Eisbahn auf dem Bundesplatz betrug in den vergangenen Jahren ca. Fr. 100'000. Mit der Erhöhung der Nettokosten um Fr. 50'000 wird der ursprüngliche Betrag für die Durchführung der Eisbahn um die Hälfte gekürzt resp. die Selbstfinanzierung erhöht. Eine kontinuierliche Erhöhung der Selbstfinanzierung entspräche der Forderung des Parlaments. Eine Erhöhung der Nettokosten um den genannten Betrag lässt die Chance offen, dass die Eisbahn im Winter 2011/12 weiter betrieben werden könnte, vorausgesetzt, dass der Gemeinderat weitere Sponsoren findet.

Abwesend sind: Dana, Elsener, Espinoza, Götting, Kusano, Mordini, Penher, Sönmez, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Alexandre Schmidt (FDP) für die FDP-Fraktion: Eine kurze Erklärung zum Budget von Bern Tourismus: Der Gemeinderat beantragt, die Unterstützung für Bern Tourismus über den Betrag von ca. 1 Mio. Franken um 200'000 Franken zu kürzen. Der Beitrag der Stadt soll also erneut gekürzt werden, und dies ausgerechnet zum Zeitpunkt, wo die Übernachtungszahlen aufgrund der Eurokrise einzubrechen beginnen. Da wir nächste Woche den Leistungsvertrag mit Bern Tourismus behandeln werden, verzichtet unsere Fraktion auf die Einreichung eines Antrags in der heutigen Sitzung. Unser heutiges Stillschweigen ist aber nicht als Zustimmung zu dieser Kürzung aufzufassen. Es empfiehlt sich, über dieses Thema und die fragliche Kürzung im Rahmen der Behandlung des Leistungsvertrages zu diskutieren, damit eine intensive Debatte stattfinden kann. Wir werden den Antrag einreichen, den Betrag für Bern Tourismus nicht zu kürzen.

Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

SBK-Präsident *Martin Schneider*: An dieser Stelle danke ich der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit mit der Kommission und die geleistete Arbeit. Angesichts der Tatsache, dass die Meinungen in diesem Saal bereits gemacht sind und der Sparwille in diesem Rat inexistent zu sein scheint, trotz drohender Krisen des Euros und des Dollars, verzichte ich auf das Vortragen meines sechsseitigen Skriptes und ein ausuferndes Votum. Wenn schon kein Geld, wird dadurch wenigstens Zeit gespart. Vernehmen Sie die Anträge aus der Kommission: Die SBK empfiehlt dem Rat einstimmig, die Kennzahlen 5 bis 9, PG330300, Heim Schlossmatte zu streichen und durch vier neue Kennzahlen zu ersetzen. Diese bestimmen die Aufenthaltstage nach Stadt, Kanton und übrigen. Die vierte Kennzahl benennt die Anzahl Stellen gemäss Stellenplan. Ebenso empfiehlt die SBK, die obsolet erscheinende Kennzahl 8, PG370100, betreffend Anzahl ärztlicher Konsultationen im Ferienlager Fiesch zu streichen. Folgende Anträge wurden in der Kommission abgelehnt: Die Erhöhung PG310400 um 70'000 Franken für die Beibehaltung der Weihnachtzulage im Sozialwesen, die Erhöhung der Nettokosten in PG330120 und die Erhöhung PG330400 um 800'000 Franken für die Schaffung von neuen Kita-Plätzen. Mit sechs zu vier Stimmen beantragt die SBK dem Stadtrat die Zustimmung zum Budget der BSS.

34.	S. 221	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 55'000
	Koordinationsstelle Sucht (300200)		auf Fr. 199'707.00 ³¹

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir beantragen diese Kürzung von 55'000 Franken, weil es keine staatliche Aufgabe darstellt, Wirtschaftsförderung zu leisten; denn darauf läuft dieses Projekt hinaus, indem eine Art Reinigungsinstitut betrieben wird, das zu normalen Preisen steuersubventionierte Reinigungen anbietet. Wir sind dagegen, weil damit das bereits einem harten wirtschaftlichen Wettbewerb ausgesetzte bestehende Gewerbe konkurrenziert wird. Während andere Betriebe jeden Franken umdrehen müssen, sind bei derartigen Unternehmen 50 Rappen pro Franken vorfinanziert und müssen nicht erst verdient werden.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Sucht stellt eine Nebenwirkung der von uns gewählten Gesellschaftsform dar; damit müssen wir umzugehen wissen. Die Koordinationsstelle

³¹ Die Kosten für die Fachstelle Case Management sollen um Fr. 55'000 gekürzt werden, da es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, mit Steuergeldern wirtschaftliche Tätigkeiten auszuüben.

Sucht leistet gute Arbeit bei verhältnismässig geringem Aufwand. Ein grosser Teil der durchgeführten Aktionen wird durch den Kanton organisiert und finanziert. Es liegt an der Koordinationsstelle der Stadt, mit der Suchtproblematik umzugehen. Das Geld wird am richtigen Ort investiert, um zumindest die schlimmsten Auswirkungen der Suchtproblematik zu lindern. Deshalb bitten wir Sie, diesen Kürzungsantrag abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 34 ab (9 Ja, 62 Nein). *Abst.-Nr. 052*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:44 - 052

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 62 Enthaltungen: 0 Abwesend: 8 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Hofer, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Rüeggsegger

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bill, Chheng, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Ammann, Bietenhard, Dana, Mäder, Mathieu, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

BSS: Zentrale Dienste

- | | | | |
|-----|---|---------------------------------|---|
| 35. | S. 224
Zentrale Dienste
(300300) | GR | Senkung der Bruttokosten des Produkts 300315 Lastenausgleich Sozialhilfe um Fr. 1'100'000.00 ³² |
| 36. | S. 224
Zentrale Dienste
(300300) | GR, SP/JUSO,
GB/JA!, GFL/EVP | Falls Ausrichtung Weihnachtspauschale angenommen (Antrag Nr. 46):
Erhöhung Nettoerlös des Produkts 300315 Lastenausgleich Sozialhilfe um Fr. 140'000.00 auf Fr. 59'751'842.00 |
| 46. | S. 247
Ambulante Sozialhilfe
(310400) | GR, SP/JUSO,
GB/JA!, GFL/EVP | Erhöhung der Nettokosten der PG310400 Ambulante Sozialhilfe um Fr. 210'000.00 auf Fr. 86'918'853.87 ³³ |

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion wehrte sich schon immer gegen eine Streichung des Weihnachtsgeldes. Der Gemeinderat erscheint als kleinlich, indem er nicht zum ersten Mal versucht, diese Sparmassnahme durchzubringen. Sozialhilfe Beziehende leben nicht in Saus und Braus, sondern sehen sich täglich mit der Tatsache konfrontiert, sich vieles nicht leisten zu können. Wir sollten dieses Geld als Zeichen betrachten, sozusagen als Geschenk. Für dieses Geld sollen sich Sozialhilfebeziehende zu Weihnachten unbekümmert etwas leisten können. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion spricht sich auch gegen diese Kürzung bei der Weihnachtspauschale aus. Es geht nicht an, dass auf dem Rücken der am meisten Benachteiligten Budgetkosmetik betrieben wird, damit das Budget ausgeglichen

³² Gemäss Auswertung der neuen Finanzplanungshilfe des Kantons.

³³ Mittel zur Ausrichtung der Weihnachtspauschale an Sozialhilfeempfangende in der Höhe von Fr. 70'000. Auf die Streichung der Weihnachtspauschale ist zu verzichten. Diese Streichung wurde bereits zweimal vom Stadtrat abgelehnt. Gemäss SKOS Richtlinien gehört auch die soziale Teilhabe zur Sozialhilfe.

erscheint. Wir bitten um Unterstützung zu unserem Antrag 36. Den Antrag 46 können wir akzeptieren.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt den Antrag 35 an (72 Ja, 1 Nein). *Abst.-Nr. 053*
2. Der Stadtrat nimmt den Antrag 46 an (44 Ja, 28 Nein). *Abst.-Nr. 054*
3. Der Stadtrat nimmt den Antrag 36 an (68 Ja, 4 Nein). *Abst.-Nr. 055*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:47 - 053

Ja-Stimmen: 72 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Glauser

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Eicher, Mäder, Mathieu, Penher, Schneider, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:47 - 054

Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 28 Enthaltungen: 0 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Friedli, Gasser, Göttin, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Feuz, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jakob, Köpfli, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Eicher, Jaisli, Jost, Mäder, Penher, Theiler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:48 - 055

Ja-Stimmen: 68 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Pinto, Rub, Ruch, Rüegsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Beuchat, Neeracher, Renner-Bach, Wertli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bietenhard, Friedli, Mäder, Penher, Seydoux, Theiler, Wasserfallen

BSS: Kompetenzzentrum Integration

- | | | | |
|-----|--|---------|--|
| 37. | S. 228
Kompetenzzentrum Integration
(300410) | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 50'000 auf Fr. 229'739.36 des Produkts P300410 Koordination und Zusammenarbeit mit Behörden und Migrationsbevölkerung ³⁴ |
| 38. | S. 228
Kompetenzzentrum Integration
(300420) | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 80'000 auf Fr. 171'892.92 des Produkts P300420 Beratung und Information ³⁵ |
| 39. | S. 229
Kompetenzzentrum Integration
(300400) | SVPplus | Änderung der Steuerungsvorgabe 1) Anzahl verwaltungsinterner Informationsveranstaltungen und Kurse: Soll 6 [statt 10] ³⁶ |

³⁴ Zusammenarbeit straffen!

³⁵ Minimale Beratung.

³⁶ Ergibt sich aus den Kürzungen der Nettokosten P300410 und P300420.

- | | | | |
|-----|---|---------|---|
| 40. | S. 230
Kompetenzzent-
rum Integration
(300400) | SVPplus | Änderung der Steuerungsvorgabe 2)
Anzahl verwaltungsexterner Informa-
tionsveranstaltungen und Kurse: Soll
25 [statt 40] ³⁷ |
| 41. | S. 230
Kompetenzzent-
rum Integration
(300400) | SVPplus | Änderung der Steuerungsvorgabe 3)
Einsatz von KommunikationsmittelIn:
Soll 6 [statt 10] ³⁸ |
| 42. | S. 230
Kompetenzzent-
rum Integration
(300400) | SVPplus | Änderung der Steuerungsvorgabe 4)
Forum/Treffen: Soll höchstens 1
[statt mind. 1] ³⁹ |
| 43. | S. 230
Kompetenzzent-
rum Integration
(300400) | SVPplus | Änderung der Steuerungsvorgabe 5)
Anzahl neuer Partizipationsprojekte:
Soll höchstens 1 [statt2] ⁴⁰ |

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir bringen einen Evergreen unserer Fraktion: Bekanntlich sind wir über die zahlreichen Integrationsprojekte, die in der Stadt Bern laufen, nicht sehr erfreut. Auch glauben wir nicht daran, dass diese funktionieren. Unser Grundsatz lautet: Integration ist nicht erzwingbar, Integrationsbestrebungen müssen vielmehr von den Ausländerinnen und Ausländern ausgehen und erbracht werden. Integration geschieht, wenn ein syrisches Mädchen am Schwimmunterricht teilhaben darf, wenn die Eltern des türkischen Knaben am Elternabend teilnehmen und verstehen, was der Lehrer erörtert, wenn eine junge Albanerin ihren zukünftigen Ehemann selbst auswählen darf und wenn die irakische Familie am Fest der SVP auf dem Bundesplatz mitfeiert. Wir bitten um Zustimmung zu den Anträgen 37 bis 43 zur Senkung der Kosten der verschiedenen Integrationsprojekte.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion unterstützt die Bemühungen der Stadt in Sachen Integration. Das Wohlergehen der Migrantinnen und Migranten hängt von der Integrationsarbeit ab. Der Beitrag, den die Migrantinnen und Migranten an unseren Wohlstand leisten, ist enorm. Wir können nicht immer nur nehmen, sondern müssen auch etwas geben: Information, Beratung, Partizipation und Austausch sind wichtige Pfeiler für ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt. Wir lehnen alle Anträge ab, die diese Arbeit tangieren. Ich bemerke an dieser Stelle, dass ich meine Feste lieber zuhause im Garten feiere, dabei bezeichne ich mich als sehr integriert.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Bei der Diskussion, die wir vor einem Jahr zu diesem Thema führten, hielt ich eine ausführliche und feurige Rede über all die Massnahmen, die von Seiten der Stadt, der FDP oder von Arbeitgeberseite in diesem Bereich unternommen werden und darüber, was Arbeit generell zur Integration beiträgt. Seitens der Fraktion GFL/EVP vernahm ich damals deutliches Einverständnis mit meiner Aussage, dass in dieser Stadt im Integrationsbereich nicht alles so abläuft, wie es sollte. Obwohl man die Bereitschaft zur Mithilfe signalisiert hat, ist leider nichts in dieser Richtung geschehen. Solange nichts geschieht und es bei blossen Lippenbekenntnissen bleibt, setzen wir hier ein Zeichen, indem wir die Anträge

³⁷ Ergibt sich aus den Kürzungen der Nettokosten P300410 und P300420.

³⁸ Ergibt sich aus den Kürzungen der Nettokosten P300410 und P300420.

³⁹ Ergibt sich aus den Kürzungen der Nettokosten P300410 und P300420.

⁴⁰ Ergibt sich aus den Kürzungen der Nettokosten P300410 und P300420.

der SVP unterstützen. Dies bedeutet nicht, dass wir die Vorstellung von Integration der SVP und ihr Weltbild teilen. Vielmehr wollen wir dadurch ein Zeichen dagegen setzen, dass im Integrationsbereich in der Stadt Bern eine Kultur aufgebaut wurde, die einer Günstlingswirtschaft gleichkommt, wobei unter Gleichgesinnten Geld verteilt wird, für Projekte ohne konsequentes Controlling des Nutzens und ohne konsequente Auswertung der Leistung. Dagegen verwahren wir uns.

Robert Meyer (SD): Ich beobachte die Tätigkeiten des Kompetenzzentrums Integration genau. Am meistens störe ich mich an der Tatsache, dass hier nicht Integration von Ausländerinnen und Ausländern angestrebt wird, sondern politische Propagandaaktionen veranstaltet werden, wie beispielsweise die Antirassismustage, die letztes Jahr stattfanden und die für das nächste Jahr wieder geplant sind. Solche Aktionen interessieren die ausländische Bevölkerung in keiner Weise und tragen keineswegs zur Integration bei. Es handelt sich um Propagandaübungen, um der Schweizer Bevölkerung vorzuhalten, wie rassistisch sie sei. Ich störe mich an der mittels Steuergeldern finanzierten Verbreitung einer bestimmten politischen Ideologie. Ich bitte Sie, die Anträge 37 bis 43 zu unterstützen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 37 ab (25 Ja, 47 Nein). Abst.-Nr. 056
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 38 ab (25 Ja, 46 Nein). Abst.-Nr. 057
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 39 ab (25 Ja, 47 Nein). Abst.-Nr. 058
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 40 ab (25 Ja, 47 Nein). Abst.-Nr. 059
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 41 ab (23 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 060
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 42 ab (26 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 061
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 43 ab (24 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 062

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:54 - 056

Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 0 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bartlome, Beuchat, Jost, Leibundgut, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:54 - 057

Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 46 Enthaltungen: 0 Abwesend: 8 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bartlome, Beuchat, Jost, Leibundgut, Mordini, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:55 - 058

Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 0 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bartlome, Beuchat, Jost, Leibundgut, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:55 - 059

Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 0 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Hirsbrunner, Jost, Leibundgut, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:55 - 060

Ja-Stimmen: 23 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 1 Abwesend: 8 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Seydoux, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Schneider

Abwesend sind: Beuchat, Hirsbrunner, Jost, Leibundgut, Penher, Streit-Stettler, Wasserfallen, Wertli

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:56 - 061

Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 1 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Bahnan Buechi

Abwesend sind: Beuchat, Jost, Leibundgut, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-20:56 - 062

Ja-Stimmen: 24 Nein-Stimmen: 48 Enthaltungen: 1 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Schneider

Abwesend sind: Beuchat, Hirsbrunner, Jost, Leibundgut, Penher, Wasserfallen

44.	S. 233 Sozialamt (310)	GLP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 910'679.18 auf Fr. 90'157'238.42 ⁴¹
45.	S. 233 Sozialamt (310)	BDP/CVP	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 1'000'000 auf Fr. 90'067'917.60

Claude Grosjean (GLP) für die GLP-Fraktion: Folgende Begründung zu unseren Anträgen 44 und 47: Die von uns erstellte Planungsvorgabe wurde bekanntlich nicht erfüllt. Trotzdem bieten wir Hand, indem wir von einer Rückweisung absehen. Wir sind der Meinung, dass bei der heutigen Beratung erhebliche Mindereinnahmen in das Budget eingebracht werden müssen. Deswegen stellen wir zu den grössten der vorgesehenen Budgets der BSS, nämlich bei einem Budgetposten von 90 Mio. Franken beim Sozialamt und einem von 94 Mio. Franken beim Schulamt, lineare Kürzungsanträge im Umfang von einem Prozent. Leider bietet sich uns keine andere Möglichkeit, da unser Versuch misslang, weitere Angaben zu erhalten, beispielsweise bezüglich nicht-gebundener Ausgaben. Die beiden Ämter und ihre Budgetposten erscheinen dermassen undurchsichtig, dass es für den Laien undenkbar scheint, hier konkreter zu werden.

⁴¹ Der Stadtrat hat im Rahmen des IAFP eine Planungserklärung überwiesen, welche den Gemeinderat auffordert, in den nächsten Jahren durchschnittlich 10 Mio. Franken neues Eigenkapital zu bilden. Diese wurde im Budget nicht berücksichtigt. Um wenigstens annähernd auf Zielkurs zu bleiben, soll bei verschiedenen grösseren Globalbudgets mit Effizienzmassnahmen und allenfalls Prioritätensetzung 1% eingespart werden.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich äussere mich zu den Anträgen 45 und 48. Wir fordern Kürzungen im Umfang von je einer Million Franken im Sozialamt sowie im Schulamt. Dies geschieht nicht aus Hilflosigkeit, diese Vorgehensweise ist auch nicht unseriös und verletzt keine politischen Rechte. Vielmehr wird dem Gemeinderat dadurch die Möglichkeit eingeräumt, sinnvolle Kürzungen vorzunehmen. Beide Ämter zusammen weisen ein Budget von 184 Mio. Franken auf. Dieser Betrag entspricht etwa zwanzig Prozent der Ausgaben des gesamten städtischen Haushalts. Wir anerkennen an dieser Stelle ausdrücklich, dass beide Ämter wesentliche Leistungen erbringen. Allerdings müssen wir dafür sorgen, dass sich unsere Ausgaben in den nächsten Jahren nicht ins Uferlose steigern. Deshalb wollen wir den grössten Ämtern einen Sparauftrag erteilen. Effizienzmassnahmen erweisen sich bei den gewichtigen Globalbudgets am wirkungsvollsten: Hinter einigen Massnahmen wie beispielsweise die „Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Schulbehörden für bildungspolitische und pädagogische Entwicklungen“, steht weniger eine soziale Notwendigkeit als eine Ideologisierung. Die Stadt Bern kann ihre Aufgaben mit etwas weniger Geld ebenso gut erfüllen.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Nicht zum ersten Mal versuchen die Bürgerlichen, lineare Kürzungen in verschiedenen Ämtern der BSS durchzusetzen. Bei den Ausgaben im Sozialamt handelt es sich grösstenteils um gebundene und lastenausgleichsberechtigende Ausgaben. Im Rahmen der vom Gemeinderat veranlassten Portfolioanalyse wurden die im Sozialamt durchführbaren Einsparungen bereits vorgenommen. Zusätzliche Einsparungen sind nicht möglich. Wir lehnen alle Anträge ab, die die Arbeit des Sozialamtes gefährden. Dasselbe gilt bei Antrag 47: Bildung stellt die zentrale Ressource für die Schweizer Wirtschaft dar. Einsparungen in dieser Richtung schaden der Stadt beziehungsweise der Wirtschaft. Die Ausgaben beim Schulamt sind kaum beeinflussbar. Spielraum für Einsparungen besteht nur beim Schulmaterial, dem Mobiliar und den Essenskrediten in den Tagesschulen. Wir lehnen alle Anträge ab, die eine Verschlechterung unserer Schulen mit sich bringen.

Leyla Gül (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es gehört zu den ureigenen Aufgaben eines Parlaments, über das Budget zu befinden und zu bestimmen, welche Aufgaben die Stadt umsetzt oder wo Kürzungen vorgenommen werden. Anträge, wie sie die GLP und die Fraktion BDP/CVP hier einbringen, erachten wir eines Parlaments unwürdig, weil sie nichts aussagen über die konkreten Bereiche, in die das Geld fliesst. Im Unterschied zu den Mitte-Parteien scheint die SVP dies begriffen zu haben. Obwohl wir in den meisten Fällen mit der inhaltlichen Stossrichtung der SVP-Anträge nicht einverstanden sind, räumen wir ein, dass man Politik auf diese Weise betreiben kann. Anträge für lineare Kürzungen sind ein Zeichen politischer Hilflosigkeit, wenn nicht sogar Feigheit. Sie liefern den Beweis dafür, dass den Antragstellenden entweder die Ideen oder der Mut fehlen, Aussagen darüber zu machen, bei welchen Stellen Einsparungen stattfinden sollen. Ausserdem missachten diese Anträge die Tatsache, dass es sich bei 85 Prozent der Ausgaben um gebundene Ausgaben handelt. Sparanträge in der Höhe von je einer Million Franken im Sozial- und im Schulamt gehen ans Lebendige. Hier geht es nicht mehr nur um Dinge wie den Verzicht auf eine Publikation oder eine CD. Es geht vielmehr um die Qualität der Bildung an unseren Volksschulen. Es geht um Bildungs- und Integrationsangebote, um die Frühförderung sowie darum, dass Leute in den ersten Arbeitsmarkt zurückfinden können. Wenn Sie meinen, dies seien geeignete Bereiche, um Einsparungen vorzunehmen, müssen Sie dazu auch stehen, indem Sie dies klar deklarieren. Weiter ignorieren derartige Anträge die Tatsache, dass Kürzungen auf der Ausgabenseite bei Sozial- und Schulamt zu Einbussen bei den Einnahmen führen. Zu zwei Dritteln handelt es sich um

Mittel, die über den Lastenausgleich in die Stadtkasse fliessen, per Saldo liesse sich nur bei einem Drittel etwas einsparen. Fazit: Wir lehnen die Anträge 44, 45, 47 und 48 ab.

Beschluss

1. Der Antrag 44 obsiegt dem Antrag 45 (49 ^{Antrag 44}, 25 ^{Antrag 45}). Abst.-Nr. 063
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 44 ab (30 Ja, 44 Nein). Abst.-Nr. 064

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:05 - 063

Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 25 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Götting, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiler, Hächler, Hofer, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Bartlome, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Jost, Penher, Theiler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:05 - 064

Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 44 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Köppli, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Frieden, Gasser, Götting, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiler, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Fischer, Jost, Penher, Wasserfallen

BSS: Schulamt

- | | | | |
|-----|--------------------------------|---------|---|
| 47. | S. 266
Schulamt
(320) | GLP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 956'151.32 auf Fr. 94'658'980.60 ⁴² |
| 48. | S. 266
Schulamt
(320) | BDP/CVP | Eventualantrag:
Kürzung der Nettokosten um Fr. 1'000'000 auf Fr. 94'615'131.92 |
| 49. | S. 269
Schulamt
(320120) | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 180'000 auf Fr. 548'689.28 zulasten P320120 Besondere Angebote für Integration und Chancengleichheit ⁴³ |
| 50. | S. 269
Schulamt
(320130) | SVPplus | Kürzung der Nettokosten um Fr. 140'000 auf Fr. 65'986.64 zulasten P320130 Kulturvermittlung und -pädagogik ⁴⁴ |
| 51. | S. 269
Schulamt
(320140) | GFL/EVP | Kürzung Nettokosten um Fr. 60'000 auf Fr. 122.542.04 zulasten P320140 Information und Bildungsqualität ⁴⁵ |
| 52. | S. 269
Schulamt | GR | Kürzung der Nettokosten PG 320100 Kindergärten, Volks- und Sonderschulen um Fr. |

⁴² Der Stadtrat hat im Rahmen des IAFP eine Planungserklärung überwiesen, welche den Gemeinderat auffordert, in den nächsten Jahren durchschnittlich 10 Millionen Franken neues Eigenkapital zu bilden. Diese wurde im Budget nicht berücksichtigt. Um wenigstens annähernd auf Zielkurs zu bleiben, soll bei verschiedenen grösseren Globalbudgets mit Effizienzmassnahmen und allenfalls Prioritätensetzung 1% eingespart werden.

⁴³ Die Integration sollte nun teilweise vollzogen sein.

⁴⁴ Keine Kulturvermittlung auf Kosten der Schweizerkultur!

⁴⁵ Verzicht auf Zeitschrift „Die Schule“ gemäss Planungserklärung des Stadtrats zum IAFP vom 28. April 2011.

	(320100)		20'000.00 auf Fr. 85'294'197.40 ⁴⁶
53.	S. 272 Schulamt (320130)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 8) Anzahl durch das Schulamt vermittelte Kulturprojekte an Kindergärten und Schulen: Soll 22 [statt 30]
54.	S. 272 Schulamt (320140)	GLP	Änderung Steuerungsvorgabe 9) Anzahl neuer Informationsbroschüren: Soll 0 [statt 3] ⁴⁷
55.	S. 279 Schulamt (320220)	SVPplus	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 28'000 auf Fr. 300'000 zugunsten P320220 Aufgabenhilfe ⁴⁸

Streichungsantrag 54a GFL/EVP

S. 272 Schulamt (320140): Streichung Steuerungsvorgabe 9), Anzahl neuer Informationsbroschüren.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Ich begründe den Antrag 49: Die Bemühungen um Integration und Chancengleichheit tragen erste Früchte und zeigen positive Resultate. Deshalb lassen sich die Ausgaben in diesem Bereich zurücknehmen. Es macht keinen Sinn, wiederum den vollen Betrag in das Budget einzusetzen. Nachdem bereits gewisse Erfolge erzielt worden sind, müssen die Grundlagen nicht mittels des vollen Betrags erneut erschaffen werden, sondern bleiben als Basis vorhanden. Die Mittel können entsprechend reduziert werden.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir **beantragen**, die Steuerungsvorgabe 9) in Antrag 54 zu streichen. Dadurch wird der Verwaltung die nötige Flexibilität eingeräumt, um ihrem Informationsauftrag trotz reduziertem Budget nachkommen zu können. Wir halten an der Planungserklärung fest, die Zeitschrift *Die Schule* zu streichen und damit 60'000 Franken einzusparen. Den Antrag 52 des Gemeinderates, der ebenda nur 20'000 Franken streichen will, könnten wir auch akzeptieren.

Beschluss

1. Der Antrag 47 obsiegt dem Antrag 48 (46 Ja^{Antrag 47}, 28 Nein^{Antrag 48}). Abst.-Nr. 065
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 47 ab (32 Ja, 43 Nein). Abst.-Nr. 066
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 49 ab (26 Ja, 49 Nein). Abst.-Nr. 067
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 50 ab (19 Ja, 56 Nein). Abst.-Nr. 068
5. Der Stadtrat nimmt den Antrag 51 an (42 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 069
6. Der Stadtrat nimmt den Antrag 54a an (71 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung). Abst.-Nr. 070
7. Der Stadtrat nimmt den Antrag 55 an (50 Ja, 24 Nein). Abst.-Nr. 071

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:09 - 065

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 28 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden

Nein gestimmt haben: Bartlome, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Trachsel, Wertli, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beauchat, Jost, Penher, Wasserfallen, Zobrist

⁴⁶ Änderung der Schulinformation.

⁴⁷ Umsetzung der überwiesenen Planungserklärung des Stadtrats. Das Globalbudget ist entsprechend der gekürzten Steuerungsvorgabe zu reduzieren.

⁴⁸ Direkte Hilfe fördert den Erfolg!

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:09 - 066

Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 43 Enthaltungen: 0 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Köpfli, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Jost, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:10 - 067

Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 49 Enthaltungen: 0 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Jost, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:10 - 068

Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 56 Enthaltungen: 0 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Bietenhard, Blaser, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Hofer, Jaisli, Jakob, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rüegegger, Schneider, Wertli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imhof, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Jost, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:10 - 069

Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 31 Enthaltungen: 1 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Streit-Stettler, Trachsel, Wertli, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Trede

Abwesend sind: Beuchat, Jost, Köpfli, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:11 - 070

Ja-Stimmen: 71 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 1 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Sancar

Der Stimme enthalten sich: Trede

Abwesend sind: Beuchat, Jost, Penher, Theiler, Wasserfallen, Zbinden

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:12 - 071

Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 24 Enthaltungen: 0 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grossi, Gubser, Gül, Hächler, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Rub, Ruch, Rüegegger, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Elsener, Espinoza, Grosjean, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imthurn, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Renner-Bach, Schneider, Streit-Stettler, Trachsel, Wertli, Widmer

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Blaser, Jost, Penher, Wasserfallen

BSS: Jugendamt

56. S. 291

Jugendamt

GB/JA!

Erhöhung der Nettokosten um Fr. 50'000 auf Fr. 2'092'243.63 zugunsten P330120 Offene Arbeit

	(330120)		mit Kindern ⁴⁹
57.	S. 297 Jugendamt (330260)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 122'461.48 auf Fr. 991'215.24 zulasten P330260 PINTO ⁵⁰
58.	S. 302 Jugendamt (330300)	SBK	Streichung der Kennzahlen 5) bis 9) und Einführung von vier neuen Kennzahlen: 5) Aufenthaltstage Stadt (Anzahl und %) 6) Aufenthaltstage Kanton (Anzahl und %) 7) Aufenthaltstage Übrige (Anzahl und %) 8) Anzahl Stellen
59.	S. 303 Jugendamt (330400)	GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 800'000 auf Fr. 31'944'589.16 zugunsten PG330400 Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder ⁵¹
59a	S. 303 Jugendamt (330400)	EDU	Kürzung der Nettokosten um Fr. 400'000 auf Fr. 30'744'589.16 zulasten PG330400 Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder ⁵²

Streichungsantrag 57a PdA

S. 297 Jugendamt, Ambulante Jugendhilfe (P330260): Streichung von PINTO⁵³

Eventualantrag 57b PdA

S. 297 Jugendamt, Ambulante Jugendhilfe: Verschiebung von P330260: PINTO in die Produktgruppe der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie⁵⁴

⁴⁹ Im Rahmen der gewünschten Professionalisierung des DOK wird eine Umstellung in der Struktur vorgenommen. Konkret wird eine Geschäftsleitungsstruktur eingeführt. Da diese Geschäftsleiter/in über lange Erfahrung und über Führungskompetenzen verfügen muss und neu ein grösseres Pflichtenheft hat, wird die Stelle höher entschädigt werden müssen. Mit der Erhöhung ist es möglich, die Organigramm-Änderung vorzunehmen, ohne finanzielle Mittel von den konkreten Projekten für Kinder und Jugendliche an der Basis (Bsp. Spielplätze) abziehen zu müssen.

⁵⁰ Dank der Erhöhung der Polizeipräsenz können die Kosten für PINTO auf dem Niveau von 2011 gehalten werden.

⁵¹ Seit Jahren sind wir mit der Tatsache konfrontiert, dass die Stadt Bern trotz sukzessiver Schaffung von Kitaplätzen die Nachfrage nicht sättigen kann. Die aktuelle Warteliste mit insgesamt 1'175 Kindern macht deutlich, dass dringender Bedarf an zusätzlichen Kita-Plätzen in Bern besteht (Bericht: Familienergänzende Tagesbetreuung in der Stadt Bern, Bestandaufnahme 2010). Das Volk hat im letzten Mai entschieden. Der Systemwechsel auf Betreuungsgutscheine wird umgesetzt. Während der Abstimmungskampagne haben sich alle Parteien für die familienexterne Kinderbetreuung ausgesprochen. Mit diesem Antrag möchten wir den nötigen Ausbau vorsetzen und bei der Umsetzung des neuen Systems garantieren, dass alle, welche einen Betreuungsgutschein bekommen, ihn auch einlösen können.

⁵² Im Hinblick auf die Umstellung auf das Gutscheinsystem ist es sinnvoll, im Moment keine neuen städtischen Plätze mehr zu schaffen. Auf die 20 neuen Plätze kann verzichtet werden. Die Warteliste besteht nur, weil die subventionierten städtischen Plätze im Moment günstiger als die privaten Plätze sind.

⁵³ Die Vermischung von repressiver Arbeit und sozialarbeiterischer Attitüde gefährdet generell die Glaubwürdigkeit der Sozialarbeit.

⁵⁴ Mit der expliziten Ausrichtung auf Ruhe und Ordnung hat PINTO in der PG Ambulante Jugendhilfe nichts zu suchen.

Beat Gubser (EDU): Laut Budget ist die Schaffung von 20 Kita-Plätzen geplant. Mein Antrag 59a verlangt den Verzicht auf den Ausbau, bei Erhaltung des Status quo inklusive Teuerung. Zwecks Begründung greife ich auf die nächste Sitzung vor, in der wir die Abschreibung der Motion von Franziska Teuscher behandeln werden. Ich zitiere aus dem Bericht des Gemeinderats: „Am 15. Mai 2011 hat das Stimmvolk den Gegenvorschlag zur Kita-Initiative angenommen. Damit werden auf 1. Januar 2013 Betreuungsgutscheine und somit ein neues Finanzierungs- und Steuerungssystem eingeführt. Neu werden nicht mehr Kitas subventioniert werden, sondern die Eltern. Sie erhalten einen Betreuungsgutschein, der in den städtischen und privaten Kitas sowie bei den Tageseltern eingelöst werden kann. Damit ändert sich die Politik der familienergänzenden Tagesbetreuung für Vorschul Kinder in der Stadt Bern grundsätzlich. Nach der Einführung der Betreuungsgutscheine kann die Stadt Bern das Tagesstättenangebot im Vorschulbereich nicht mehr steuern. Es werden zudem keine Grundlagen mehr zur Verfügung stehen, welche es ermöglichen, die Wartezeit auf einen Platz zu erfassen. Die Steuerung und Schaffung neuer Plätze wird dem freien Markt überlassen. Neue Plätze könnte die Stadt höchstens noch bei den eigenen städtischen Kitas schaffen. Dies ist angesichts der Ausrichtung des Gegenvorschlags und der damit einhergehenden liberalisierten Rahmenbedingungen nicht sinnvoll.“ – Weil die Schaffung zusätzlicher städtischer Kitaplätze zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn macht, stelle ich den Antrag, auf dem bestehenden Niveau zu verbleiben. Die Warteliste bildet nicht die Realität ab, denn dort sind viele angemeldet, die auf einen der günstigen, städtisch subventionierten Plätze warten, um von einem privaten Platz dorthin zu wechseln.

Aline Trede (GB) für die Fraktion GB/JA!: Zur Begründung des Antrags 56: Nachdem vor zwei Jahren die Fusion zwischen dem Dachverband für Offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK), dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit (TOJ) und der Vereinigung für Beratung, Integration und Gemeinwesenarbeit (vbg) scheiterte, mussten sich diese Verbände neu orientieren. Hinter dem DOK liegen zwei harte Jahre, aber die gewünschte Professionalisierung ist aufgegleist und die Statuten für die Neustrukturierung sind letzte Woche angenommen worden. Der DOK wird nun mit einem Geschäftsleitungsmodell geführt. Damit die Reorganisation gut gestartet und umgesetzt werden kann, reiche ich den Antrag für eine Erhöhung um 50'000 Franken ein. Diese Erhöhung, die in Zusammenhang mit der von der Stadt gewünschten Professionalisierung und der entsprechenden Umstrukturierung steht, ist auf ein Jahr beschränkt. Der DOK wird auch künftig einen Teil der Mittel durch Fundraising selbst erwirtschaften. Es geht um die Kinder – wenn man jetzt in sie investiert, wird sich dies in Zukunft lohnen.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Zum Antrag 59: Der Bericht „Familienergänzende Tagesbetreuung in der Stadt Bern“ zeigt deutlich, dass die Anzahl Kinder auf der Warteliste massiv gestiegen ist. Heute warten 1'175 Kinder auf einen Platz, im Vorjahr waren es noch 700 Kinder. Wir sehen uns seit Jahren mit der Tatsache konfrontiert, dass die Nachfrage in der Stadt Bern nicht befriedigt werden kann, trotz sukzessiver Schaffung von Kitaplätzen. Die für das Jahr 2012 budgetierten zwanzig neuen Plätze reichen nicht aus. Während des Wahlkampfes zum Systemwechsel mit Betreuungsgutscheinen sprachen sich die Rechts- und Mitte-Parteien für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung aus. Mit unserem Antrag wollen wir den notwendigen Ausbau fortsetzen, um bei der Umsetzung des neuen Systems den Familien garantieren zu können, dass sie die erhaltenen Gutscheine auch wirklich einlösen können. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu, denn den Worten sollen Taten folgen.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich äussere mich zu den Anträgen 57 und 57a/b. Bei den Budgetdebatten lassen sich alljährlich sich wiederholende Rituale ausmachen: Da will

der Gemeinderat das Weihnachtsgeld der Sozialhilfebeziehenden streichen und wir setzen es wieder ein, oder die SVP will das Büro für Gleichstellung abschaffen und Rolf Zbinden will PINTO streichen, alternativ schlägt er einen Wechsel von der BSS zur SUE vor. Weil die PINTO-Leute auch für Ruhe und Ordnung sorgen und einheitliche T-Shirts tragen, ähnlich einer Arbeitsuniform, gehört PINTO scheinbar zu den Bösen und soll dementsprechend auf die Seite der Bösen wechseln, also zur Polizei. Es gibt allerdings auch liebe Polizistinnen und Polizisten ohne Uniform. Die müssten dann wohl von der SUE zur BSS wechseln, damit die Welt von Rolf Zbinden wieder in Ordnung wäre. – Aber Spass beiseite: PINTO ist bei der BSS am richtigen Ort angesiedelt, wir schätzen ihre Dienstleistungen, die sich von denjenigen der Polizei unterscheiden. Eine Zusammenarbeit mit der Polizei ist erlaubt und sinnvoll in gewissen Fällen. Auch die SVP spricht sich gegen PINTO aus. Nach ihrer Meinung erfüllt PINTO zu wenige Polizeifunktionen. Aber diesmal hat die SVP schlecht recherchiert: Sie fordert die Streichung der neu eingesetzten Mittel von 120'000 Franken mit der Begründung, PINTO könne wegen der Erhöhung der Polizeipräsenz auf bestehendem Niveau verbleiben. Die budgetierte Erhöhung steht aber in keinem Zusammenhang mit der Präsenz auf der Strasse, sondern erfolgt, weil PINTO aus der fast mietfreien Bretterbude im ersten Stock der Anlaufstelle an der Hodlerstrasse an die Schwarztorstrasse umgezogen ist und nun höhere Mietzinsen bezahlt. Erstmals wurden ausserdem 60'000 Franken für die Essensabgabe an die Randständigen ins Budget eingesetzt. Diese Einrichtung wurde lanciert, weil man die damalige Gassenküche vom Bahnhof wegbekommen wollte. Hier muss die SVP gut aufpassen, denn Sie wollte ja die Gassenküche, die an Sonntagabenden den Bedürftigen Essen abgab, unbedingt vom Bahnhof weghaben, weil es im Umfeld zu Unruhe, sogar illegalem Drogenhandel kam. Dass die Stadt nun diese Aufgabe übernimmt, passt Ihnen aber anscheinend nicht. Vielleicht sollte die Essensabgabe wieder am Bahnhof stattfinden oder vielleicht könnte ja die Polizei kochen und Mahlzeiten abgeben? Der Gemeinderat hat seriös budgetiert, die Anträge von SVP und PdA sind abzulehnen.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir wollen diesen Betrag nicht partout streichen, aber wir wollen PINTO auf dem Stand des Budgets 2011 belassen. Wir schreiben nicht vor, wie diese Mittel intern zu verwenden und einzusetzen sind. Es braucht aber keine Erhöhung des Budgets. Der Umzug und die Essensabgabe müssen im Rahmen des bisherigen Budgets umgesetzt werden. Den Antrag 56 der GB/JA! unterstützen wir, obwohl eine dauerhafte Lösung vorzuziehen wäre. Kinderbetreuung ist ein Thema, das uns am Herzen liegt.

Annette Lehmann (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion diskutierte intensiv über den Antrag 56 GB/JA!. Wir halten die Arbeit des DOK für sehr wichtig. Organisations- und Entwicklungsprozesse sind zeit- und kostenintensiv und bedeuten für die betreffende Organisation eine Belastung. Es ist uns aber ein zentrales Anliegen, bei den Leistungspartnern keine Ungleichbehandlung zu schaffen. Die Herausforderungen für DOK, TOJ und vbg sind unterschiedlicher Art und einzeln zu betrachten. TOJ führte während der letzten zehn Jahre drei Reorganisationen durch, ohne zusätzliche Mittel. TOJ arbeitet bereits seit fünfzehn Jahren nach Geschäftsleitungsmodell. Mittels verstärktem Fundraising und unpopulären Sparmassnahmen wie Stufenanstieg oder Reduktion der Infrastrukturkosten konnten sie verhindern, dass der Umbauprozess zu einem Leistungsabbau gegenüber den Jugendlichen führte. Zudem werden beide Organisationen, DOK und TOJ, aus dem gleichen Topf des kantonalen Lastenausgleichs finanziert, also gelten seit 2004 dieselben Rahmenbedingungen bezüglich Dienstleistungen, Abgeltung und Leistungen an das Personal für DOK und TOJ. Deshalb bewerten wir den Grundsatz der Gleichbehandlung höher als unsere Sympathien für den Antrag 56. Wir sind der Meinung, dass eine Budgeterhöhung dieser Art dem Prozess der Auftragsvergabe via Leistungsvereinbarungen widerspricht. Unsere Fraktion lehnt den Antrag nicht

leichtfertig ab. Eine Gleichbehandlung der Leistungspartner DOK und TOJ müsste jedoch gewährleistet sein.

Rolf Zbinden (PdA): Seit den Anfängen von PINTO habe ich mich dagegen geäußert. Dies aber nicht, weil ich ein Weltbild bräuchte, wo es die Guten und die Schlechten gibt, sondern weil ich die unselige Mischung aus Repression und Sozialarbeit bei PINTO ablehne. Dies geschieht einerseits im Interesse der Leute, die sich auf der Strasse aufhalten und verunsichert werden, indem ihnen nicht klar ist, wem genau sie in Form von PINTO gegenüberstehen und andererseits im Interesse der in der Sozialarbeit Tätigen. Dieser Berufsstand geriet in letzter Zeit durch den auf ihn ausgeübten Druck ohnehin in Schwierigkeiten, sich zu positionieren. In dieser Hinsicht erweist ihm PINTO sicherlich keinen Dienst. Auf die Dauer wird die Glaubwürdigkeit der Sozialarbeit durch PINTO untergraben. Deswegen erachte ich die Verschiebung von PINTO in die Polizeidirektion als angebracht; es sei denn, PINTO wird ganz abgeschafft. In diesem Sinne stellen wir für diesen Budgetposten den Streichungsantrag 57a und einen Eventualantrag 57b auf Verschiebung in die SUE. Der Eventualantrag birgt die Möglichkeit, dass sich Synergieeffekte ergeben: Geht man davon aus, dass unser Sicherheitsdirektor offenbar über zu viel Geld verfügt, zumal er an einem Wochenende ohne weiteres eine Million aufwerfen kann, erscheint uns der Vorschlag sinnvoll, bei Verschiebung von PINTO eine Art Kulturaustausch zu betreiben und die an der Stadt Bern interessierten Polizistinnen und Polizisten aus dem Tessin oder aus Genf, die das vergangene Wochenende hier verbracht haben, mit PINTO auf Patrouille in Bern zu schicken.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Zum Antrag 56 GB/JA! betreffend der 50'000 Franken Erhöhung zugunsten des DOK: Es liegt nicht am DOK, dass die Fusion in diesem Bereich gescheitert ist. Es ist wichtig, dass die betroffenen Organisationen sich jetzt neu positionieren. DOK hat den entsprechenden Restrukturierungsprozess gut aufgegleist und verdient deshalb diese Unterstützung. Wir stimmen dieser auf ein Jahr befristet zu. Es geht dabei nicht um ungleich lange Spiesse, sondern darum, ein Zeichen zu setzen, damit die nötige Restrukturierung und Neuausrichtung nicht abgebremst werden. Die anderen Organisationen hätten ebenfalls einen Antrag stellen und uns erklären können, dass sie eine Restrukturierung vornehmen.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich spreche zu den Anträgen 59a und 59: In diesem Jahr haben wir zum Thema Kinderbetreuung einen Abstimmungskampf geführt und eine Abstimmung gewonnen. Die Stimmbevölkerung der Stadt Bern sprach sich dafür aus, dass man bei der Platzierung die freie Wahl hat und für Kinderbetreuungsleistungen mit Gutscheinen bezahlen kann. Anscheinend hat die Fraktion GB/JA! dies nicht verstanden und stellt nun diese Forderung, um damit noch möglichst viel Staat zu schaffen. Wir lehnen den Antrag ab. Wir haben Verständnis für den Antrag von Beat Gubser, der in ähnliche Richtung wie der Antrag des Gemeinderates geht. Obwohl in dieser Form eigentlich kein Ausbau mehr stattfinden sollte, lehnen wir den Antrag 59b ab, aus Fairness gegenüber den betroffenen Institutionen, die den Ausbau seit Jahren geplant und vorausgesehen haben. Den Ausbau an sich haben wir nie bestritten, es geht einzig um die Frage, in welcher Form dieser stattfindet. Der Systemwechsel wird Zeit zur Umsetzung benötigen, deshalb wollen wir den schon eingeplanten Ausbau nicht abbrechen, sondern die Kinderbetreuung geordnet in das neue System überführen.

Bernhard Eicher (JF) für die FDP-Fraktion: Zu Antrag 56, Erhöhung von 50'000 Franken beim DOK: Wir halten diese für unnötig, die Restrukturierung ist aus den laufenden Beiträgen zu finanzieren. Eine Annahme dieses Antrages würde in der Konsequenz bedeuten, dass in jedem Fall, in dem eine von der Stadt unterstützte Organisation eine neue Stelle ausschreibt,

welche höher entlohnt wird als die bisherige, entweder neu über die Leistungsverträge verhandelt werden müsste oder der Organisation über den Lastenausgleich ein höherer Beitrag zukommen müsste – darin besteht wohl kaum das Ziel des Stadtrates. Zwei Randbemerkungen dazu: Die Herkunft dieses Antrages erscheint heikel, denn Aline Trede ist die Präsidentin des DOK. Es wäre hilfreich, derartige Anträge künftig indirekt einzureichen, wie man es andernorts macht. Interessant ist, dass die Unterstützung des Antrags einerseits von der SVP und andererseits vom Grünen Bündnis kommt. Ich erinnere an die Diskussion von heute Nachmittag, als sich gewisse Leute massiv darüber empörten, den Kaderangestellten respektive den Gemeinderatsmitgliedern höhere Löhne zu bezahlen. Für diese Kaderstelle beim DOK wird nun aber mehr Lohn gefordert, weil sie zu den bisherigen Bedingungen nicht besetzt werden kann. Eine Erhöhung um 50'000 Franken bedeutet für eine Kaderstelle eine Erhöhung im zweistelligen Prozentbereich. – Ich erlaube mir die süffisante Bemerkung, dass es hier offensichtlich an konsequentem Denken von Ihrer Seite mangelt.

Zum Antrag 57a, Streichung von PINTO: Über den Nutzen von PINTO wurde im Stadtrat bereits wiederholt diskutiert. Es gilt die Tatsache, dass eine Erhöhung von PINTO per Volkssentscheid verlangt wurde. Wenn man bei diesem Posten nach Belieben zusammenstreicht, kommt dies einer Missachtung des Volkswillens gleich, was bei einem von der Volkspartei stammenden Antrag ziemlich erstaunt. Einmal mehr muss ich feststellen, dass der Volkswille in die Argumentation miteinbezogen wird, solange dies den eigenen Interessen dient; passt er aber einer Partei nicht in den Kram, wird der Volkswille zweitrangig.

Jimmy Hofer (parteilos): Ich äussere mich nicht als Experte, spreche aber aus Erfahrung, wenn ich feststelle, dass die berechtigten Ansprüche von privaten Vereinen, die sehr viel freiwillige Arbeit leisten, oftmals von gewissen Kreisen abgeblockt werden, die vielleicht durch Konkurrenzdenken motiviert sind. Zu der Diskussion um Antrag 56 fällt mir kein anderer möglicher Grund für eine Ablehnung dieser Erhöhung ein. Es geht doch um die Kinder, allein dies ist für mich als Vater ein Grund für die Zustimmung. Ich verstehe nicht, wieso man die Restrukturierung bei diesem Verein ablehnt, nach meiner Wahrnehmung will man dadurch irgendwelche staatlichen Institutionen schützen.

Simon Glauser (SVP): Ich bin erfreut über den Antrag von Rolf Zbinden, aber mit einer anderen Begründung. PINTO interveniert, verhindert, thematisiert, informiert, nimmt Anliegen auf, baut Ängste ab, hört zu, greift ein, beugt vor, erkennt, fördert die Toleranz, löst Konflikte und gibt jetzt auch noch Mahlzeiten ab. An dieser Stelle sollten wir uns eingestehen, dass das Projekt PINTO in dieser Form gescheitert ist und nicht funktioniert. Das Mädchen mit der weitgeschnittenen Raverhose, dem bereits eine facebook-Gruppe gewidmet ist und das mich seit einigen Jahren auf der Strasse um Geld anspricht, wird auch heute Abend wieder auf der Gasse sein. PINTO gibt vor, Verwahrlosung bei Jugendlichen früh zu erkennen. Von der Szene auf dem Bahnhofplatz scheint mir keine einzige Person verschwunden zu sein, die Leute sind immer noch alle auf der Gasse. Uns wurde heute Abend Mutlosigkeit vorgeworfen – hier beweisen wir unsern Mut, indem wir dem Streichungsantrag von Rolf Zbinden zustimmen, um das Projekt PINTO sterben zu lassen. Auf den allfälligen Einwand, dies bedeute einen Verlust von Arbeitsplätzen, erwidere ich, dass die Stellenprozente bei PINTO in Pensen zu zehn bis dreissig Prozent zerstückelt sind. Anscheinend arbeitet kaum jemand zu einem vollen Pensum, dementsprechend verliert niemand seinen Haupterwerb, die Leute können andere Tätigkeitsbereiche finden. Gerade durch die Zerlegung in viele Teilzeitpensen entbehrt die Arbeit von PINTO der gewünschten Kontinuität, denn es erscheint unwahrscheinlich, dass die PINTO-Leute bei laufend wechselnder Besetzung auf der Gasse wiedererkannt werden.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Zum Antrag 56 GB/JA!: Eine Erhöhung um 50'000 Franken muss durch die Stadt bezahlt werden, da dieser Betrag ausserhalb der uns vom Kanton erteilten Ermächtigungssumme liegt. Es bestehen Leistungsverträge mit den Organisationen DOK, TOJ und vbg, worin die vom Kanton ermächtigte Summe festgelegt ist. Eine Änderung zum jetzigen Zeitpunkt würde einen nachträglichen Zusatz zum Leistungsvertrag bedeuten. Zudem erhielten die anderen Organisationen TOJ und vbg auch keine Unterstützung. TOJ hat einen Reorganisationsprozess hinter sich, dem keine zusätzlichen Mittel zugeflossen sind. Die vbg befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten und muss einen Weg finden, die Leistungsvorgaben des Leistungsvertrages dennoch zu erfüllen. Die Befristung auf ein Jahr erscheint fraglich, denn wer wird im nächsten Jahr diese Mittel für eine Person aufbringen, die nunmehr angestellt worden ist? Es ist bekannt, dass wir im Rahmen der Revision der Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV-Revision) per 2013 mit Kürzungen bezüglich der Ermächtigungssumme rechnen müssen. Ich bitte Sie, den Antrag 56 abzulehnen.

Zu den Anträgen, die PINTO betreffen: Beat Zobrist erwähnte die höheren Mietkosten am neuen Standort, die sich in dieser Erhöhung niederschlagen und den Beitrag für die Essensabgabe, wobei diese Mittel einzig die Kosten für das Essen decken, welches übrigens nicht von PINTO selbst zubereitet wird. Für die Problematik mit der Gassenküche konnte eine pragmatische Lösung gefunden werden, indem die Essensabgabe der Gassenküche nicht mehr im öffentlichen Raum, sondern in einem geordneten Rahmen stattfindet.

Der Gemeinderat nimmt den Antrag 58 SBK auf Streichung und Einführung neuer Kennzahlen an. Zur beantragten Streichung von PINTO: Die Haltung von Rolf Zbinden ist bekannt. Aufgrund von Rückmeldungen und aufgrund der Akzeptanz bei den Betrieben in der Altstadt oder in den Quartieren wissen wir um die Akzeptanz gegenüber PINTO und die gute geleistete Arbeit, die sehr geschätzt wird. PINTO hat ein Mittelding zwischen ordnungs- und sozialpolitischem Auftrag zu erfüllen, hinter dem notabene auch ein Volksentscheid steht. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag auf Streichung abzulehnen. Eine Verschiebung von PINTO in die Direktion SUE liegt ausserhalb der Kompetenz des Stadtrats. Auch denke ich, dass man PINTO dadurch einen Bärendienst erwiese, denn schliesslich würde dies die Meinung von Rolf Zbinden bestätigen, PINTO verkörpere eine Art böse, verdeckte Polizei. Bitte lehnen Sie auch den Eventualantrag 57b ab.

Zu den Anträgen bezüglich der familienergänzenden Kinderbetreuung: Selbstverständlich könnten wir angesichts der Anmeldeliste alle zusätzlichen Plätze gut gebrauchen, dies steht ausser Frage. Es bestehen aber finanzielle Gründe, die den Gemeinderat zur Beschränkung auf die Schaffung von zwanzig neuen Plätzen veranlassen. Ich danke Pascal Rub für sein Votum zugunsten einer geordneten Überführung und die Erklärung, dass durch die Systemumstellung eine neue Ausgangslage entsteht. Der Gemeinderat sieht keine finanzielle Möglichkeit, um den Antrag von GB/JA!, den auch die SP unterstützt, mit vierzig zusätzlich neu zu schaffenden Plätzen ins Budget einzubauen. Im Falle der Annahme von Antrag 59a von Beat Gubser müsste man beim Lastenerlös im Direktionsfinanzdienst das Budget um die entsprechende Summe kürzen. Ich bitte Sie, das kleine Zeichen mit den zwanzig zusätzlichen Plätzen zu ermöglichen. Denn es geht um subventionierte Plätze, für die nicht die Vollkosten bezahlt werden müssen, die wir für dieses Jahr noch schaffen sollten.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 56 ab (30 Ja, 37 Nein, 7 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 072*
2. Der Stadtrat lehnt Streichungsantrag 57a ab (16 Ja, 54 Nein, 5 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 073*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 57 ab (14 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 074*
4. Der Stadtrat lehnt Eventualantrag 57b ab (25 Ja, 49 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 075*
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 58 zu (67 Ja, 8 Nein). *Abst.-Nr. 076*

6. Der Antrag 59a obsiegt dem Antrag 59 (32 Ja^{Antrag 59}, 43 Nein^{Antrag 59a}, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 077*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 59a ab (14 Ja, 62 Nein). *Abst.-Nr. 078*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:43 - 072

Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 37 Enthaltungen: 7 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bill, Blaser, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Glauser, Gutzwiller, Hächler, Hofer, Jaisli, Jakob, Klauser, Lutz-Beck, Meyer, Michel, Neeracher, Ruch, Rüeegsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Streit-Stettler, Theiler, Trede, Widmer, Zbinden

Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Chheng, Dana, Eicher, Feuz, Gafner Wasem, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Kusano, Lehmann, Leibundgut, Mäder, Marti, Mathieu, Mordini, Renner-Bach, Rub, Schoch-Meyer, Seydoux, Sönmez, Vollmer, von Greyerz, Wertli, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Friedli, Köpfli, Lanfranchi, Pinto, Schwarz, Trachsel, Walliser

Abwesend sind: Beuchat, Göttin, Künzler, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:44 - 073

Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 54 Enthaltungen: 5 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bill, Blaser, Fischer, Friedli, Glauser, Hächler, Hofer, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Ruch, Rüeegsegger, Theiler, Trede, Zbinden

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Gafner Wasem, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Anliker-Mansour, Frieden, Gasser, Michel, Sancar

Abwesend sind: Beuchat, Künzler, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:44 - 074

Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 58 Enthaltungen: 1 Abwesend: 6 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bill, Blaser, Friedli, Glauser, Gubser, Hofer, Jaisli, Jakob, Meyer, Michel, Neeracher, Ruch, Rüeegsegger, Zbinden

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Hächler

Abwesend sind: Beuchat, Fischer, Künzler, Penher, Theiler, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:45 - 075

Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 49 Enthaltungen: 1 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bill, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Rub, Ruch, Rüeegsegger, Schmidt, Seydoux, Theiler, Trede, Zbinden, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Chheng, Elsener, Espinoza, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Wertli, Widmer, Zobrist

Der Stimme enthalten sich: Walliser

Abwesend sind: Beuchat, Jost, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:46 - 076

Ja-Stimmen: 67 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 0 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Gubser, Jaisli, Jakob, Neeracher, Rüeegsegger

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Meyer, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:46 - 077

Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 43 Enthaltungen: 1 Abwesend: 3 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Chheng, Fischer, Frieden, Gasser, Göttin, Grossi, Gül, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüeegsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Streit-Stettler, Trachsel, Wertli, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich: Widmer

Abwesend sind: Beuchat, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:47 - 078

Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 62 Enthaltungen: 0 Abwesend: 3 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bartlome, Bietenhard, Blaser, Friedli, Glauser, Gubser, Hofer, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rüeegsegger

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Gafner Wasem, Gasser, Götting, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Penher, Wasserfallen

BSS: Gesundheitsdienst

- | | | | |
|-----|--|---------|---|
| 60. | S. 343
Gesundheits-
dienst
(370000) | BDP/CVP | Kürzung der Nettokosten um Fr. 50'000 auf Fr. 4'254'001.96 ⁵⁵ |
| 61. | S. 345
Gesundheits-
dienst
(370140) | GB/JA! | Erhöhung der Nettokosten um Fr. 60'000 auf Fr. 1'677'049.72 zugunsten P370140 Schulsozialarbeit ⁵⁶ |
| 62. | S. 347
Gesundheits-
dienst
(370100) | SBK | Streichung Kennzahl 8) Ärztlicher Dienst Ferienlager Fiesch, Anzahl Konsultationen (P110) |

Michael Köppli (GLP) für die GLP-Fraktion: Ich äussere mich zur beantragten Erhöhung der Schulsozialarbeit (SSA): Auch wir sind der Meinung, dass die SSA in absehbarer Zeit auf den Stand der kantonalen Mindestempfehlungen erhöht werden soll. Wir und die SP haben in diese Richtung zielende Vorstösse eingereicht. Die Erhöhung der SSA sollte mittels dieser Vorgehensweise erreicht werden, nicht über das Budget. Zudem können wir einer Erhöhung der SSA nur unter der Bedingung zustimmen, dass in diesem Bereich mittelfristig eine umfassende Umstellung geschieht, indem nur noch in die Schulen integrierte und nicht von zentraler Stelle aus geführte SSA realisiert wird, denn diese bildet einen Teil der Bildungsbürokratie und entbehrt der nötigen Nähe zu Lehrerkollegien sowie Schülerinnen und Schülern. Wir lehnen diesen Antrag ab. Bei den Motionen sind wir aber bereit, diese Erhöhung zu sprechen.

Cristina Anliker-Mansour (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Stadt Bern erreicht den minimalen von der Erziehungsdirektion vorgegebenen Versorgungsgrad immer noch nicht. Dafür wären mindestens fünf 40-Prozentstellen in der SSA erforderlich. Die letzte nennenswerte Aufstockung geschah 2009, als 150 Stellenprozente neu geschaffen wurden, nicht zuletzt wegen eines Antrages unserer Fraktion beim Budget. Diese Aufstockung geschah aufgrund einer Evaluation, die die hohe Belastung sowie die Unterversorgung vor allem der grösseren Schulstandorte aufzeigte. Die Belastung der SSA bleibt nach wie vor hoch, dies bei steigendem Bedarf, bedingt durch die Zunahme der Anzahl Schülerinnen und Schüler, vermehrte soziale Auffälligkeiten und die steigende Komplexität der Problemlagen. Zudem ist es mit dem aktuellen Personalbestand nicht möglich, die wichtige Präventionsarbeit und die Arbeit mit Kindergarten- und Unterstufenkindern überall sicherzustellen. Die Schaffung der beantragten Stelle garantiert eine Entlastung der SSA und die sofortige Verbesserung der Situation. Wir bitten Sie, den Antrag 61 zu unterstützen.

⁵⁵ Einsparungen und Umwälzung der Kosten auf andere Träger.

⁵⁶ Die Stadt Bern erreicht den minimalen von der Erziehungsdirektion vorgegebenen Versorgungsgrad immer noch nicht. Dafür brauchen wir auch im Jahr 2012 mindestens 50% mehr Stellen. Der Antrag ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Bezugnehmend auf Michael Köpfli weise ich zur Frage der Erhöhung der SSA darauf hin, dass per 2013 eine Erhöhung im IAFP 2012 - 2015 enthalten ist. Diese geschieht in Abstimmung mit der Teilrevision des Volksschulgesetzes. Aus diesem Grund lehnt der Gemeinderat diesen Antrag ab und nicht, weil wir den Bedarf nach mehr SSA bestreiten.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 60 ab (28 Ja, 47 Nein). *Abst.-Nr. 079*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 61 ab (34 Ja, 39 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 080*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 62 zu (73 Ja, 2 Nein). *Abst.-Nr. 081*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:50 - 079

Ja-Stimmen: 28 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 0 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Grosjean, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Schneider, Seydoux, Wertli, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer, Frieden, Gasser, Götting, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Widmer, Zbinden, Zobrist

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Glauser, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:51 - 080

Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 39 Enthaltungen: 1 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Fischer, Frieden, Gasser, Götting, Grossi, Gül, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Michel, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bertschy, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klausner, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rügsegger, Schmidt, Seydoux, Streit-Stettler, Trachsel, Wertli, Widmer, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich: Bahnan Buechi

Abwesend sind: Beuchat, Bietenhard, Glauser, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:51 - 081

Ja-Stimmen: 73 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 0 Abwesend: 4 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Fischer, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Götting, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klausner, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rügsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Gubser, Mathieu

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Beuchat, Glauser, Penher, Wasserfallen

<p>63. S. 366 Sportamt (380200)</p>	<p>SVP plus</p>	<p>Erhöhung der Nettokosten um Fr. 80'000.00 auf Fr. 1'030'264.23 zugunsten P380220 Sportförderung und -beratung⁵⁷</p>
---	-----------------	---

Jimmy Hofer (parteilos) für die Fraktion SVPplus: Ich stelle den Antrag, dass die Erhöhung um 80'000 Franken zugunsten P3650360, nicht zugunsten P380220 geht. Sie gelangt also direkt an den Verein Berner Feriensportlager Fiesch anstatt in die Sportförderung und -beratung. Der Verein Feriensportlager Fiesch hat seit über dreissig Jahren Bestand, einige unter den Anwesenden kennen die tollen Fiescher-Ferienlager aus der Jugendzeit. Leider zeichnen sich auf das nächste Jahr finanzielle Engpässe ab, zumal seit dreissig Jahren keine Erhöhung erfolgt ist. Der Verein leistete viel und gute Arbeit, was gewisse Rückstellungen erlaubte. Man sollte sie nicht dafür bestrafen, dass sie dadurch die Notwendigkeit einer Erhöhung verzögern konnten. Vielleicht lag es an einer schlechten Kommunikation, durch den Vorstand oder sportamtsintern, dass niemand bemerkt zu haben scheint, dass sie nächstes Jahr wahr-

⁵⁷ Erhöhung Beitrag an Verein Feriensportlager Fiesch von 120'000 auf 200'000 Franken.

scheinlich nicht mehr bezahlen können. Mittels einer im Vorfeld eingereichten Motion und nun im Rahmen der Budgetdebatte fordere ich, dass der Verein Feriensportlager Fiesch mit ausreichenden Mitteln zu versehen ist. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass die Beiträge pro Kind in den letzten Jahren erhöht werden mussten. Heutzutage muss ein Familienvater mit drei Kindern angesichts der Kosten von insgesamt fast 1'000 Franken schon fast auswählen, welches seiner Kinder ins Sportlager fahren darf. Eine Kostenabstufung bei mehreren Kindern aus einer Familie erscheint wünschenswert, ich denke, der Vorstand wird eine vernünftige Regelung treffen. Es geht nicht an, einem Verein, der auf eine lange Tradition zurückblickt, grosse Konstanz beweist und gute Arbeit geleistet hat, nicht diejenigen Mittel zu sprechen, die er verdient, damit er seine Angebote frei gestalten kann und nicht in die Lage gerät, dass das Budget höchst knapp wird oder sogar nicht mehr aufgeht.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Ich stimme Jimmy Hofer zu – das Fiescher-Lager ist eine seit einunddreissig Jahren sehr beliebte Sache. Es liegt an der bekannten Situation, dass der Gemeinderat aus finanziellen und nicht aus sachlichen Gründen den Antrag 63 ablehnt.

Mündlicher **Antrag 63** Jimmy Hofer

63.	S. 366	SVP plus	Erhöhung der Nettokosten um Fr.
	Sportamt		80'000.00 auf Fr. 20'000.00 zu-
	(380200)		gunsten P3650360

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 63 zu (53 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 082*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:55 - 082

Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 20 Enthaltungen: 1 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Feuz, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grossi, Gubser, Gül, Hächler, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Kusano, Lehmann, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Rub, Ruch, Rügsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Bartlome, Bertschy, Bietenhard, Espinoza, Fischer, Grosjean, Gutzwiller, Hirsbrunner, Klausner, Köppli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Renner-Bach, Streit-Stettler, Theiler, Wertli

Der Stimme enthalten sich: Imthurn

Abwesend sind: Beuchat, Mäder, Penher, Wasserfallen, Widmer

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI)

FSU-Präsidentin *Corinne Mathieu*: Die Kommission FSU stellt für das Budget der FPI keine Anträge. Die Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG-Revision) wirkt sich nach heutigem Kenntnisstand positiv auf das Budget der Stadt aus – man rechnet mit rund 10,3 Mio. Franken Mehreinnahmen beziehungsweise Minderausgaben, wovon rund 2,5 Mio. Franken bereits ins Budget 2012 eingeflossen sind. Die vollständige Entlastung wird jedoch erst nach Inkraftsetzung des neuen Lehrbesoldungsgesetzes ab August 2012, des Erwachsenen- und Kinderschutzgesetzes ab Januar 2013 und des Kulturförderungsgesetzes vermutlich ab 2014 erfolgen. Aus den Massnahmen des kantonalen Sparpakets vom Juni 2011, das der Grossrat erst in der Novembersession verabschiedet wird, sind keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Stadt voraussehbar. Nicht auszuschliessen sind jedoch mittelfristige Streichungen von Beiträgen oder die Abwälzung von Lasten auf die Gemeinden. Aufgrund der Risiken in der weltweiten Konjunkturentwicklung und der anhaltenden Frankenstärke muss für das Jahr 2012 mit einem deutlich schwierigeren Umfeld gerechnet werden, was sich auch bei den Steuereinnahmen der Stadt Bern, insbesondere bei den juristischen Personen, auswirken dürfte. Die Kommission diskutierte auch die Frage der Bildung von Eigenkapital. Ich verzichte auf eine Rekapitulation des Diskussionsverlaufes, da diese Frage bereits am

Anfang dieser Budgetdebatte diskutiert worden ist. Zum Schluss: Die Kommission empfiehlt das Budget der FPI mit sechs Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen zur Annahme.

73.	S. 453	GR	Erhöhung Nettoerlös um
	Finanzverwaltung		Fr. 1'000'000.00 auf Fr. 14'351'721.90
	(610200)		infolge tieferer Passivzinsen

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 73 zu (46 Ja, 0 Nein). *Abst.-Nr. 083*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-21:58 - 083

Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 33 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Buechi, Battagliero, Bertschy, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Feuz, Frieden, Friedli, Gafner, Wasem, Glauser, Göttin, Grosjean, Gül, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imthurn, Jost, Keller, Klauser, Köppli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Trede, Vollmer, Widmer, Zimmerli

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bartlome, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Dana, Eicher, Fischer, Gasser, Grossi, Gubser, Hächler, Hofer, Imhof, Jaisli, Jakob, Jordi, Leibundgut, Meyer, Michel, Mordini, Penher, Sancar, Schmidt, Schneider, Theiler, Trachsel, von Greyerz, Walliser, Wasserfallen, Wertli, Zbinden, Zobrist

Kenntnisnahme Budget Stadtbauten (StaBe)

AK-Referent *Martin Trachsel*: Im Rahmen der Rechnung 2010 hat die AK ebenfalls das Budget und den Mehrjahresplan der StaBe behandelt und äussert dazu keine Einwände. Die Produktgruppe PG690100 weist eine Erlös- und Gewinnablieferung von 22,5 Mio. Franken aus. Der Gemeinderat hat die Gewinnablieferung gegenüber dem Vorjahr um 2'166'000 Franken erhöht. Der StaBe-Verwaltungsrat und die AK steigen darauf ein.

Direktorin TVS *Barbara Hayoz*: Wir befinden uns im Abschluss einer intensiven Budgetdebatte. Ich danke dem Ratspräsidium für die zügige Behandlung und souveräne Führung durch die zahlreichen Anträge. Dem Parlament danke ich für die konstruktive Debatte. Zur Information halte ich folgendes Budgetergebnis nach Behandlung durch den Stadtrat fest: Bei einem Gesamtertrag von 1'009'146'593.76 Franken und einem Gesamtaufwand von 1'006'771'593.76 Franken schliesst das vorliegende Produktgruppenbudget nach der Debatte mit einem Überschuss von 2'375'000 Franken ab, bei gleichbleibender Steueranlage.

Abstimmungsbotschaft

73a	S. 3, linke Spalte, 1. Abschnitt	GR	(...) bei den juristischen Personen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Zinsen 2012 gegenüber der aktuellen Situation (September 2011) nicht wesentlich ansteigen werden. Zudem entfällt (...).
74.	S. 3, rechte Spalte, 2. Abschnitt	Finanzdelegation	Wie sich die konjunkturelle Lage entwickelt, ist zurzeit völlig ungewiss; insbesondere ist mit steigenden Zinsen zu rechnen. Die Euro-Schuldenkrise...
75.	S.8, Tabelle	Finanzdelegation	Tabelle ergänzen mit einer Spalte zum Jahr 2012.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt den Anträgen 73a bis 75 zur Abstimmungsbotschaft zu.
2. Der Stadtrat stimmt Ziffer 1 des Gemeinderatsantrags zu (59 Ja, 7 Nein, 3 Enthaltungen).

Abst.-Nr. 084

3. Der Stadtrat stimmt Ziffer 2 des Gemeinderatsantrags zu (58 Ja, 12 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 086*
4. Er genehmigt die bereinigte Abstimmungsbotschaft (72 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 087*

Der Beschluss lautet

1. Der Stadtrat verabschiedet das Produktgruppen-Budget 2012 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben zu Händen der Stimmberechtigten (58 Ja, 12 Nein, 2 Enthaltungen).
2. Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 59 Ja gegen 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden Beschluss zur Annahme:
Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktgruppen-Budgets für das Jahr 2012, der bei Gegenüberstellung von Aufwendungen von Fr. 1 006 771 593.76 und Erträgen von Fr. 1 009 146 593.76 mit einem Überschuss von Fr. 2 375 000.00 schliesst, wird den Stimmberechtigten mit folgenden Festlegungen zur Annahme empfohlen:
 - die **Steueranlage** beläuft sich unverändert auf das **1,54-fache** der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
 - die **Liegenschaftssteuer** beträgt weiterhin **1,5 Promille** des amtlichen Werts,
 - die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**.
3. Er bereinigt und genehmigt die Abstimmungsbotschaft (72 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen).

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-22:01 - 084

Ja-Stimmen: 59 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 3 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

(Auf Grund einer technischen Panne hat die Abstimmungsanlage die Namen nicht ermittelt.)

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-22:03 - 086

Ja-Stimmen: 58 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 2 Abwesend: 7 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Elsener, Espinoza, Frieden, Friedli, Gasser, Glauser, Göttin, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Jakob, Jordi, Keller, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Rüeegsegger, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Ammann, Bertschy, Feuz, Gafner Wasem, Grosjean, Imhof, Jost, Köpfli, Rub, Schmidt, Seydoux, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich: Imthurn, Theiler

Abwesend sind: Beuchat, Dana, Eicher, Fischer, Jaisli, Penher, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-22:04 - 087

Ja-Stimmen: 72 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2 Abwesend: 5 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bertschy, Bietenhard, Bill, Blaser, Chheng, Elsener, Espinoza, Feuz, Frieden, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Hofer, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüeegsegger, Sancar, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben:

Der Stimme enthalten sich: Fischer, Theiler

Abwesend sind: Beuchat, Dana, Eicher, Penher, Wasserfallen

8 Motion Fraktion BDP/CVP (Martin Mäder, BDP): Uhren für den neuen Bahnhofplatz zur besseren Orientierung der öV-Fahrgäste im Tram- und Busbahnhof unter dem Baldachin

Geschäftsnummer 11.000036 / 11/198

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 6. Juli 2011

Motionär *Martin Mäder* (BDP): Sie alle können mit einem Blick auf die Uhr an der Wand hinter mir leicht überprüfen, dass die Zeitansage: „Es ist fünf vor Zwölf“ nicht zutrifft. Eine problemlos einsehbare und gut positionierte Uhr kann eben sehr praktisch sein. Mein Vorstoss fordert, dass der grosse Umsteige-Bahnhof unter dem Baldachin mit Uhren ausgerüstet wird. Rund 150'000 Menschen nutzen seit dem Mai 2008 täglich den Tram- und Busbahnhof auf dem neuen Bahnhofplatz. Es existieren Uhren an der Front des Bahnhofgebäudes und bei der Heiliggeistkirche. Am Bahnhof unter dem Baldachin befindet sich ein wichtiger Knotenpunkt vieler öV-Linien, hier bieten sich wichtige Umsteigemöglichkeiten auf vier Geleisen. In der ganzen Schweiz findet man auf allen Perrons in jedem Bahnhof – und sei er noch so klein – eine gut sichtbar angebrachte Uhr, damit man sich über die Uhrzeit orientieren kann. Am ehemaligen Tram- und Busbahnhof gab es analoge Uhren. In der Antwort räumt der Gemeinderat zwar eine Behinderung der Sicht auf die zentrale Bahnhofsuhr durch haltende Trams und Busse ein, stellt aber trotzdem kein Bedürfnis nach Uhren auf den Perrons fest. Er führt die auf jedem Perron angebrachten Displays von BernMobil an, die über die Abfahrtszeiten orientieren. Diese eignen sich jedoch nur zur Orientierung, wenn man nah davor steht, für einen eiligen Passagier ist der Blick auf eine Uhr aus der Distanz aber sehr wichtig. Im Motionstext verweise ich auf die preisgekrönte Architektur des Baldachins; ich wäre ein architektonischer Baunause, wenn ich verlangte, dass die Uhren direkt am Baldachin oder an den Masten befestigt werden. Dies entspricht nicht meiner Idee. Die Uhren liessen sich aber auf die bestehenden roten Betonquader montieren, die bereits mit Scheinwerfern ausgestattet sind, welche den Baldachin von unten anstrahlen. Somit wäre für die Stromversorgung gesorgt, die Uhren könnten ohne aufwendige bauliche Massnahmen angebracht werden. Das Zeitsignal kann von der SBB bezogen werden. Laut den Spezialisten, die schon die Bahnhofsuhr montierten, belaufen sich die Kosten für eine Uhr auf 3'500 Franken, macht 14'000 Franken bei vier Perrons. Sie können sich selbst ausrechnen, wie das Verhältnis zwischen Belastung des Stadtbudgets und Gewinn an Komfort aussieht. Ich denke, es geht um einen guten Vorschlag. Bedauerlicherweise handelt es sich dabei aufgrund der gemeinderätlichen Zuständigkeit um eine Richtlinienmotion. So bleibt mir nur die Wahl zwischen Papiertiger oder Kartonlöwe. Ich wandle die Motion in ein Postulat um und akzeptiere leicht zähneknirschend die gemeinderätliche Antwort als Prüfungsbericht.

Fraktionserklärungen

Martin Trachsel (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich begrüsse die Umwandlung in ein Postulat, somit kann die Sache durchgewinkt werden. Ich selbst trage meist eine Uhr, weiss aber auch, wie mühsam es sein kann, wenn man nirgendwo eine Uhr findet. Allerdings ergibt sich dadurch auch die Gelegenheit für eine Interaktion, indem man jemanden nach der Zeit fragt. Als Motion hätten wir dieses Anliegen abgelehnt, in dieser Form können wir aber mitmachen.

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Leider wurde dieser gute Vorstoss in ein Postulat gewandelt. Der Gemeinderat verweist in seiner Antwort auf die Infoboards, wo die Abfahrtszeiten der nächsten Trams angegeben werden. Wenn ich am Bahnhof aus dem Tram steige, will ich aber wissen, ob ich den Zug noch erreichen kann. Will ich dann auf die Uhr am Bahnhof blicken, versperrt mir der Baldachin die Sicht. Auf die nicht so pünktliche Uhr bei der Heiliggeistkirche kann man durch das undurchsichtige Dach sowieso nicht gucken. Ich halte den Vorschlag mit den Uhren auf den Tram- und Busperrons für eine gute Idee. Falls die Stadt dies nicht umsetzen will, vielleicht weil dort aus gestalterischen Gründen keine Uhren hinpassen, hoffe ich darauf, dass das Kaufhaus Loeb beim Vordach am Loeb-Egge aus eigener Initiative eine Uhr anbringt – praktischerweise ein Uhrenmodell, das auch die Temperatur

anzeigt oder beispielsweise eine SVP-Wahlwerbung in laufender Leuchtschrift präsentieren kann. Ich bitte Sie, diesem Postulat zuzustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion BDP/CVP wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich (50 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.Nr. 088*
4. Die Stellungnahme des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht (58 Ja, 9 Nein).

Abst.Nr. 089

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-22:12 - 088

Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 4 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Beuchat, Bietenhard, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Feuz, Frieden, Glauser, Grossi, Gubser, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hofer, Imthurn, Jakob, Jost, Klauser, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Meyer, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Rüeegsegger, Schneider, Schoch-Meyer, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Vollmer, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bill, Göttin, Grosjean, Imhof, Köpfli, Sancar, Schmidt, Schwarz, Seydoux, Walliser

Der Stimme enthalten sich: Jordi, Keller, Ruch, Zobrist

Abwesend sind: Bertschy, Espinoza, Fischer, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Hirsbrunner, Jaisli, Michel, Penher, Trede, von Greyerz, Wasserfallen

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-22:12 - 089

Ja-Stimmen: 58 Nein-Stimmen: 9 Enthaltungen: 0 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Beuchat, Bietenhard, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Feuz, Frieden, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Mordini, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Sancar, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Seydoux, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Vollmer, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zimmerli, Zobrist

Nein gestimmt haben: Blaser, Glauser, Gubser, Hofer, Jakob, Meyer, Neeracher, Rüeegsegger, Schneider

Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Bertschy, Fischer, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Hirsbrunner, Jaisli, Michel, Penher, Trede, von Greyerz, Wasserfallen

9 Interpellation Fraktion FDP (Dana Dolores, FDP): Dach decken als Service public?

Geschäftsnummer 11.000136 / 11/200

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht. -

Interpellantin *Dolores Dana* (FDP): Die Antwort des Gemeinderates – oder vielmehr die Antwort, die ewb via Gemeinderat ausführt – erscheint zwar juristisch korrekt, ist aber politisch sowie macht- und eignermässig aus folgendem Grund falsch: Die Stadt Bern figuriert als hundertprozentige Eigentümerin von ewb, die wiederum hundertprozentige Eigentümerin der Bären Haustechnik AG, der Bären Elektro AG, Fritz Krebs AG und der Guggisberg Dachtechnik AG ist. Dies heisst de facto, die öffentliche Hand hält indirekt hundert Prozent an diesen Gesellschaften. Als Aktionärin zu hundert Prozent befiehlt sie auch, unabhängig davon, was der Verwaltungsrat oder das Management von ewb uns mitteilen. Dies entspricht einer wirtschaftlichen Tatsache, alles andere bedeutet reine Augenwischerei. Bei einer solchen Konstellation gibt es keine mühsamen Analysten, keine Börse, die einen bestraft, und keine Medien, die nach Leichen suchen. Wir sprechen von einer hundertprozentigen Aktionärin, die der öffentlichen Hand gehört – von gleich langen Spiessen gegenüber der Privatwirtschaft kann da keine Rede sein. Die betreffenden Gesellschaften werden voll in der Rechnung von ewb konsolidiert. Ein Teil der Gewinnablieferung an die Stadt Bern stammt von diesen Gesellschaften, der genaue Anteil lässt sich nicht angeben, weil dies im Geschäftsbericht nicht aufgeschlüsselt wird. – Mit anderen Worten: Die öffentliche Hand betätigt sich indirekt als Dachdeckerin, Haustechnikerin und Anbieterin von teuren Badewelten. All diese Tätigkeiten wurden bis dato ausschliesslich von privaten Unternehmen erbracht. Die Stadt betätigt sich jenseits ihres Ge-

bietes, dadurch wird das Prinzip der Subsidiarität verletzt. Mit der sich voll in Gang befindlichen Expansion bei der Bären Haustechnik, die nebst dem Sitz in Köniz fünf Zweigniederlassungen betreibt, wird ewb zum Player mit Marktmacht und bald ins Visier der Wettbewerbsbehörde geraten. Mit dieser machte ewb im Jahr 2009 bereits Bekanntschaft, als sie Absprachen mit Elektroinstallationsunternehmen getroffen hatte und entsprechend gebüsst wurde. Mit der vorliegenden fadenscheinigen Begründung wird ewb in Zukunft weitere Zukäufe unter dem Deckmantel der Energieeffizienz tätigen können. In Frage käme ein Plattenleger-Betrieb, denn dieser sorgt ja für die Isolation eines Hauses, ebenso könnte ewb in die Kleidungsbranche einsteigen, denn warme Kleider ersparen im Winter Heizenergie, oder sie kann in eine Storenfabrik investieren, denn schliesslich schützen Storen die Gebäudehülle – so lautet sinngemäss die von ewb gelieferte Begründung. Die Expansion von ewb in die Privatwirtschaft, wobei man nicht nur Beratungen anbietet, sondern operative Tätigkeiten vollbringt, die bis anhin den privaten Anbietern vorbehalten waren, erscheint höchst problematisch. Das Verständnis von der Staatsaufgabe, wie es der Gemeinderat und die Leitung von ewb hier propagieren, erscheint sehr fragwürdig. Wir lehnen solche Auswüchse ab, wie sie hier stattfinden. Mit der Antwort des Gemeinderates sind wir nicht zufrieden.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion FDP ist mit der Antwort nicht zufrieden.

10 Motion Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Corinne Mathieu, SP): Schulsozialarbeit entlastet alle!

Geschäftsnummer 11.000038 / 11/192

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 erheblich zu erklären und Punkt 2 als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 29. Juni 2011

Motionärin *Miriam Schwarz* (SP): Wir danken dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Die SSA ist zum wichtigen Bestandteil des Bildungssystems geworden. SSA entlastet die Schulleitungen, die Lehrpersonen, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern. Sie unterstützt und berät die Schulleitungen, die Schulkommissionen, die Elternräte und die Lehrpersonen. Sie bietet Beratungen für Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern an. Sie hilft mit bei Interventionen und Konfliktlösungen innerhalb einer Schulklasse. Sie ist Anlaufstelle bei Problemen im sozialen, familiären, beruflichen oder freizeithlichen Bereich, ausserdem bildet sie einen Vernetzungspunkt zu sämtlichen im Jugendbereich tätigen Amtsstellen und Organisationen. Die vorhandenen Ressourcen reichen bekanntlich nicht aus, vor allem in den grossen Schulen. Das Arbeitsumfeld ist nicht immer einfach, da die Ansprüche von Kindern, Eltern und Schulleitungen vielfältig und oftmals gegensätzlicher Art sind. Die Stadt Bern liegt immer noch unterhalb der Empfehlungen des Kantons, der seine bisherige Quote aus Spargründen gesenkt hat, aber immerhin hundert Stellenprozent pro tausend Kinder als Richtlinie für zukünftige kantonale Beiträge verwendet. Demgegenüber steht die Empfehlung von Avenir Social, dem Berufsverband der Sozialarbeit, für maximal 300 Kinder achtzig Stellenprozent im Bereich SSA vorzusehen. Aktuell stehen 780 Stellenprozent zur Verfügung, aufgeteilt auf dreizehn Mitarbeitende. Insgesamt werden 8'710 Schülerinnen und Schüler bedient, was einem

Versorgungsgrad von 89,6 Stellenprozenten SSA pro 1'000 Schülerinnen und Schüler entspricht. Auch die Evaluation von 2008 zeigt, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen sowohl von den Schulleitenden wie den Vertretungen der schulnahen Fachstellen und der Schulsozialarbeit als sehr knapp beurteilt werden. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, ist der Bedarf nach Aufstockung aktuell sehr gross. Die Belastung durch soziale Problemlagen nimmt zu, der Aufwand pro Fall ist tendenziell steigend. Die Umsetzung des Integrationsartikels 17 fordert die Schule als Ganzes, die einzelnen Lehrpersonen, teilweise auch Schülerinnen und Schüler. Gemäss Prognosen des Statistikdienstes wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der ersten bis neunten Klassen 2013 auf 9'220 steigen, zuzüglich der Kinder in Kindergärten und Sonderschulen. Aus Ressourcengründen fehlt es an der Zeit für die präventive Arbeit und für das Arbeiten mit Schülergruppen. Früherkennung und -erfassung von ungünstigen sozialen Entwicklungen bei Schülerinnen und Schülern bilden zentrale Ziele der SSA. Dazu muss auf Kindergarten- und Unterstufe angesetzt werden, denn je früher Probleme erkannt werden, desto besser lässt sich auf den künftigen Schulerfolg der Kinder hinwirken. Abschliessend muss erwähnt werden, dass die SSA sehr wichtig ist, damit die jungen Menschen das nötige Wissen und Selbstvertrauen sowie soziale Fähigkeiten erwerben und sich gut integrieren können. Menschen mit Selbst-, Sach- und Sozialkompetenz sind der Schlüssel zu einer prosperierenden und zukunftsfähigen Gesellschaft. Das Angebot der SSA ebnet vielen Schülerinnen und Schülern den Weg dorthin und beugt einer zunehmenden sozialen Desintegration vor. Die hohe Arbeitsbelastung führt zu einer hohen Fluktuation bei den Schulsozialarbeitenden, einzelne Mitarbeitende fühlen sich nach wenigen Jahren ausgebrannt und verlassen die Stelle deshalb, andere suchen nach Arbeitsplätzen mit besseren Rahmenbedingungen. Die Niederschwelligkeit durch persönlichen Vertrauensaufbau und die Kontinuität der Arbeit sind unter solchen Umständen schwierig zu gewährleisten. Wir bitten Sie, die Motion zu unterstützen.

Fraktionserklärung

Susanne Elsener (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Manchmal ist es schwierig zu verstehen, wie die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt Bern abläuft: Damit die SSA in Bern befriedigend funktionieren kann, empfiehlt der Kanton eine Aufstockung um 150 Prozent. Trotzdem wartet die Stadt auf die konkrete Beteiligung des Kantons, mittels der die empfohlene und sinnvolle Aufstockung realisiert werden kann; es fehlt noch an der Zustimmung durch den Grossrat. Als direkt Betroffene kann ich mir nicht vorstellen, dass jemand unter den heutigen Voraussetzungen an Sinn und Nutzen der SSA zweifeln könnte. Die Antwort des Gemeinderats zeigt, dass diese Meinung auch von unserer Exekutive getragen und eingefordert wird. Der Gemeinderat listet die entsprechenden Argumente, die ich hier nicht wiederhole, in der Antwort detailliert auf. Ich trage aber die folgenden Punkte als Feedback von der Basis bei: Die Integration nach Artikel 17 fordert alle Lehrpersonen in hohem Masse. Regelmässig bietet die SSA in dieser Hinsicht eine grosse Entlastung für die Lehrerinnen und Lehrer. Die SSA steht aktuell unter starker Belastung und grossem Druck, so kann sie ihren Anteil an der Früherfassung teilweise nur ungenügend umsetzen. Amtsstellen wie Jugendamt, Vormundschaftsbehörde, Erziehungsberatung oder Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) werden während der Schulpausen von den Lehrpersonen mit Anrufen überrannt. Wegen der Öffnungszeiten müssen alle ihre Anrufe dann tätigen, darum scheinen die Telefonleitungen ständig besetzt. Auch hier bieten die Schulsozialarbeitenden Unterstützung, damit die Lehrerinnen und Lehrer sich auf ihr Kerngeschäft, nämlich das Unterrichten, konzentrieren können. Mit der Aufstockung erhöht sich der Personalbestand, deshalb muss der Leitung der SSA besondere Aufmerksamkeit zukommen. Unsere Fraktion findet die Investition in eine Schule mit gesunden Lehrpersonen und mit Schülerinnen und Schülern, die sich sicher fühlen, klug

und lohnenswert. Eine Gesellschaft, die auf ihre Kinder und deren Bildung setzt, setzt auf die Zukunft und gewinnt damit. Mit der einstimmigen Annahme dieser Motion setzt der Stadtrat im Sinne der Kinder ein klares Zeichen für den Kanton.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich (48 Ja, 14 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 090*

Abstimmungsnummer: 15.09.2011-22:26 - 090

Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 3 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

Ja gestimmt haben: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Buechi, Bartlome, Battagliero, Bietenhard, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Frieden, Göttin, Grosjean, Grossi, Gül, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klausner, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Marti, Mathieu, Mordini, Pinto, Ruch, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Streit-Stettler, Theiler, Trachsel, Vollmer, Walliser, Wertli, Widmer, Zbinden, Zobrist

Nein gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Feuz, Gafner Wasem, Glauser, Hofer, Imhof, Jakob, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Seydoux, Zimmerli

Der Stimme enthalten sich: Gubser, Neeracher, Renner-Bach

Abwesend sind: Bertschy, Beuchat, Fischer, Friedli, Gasser, Jaisli, Jost, Leibundgut, Meyer, Michel, Penher, Trede, von Greyerz, Wasserfallen

- Der Stadtrat verschiebt die Traktanden 12 und 13. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche Interpellation Fraktion FDP (Alexander Feuz, FDP): Abschluss eines Subventionsvertrages mit der Reithalle: „Welcome to Hell“?
2. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Gleisersatz Brunnhof bis Fischermätteli – endlich mehr Komfort für öV-FahrerInnen?
3. Motion Fraktion FDP (Mario Imhof, FDP/Bernhard Eicher, JF): Subsidiaritätsprinzip für die Stadt Bern
4. Interfraktionelles Postulat FDP, GLP, GFL/EVP, BDP/CVP, SVPplus (Alexandre Schmidt, FDP/Peter Ammann, GLP/Rania Bahnan Buechi, GFL/Sonja Bietenhard, BDP/Simon Glauser, SVP): Tierpark Dählhölzli – Aufwertung durch Ausdehnung des Perimeters
5. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA!, BDP/CVP: (Martin Trachsel, EVP/Leyla Gül, SP/Rahel Ruch, JA!/Béatrice Wertli, CVP/Kurt Hirsbrunner, BDP): Freie Ausübung der politischen Rechte im öffentlichen Raum der Stadt Bern
6. Interpellation Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Lea Bill, JA!): Massive Beschneidung der Grundrechte wegen SVP-Fest
7. Interpellation Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Fragen zum Polizeieinsatz am „Familienfest“ vom 10.09.2011
8. Interpellation Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Opferbefragung 2011: Schlussfolgerungen und Massnahmen der Stadt Bern
9. Interpellation Robert Meyer (SD): Rechtslage betreffend nachnominierte Stadträte der BDP
10. Kleine Anfrage Fraktion SP/JUSO (Annette Lehmann, SP): Wahlkampf-Sponsoring?
11. Kleine Anfrage Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Hochwasserschutz in der Stadt Bern: Projektstudie „Nachhaltiger Hochwasserschutz“ als nationales Pilotprojekt?
12. Kleine Anfrage Jimmy Hofer (parteilos): Tierparkleitung im Zwielfeld – Beschilderung, Kaninchen, Esel, Bären
13. Kleine Anfrage Jimmy Hofer (parteilos): „Welcome to Hell“

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Vania Kohli*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*